



2. Dezember 1924

HEINRICH PEUS . PRAKTISCHE ARBEIT FÜR DEN KOMMENDEN REICHSTAG

NACH 7 Monaten wieder eine Reichstagswahl, die nach 4 Jahren sein sollte. Nach 6jährigem Ringen mit viel Wirrwarr hat das deutsche Volk es noch nicht gelernt sich eine Volksvertretung zu wählen, die es ihrerseits fertig bringt einen wenigstens von der Mehrheit des Volkes getragenen einheitlichen Volkswillen zu schaffen. Da der allergrößte Teil des Volkes von seiner eigenen Arbeit lebt, während nur ein sehr geringer Teil sich auf Grundrente und Kapitalzins sein reicheres Leben aufbaut, so müßte es gewiß möglich sein gegen die wirtschaftlich Mächtigen die Phalanx der durch ihre Zahl politisch Mächtigen so aufmarschieren zu lassen, daß die Ausbeutung der Arbeitenden mehr und mehr abgebaut würde, und nur die Unterschiedlichkeit im Menschenschicksal übrigbliebe, die die Unterschiede in der Richtung des eigenen Wollens und in der Aufgabe jedes einzelnen und jeder Gemeinschaft unter den Menschen bestehen lassen werden. Ich glaube allerdings, daß dazu eins gehört: Wir müssen von der allgemeinen politischen Doktrin weit mehr zur einzelnen politischen Tat kommen, deren Nützlichkeit dem Volk unmittelbar zum Bewußtsein kommt.

Auf dem Stuttgarter Parteitag des Jahres 1898 machte ich den Vorschlag den einführenden, von Anfang an bestrittenen prinzipiellen Teil des Erfurter Programms fortzulassen und ihn der Wissenschaft und ihrer Erörterung zu überlassen, dahingegen das ganze Schwergewicht auf die praktischen Gegenwartsforderungen des 2. Teils des Programms zu legen. Ich kam mit dieser Forderung bei Bebel schlecht an. Aber tatsächlich hat sich im Lauf der Jahre doch niemand um jenen Programmteil gekümmert, wohl aber stürzte sich so mancher mit größter Energie auf die Durchführung der Gegenwartsforderungen. Heute sollten wir noch obendrein wichtigste Teile unseres Programms herausheben und für ihre Verwirklichung alle Kraft einsetzen. Einmal ist wirklich nicht daran zu denken, daß wir unser Programm gleichmäßig bald in allen Teilen durchsetzen. Sodann aber ist es dem größten Teil des arbeitenden Volkes wegen seiner Arbeit und seiner Sorgen faktisch unmöglich sich von unserm Programm in allen seinen Teilen ein klares Bild zu machen. Wohl aber ist es ihm möglich bestimmte, für sein Leben wichtige Fragen zu verstehen und die Befriedigung dringlicher Zeitbedürfnisse

richtig zu würdigen. Ich bin fest überzeugt, daß solche praktische Agitation uns schneller fördern wird. Inzwischen geht die wirtschaftliche Entwicklung, geht auch ihre Behandlung durch die Wissenschaft ihren Gang weiter, und damit alle völlig vertraut zu machen ist natürlich auch unsere Pflicht. Die Wahlagitation und die gesetzgeberische Arbeit aber stehe unter dem Zeichen unmittelbarsten Gegenwartsbedürfnisses.

Seit dem Novemberzusammenbruch haben wir in allen Parteien unendlich vielen Richtungsstreit gehabt. Es ist Endloses darüber geredet worden, ob wir diese oder jene Koalition machen dürfen, wir sind aber einfach im Formalen des Parlamentarismus steckengeblieben. Gar nicht davon zu reden, daß insbesondere der Reichstag durch die Formen, in denen er die gesetzgeberische Arbeit (richtiger sogar Nichtarbeit) vollzogen hat, sich nichts weniger als die Achtung des Volkes erwerben konnte. Positive Arbeit, die das Leben des Volkes bessert: darauf kommt es allein an. Bestimmte Einzelziele sind aufzustellen. Dadurch muß das Volk das Bewußtsein bekommen, daß seine Vertretung ihm wirklich nützt. Die Parlamente sollen nicht Redehallen sein sondern Beschlußkörper. (Manches gute Gesetz hat allerdings der Reichstag auch schon bisher gemacht. So das Reichsheimstättengesetz, das im Volk leider noch wenig bekannt ist, und dessen Bedeutung selbst Bürgermeister nicht richtig einzuschätzen wissen.)

Unbedingt müßte mehr für das Wohnungswesen geschehen. Es müßte dafür gesorgt werden, daß Mittel zum Wohnungsbau da sind, denn der Wohnungsbau ist zugleich die beste Abhilfe gegen die Erwerbslosigkeit. Der vorletzte Reichstag hat die Mietszinssteuer (Gebäudesteuer) geschaffen. Diese Steuer, die die Hausbesitzer dafür zu zahlen haben, daß sie durch die Inflation ihre Hypotheken verloren haben, ist nicht allgemein ungerecht, aber sie wirkt doch oft sehr hart. Sie sollte nur von denen erhoben werden, die durch sonstiges Vermögen und Einkommen so gestellt sind, daß sie sie zahlen können. Mit einer so korrigierten Gebäudesteuer ließe sich, wenn sie von Staat oder Gemeinde als Hypothek angelegt würde, einmal mancher Wohnungsbau ermöglichen, aber auch das verlorene Kapital der Länder und Gemeinden schnell wiederherstellen. Von der anhaltischen Gebäudesteuer erwartet man jährlich $2\frac{1}{2}$ Millionen. Bei Ausgabe von 5000 Mark Hypothekenskapital lassen sich davon 500 Heimstätten, die Hälfte derer, die Anhalt jährlich braucht, mit einem erheblichen Teil Kapital ausrüsten. Benutzt man aber die Steuer, um anderes Leihkapital mit ihr zu verzinsen und zu tilgen, dann sind viel mehr Häuser davon zu bauen. Mit $2\frac{1}{2}$ Millionen für Zinsen und Tilgung, selbst bei 10% für beide, ließen sich 25 Millionen dem Wohnungsbau zuführen und bei Investierung von 8000 Mark an jedes Haus über 3000 Heimstätten davon bauen, deren Zinsen wieder weiterm Hausbau dienen könnten. Es gibt wenig nützlichere Arbeit als solch einen Heimstättenbau. Dadurch würden auch Staat und Gemeinde wieder reicher.

Soll aber die Wohnungsnot gehoben werden, so muß das Volk insbesondere über das dazu erforderliche Land verfügen können. Dazu ist ein Reichsgesetz notwendig, das bestimmt, daß das Land aus der Willkür der Privatbesitzer in die Hand der Gesamtheit kommt. Ohne jede Gewaltsamkeit. Durch ein Bodenankaufsgesetz ist aller Boden, der verkauft oder enteignet werden soll, zum letzten Grundwertsteuerpreis an den Staat oder die Gemeinde zu verkaufen, die dann ihrerseits das Land nach gesetzlichen Vorschriften an

die Bürger weiterverkaufen, nicht aber an den, der am meisten zahlen will, sondern an den, der es am nötigsten braucht. Auf diese Weise kämen Staat und Gemeinde, da in jeder Familie Zufälligkeiten den Verkauf von Grundbesitz geraten erscheinen lassen, in den Besitz des nötigen Landes, um alles Bedürfnis der Landlosen zu befriedigen. In Anhalt mußte vor kurzem für die Firma Junkers ein Flugplatz beschafft werden. 500 Morgen waren dazu nötig. Sie hatten nach dem, was sie an Ackerpacht einbrachten, einen Wert von 400 000 Mark. Da aber der Flugplatz gebraucht wurde, so brachte es der Besitzer, der ehemalige Herzog von Anhalt, mit seinen Geschäftsfreunden fertig dem Staat, der den Platz beschaffen mußte, um die Flugzeugindustrie nicht zu verlieren, 1 550 000 Mark dafür abzunehmen. Es fehlt eben noch das vom Reich zu schaffende Landankaufsgesetz, wonach im Fall der Enteignung der der letzten Besteuerung zugrunde gelegte Grundwert als Preis zu zahlen ist. Dies Gesetz tut so dringend wie möglich not. Millionen neuer Grundrente werden dem Volk tagtäglich aufgebürdet, weil der Reichstag dieses Gesetz nicht schafft. Auch die Sozialdemokratische Partei tut nichts, um diese Reform durchzubringen. Sie muß im neuen Reichstag diese Versäumnis nachholen. In Anhalt gehört ein Drittel des Landes der öffentlichen Hand, dank zweien Revolutionen, 1848 und 1918. Von dem übrigen Land aber besitzen von 90 000 Familien des Landes 95 Großgrundbesitzerfamilien nicht weniger als 45 187 Hektar, von 145 769 Hektar also nahezu ein Drittel; 800 Besitzer von Grundwerten, die über 75 000 Mark hinausgehen, besitzen 81 744 Hektar, also rund vier Siebentel des privaten Landes; 50 000 Familien haben gar kein Land. Mit dem oben geforderten Bodenankaufsgesetz käme auf Grund der Zufälligkeiten, die in keiner Grundbesitzerfamilie ausbleiben, bald der Boden zu besserer Verteilung an das ganze Volk. Soll das Volk aus der Wohnungsnot herauskommen, so muß es insbesondere über sein Land verfügen können. Durch das geforderte Bodenankaufsgesetz würde sicher billiger Heimstättenboden frei. Kann mit dem Land nicht mehr spekuliert werden, dann behält niemand Boden, den er nicht braucht, den er nicht verwerten kann. Wer nur den Steuerwert als Verkaufspreis erwarten kann, der gibt den Boden, den er nicht braucht, an den Staat zurück, der ihn dem zum dauernden Gebrauch gibt, der ihn braucht und nach Ansicht des Staates am ehesten verdient. Ein befristetes Verpachten von Boden sollte als Rechtsverhältnis aufhören; es dürfte nur Erbpacht geben, damit jeder sich im Gebrauch seines Landes unbehindert durch die Sorge es nach Ablauf der Pachtzeit nicht wieder zu bekommen erfreue.

Damit aber das Volk recht bald zu seinen Heimstätten komme, sollte der Reichstag so schnell wie möglich auch das Gesetz machen, das ich schon seit bald 1½ Jahrzehnten fordere: das Gesetz der Wohnungssparpflicht für alle Erwerbenden im Staat. Wir zwingen den Staatsbürger mit anderen solidarisch zu sparen für die Zeit, da er krank ist, damit er seinen Arzt bezahlen könne und auch einige Existenzmittel habe. Wir zwingen den Staatsbürger, daß er spare, um nach seinem 65. Lebensjahr überhaupt, wenn auch noch so notdürftig, leben zu können. Die meisten sparen, weil sie vor dem 65. Jahr sterben, nicht für sich sondern nur für die, die älter werden. Zwingen wir nun jeden Staatsbürger einen Prozentsatz seines Erwerbs in eine Reichswohnungskasse zu sparen, eine Sparsumme anzusammeln, die sein privates Eigentum bleibt, unpfändbar, vererbbar, aber nur für Wohnungszwecke verwendbar. Zwingen wir den Staatsbürger so lange zu sparen, bis er eine be-

stimmte Summe, etwa 10 000 Mark, in der Reichswohnungskasse hat, und wenn noch so lange Zeit darüber hingehe. Jeder Anfang dieses Betrags kann dann als Hypothekenquelle für die Heimstätte dienen. Besonders für die Frauen wäre diese Wohnungssparpflicht von ganz besonderer Bedeutung. Denn die Frau ist als Ehefrau und Mutter weit stärker an der Heimstätte interessiert als der Mann, denn Geburt und Kindespflege, Kindererziehung wie das ganze Familienleben überhaupt nötigen die Frau das Leben in der Heimstätte weit mehr und weit stärker als ihr eigentliches Leben anzusehen als der Mann. Über die Probleme der Frauenberufsarbeit, ihre ökonomischen Notwendigkeiten und sittlichen Postulate, sei in diesem Zusammenhang nichts ausgesagt. Hier sei nur an das tägliche Leben gedacht, das die Mehrzahl der Ehefrauen heute führt. Diesen gibt doch sicherlich die Arbeit in einem Heim, das in Garten und Stall vegetabile und animalische Urproduktion in vorteilhaftester Weise möglich macht, reichste, fruchtbarste, geistig wie ästhetisch befriedigende Arbeit. Um dieser Frauen willen könnte man dann ein Ehegesetz schaffen, daß bei Ehescheidung die Heimstätte unter allen Umständen der Frau als ihr Eigentum bleibe, auch einschließlich dessen, was der Mann während der Ehe für die gemeinsam bewohnte Heimstätte hineingespart hätte. Wenn es so viele Heimstätten gibt wie Frauen, dann gibt es genug. Eine Ehefreiheit, die die Scheidung auf Verlangen auch nur eines Teils gewährt, wäre bei solcher wirtschaftlichen Sicherung der Existenz der Frau auch in unserer Gesellschaftsordnung möglich.

Von größter Wichtigkeit ist es auch, daß der kommende Reichstag dafür sorgt, daß der Grund und Boden überall im Reich nach dem gemeinen Wert besteuert werde, und zwar in starker Progression. Anhalt hat diese Grundwertsteuer. Es besteuert den Großgrundbesitz im Höchstmaß für den selben Wert 13mal so hoch wie den kleinen Grundbesitz. Wenn das Reich den Ländern solche Steuer vorschreibt, gibt es ihren Finanzen das beste Fundament. Das kleine Anhalt hat jetzt schon 20mal so viel Grundsteuereinnahme als vor dem Krieg. Es kann aber auch ganz leicht 50mal so viel nehmen, statt 40 000 Mark 2 Millionen Mark; denn 410 690 394 Mark privaten Grundwerts können wohl leicht 2 Millionen Mark Grundwertsteuer zahlen.

Anhalt hat am 9. November seinen Landtag neu gewählt. 41 % wählten sozialdemokratisch, $5\frac{1}{3}$ % kommunistisch. Verschwänden die Kommunisten ganz, dann fehlte der Sozialdemokratie nicht viel mehr an der absoluten Mehrheit. Bei den Gemeindewahlen, die am 16. November stattfanden, erzielte die Sozialdemokratie 43 % und die Kommunisten noch $5\frac{1}{5}$ %. Ein Bodenreformer, der zugleich Demokrat ist und auf keinen Fall mit der Rechten geht, nimmt den Nichtsozialdemokraten rechts von der Sozialdemokratie allein schon die Mehrheit. Außerdem sind aber 3 Demokraten gewählt, so daß der eigentlichen Rechten von 36 Mandaten nur 15 zur Verfügung stehen (5 Volksparteiler, 7 Deutschnationale und Landbündler, 2 Wirtschaftsparteiler und 1 Nationalsozialist). Reaktionär kann in Anhalt in den nächsten 4 Jahren nicht regiert werden. Dieser Erfolg ist ganz sicher der praktischen Arbeit der Sozialdemokratie zu verdanken. Bei der letzten Wahl wurde in Dessau ein großes Modell eines Siedelungshauses, das eben gerichtet wurde, auf einem Wagen durch die Stadt gefahren. Und darauf stand: »Das will die Sozialdemokratie, das will Peus!« Das hat gewirkt. Auch das Reichsbanner hat vorzüglich mitgearbeitet. Im Land stieg die

Sozialdemokratie seit dem 22. Juni dieses Jahres von 64 943 auf 78 675 Stimmen, in der Stadt Dessau von 14 230 auf 18 190. Das Ziel, daß jeder Bewohner des Landes, der will, Grundbesitzer und Heimstättenbesitzer auf dem Fundament des neuen Bodenrechts soll werden können, hat viele angezogen, die nun unserer Partei angehören.

Gewiß bilden solche Reformen, wie ich sie im vorstehenden als Beispiele vorgeschlagen habe, nicht die entscheidende Arbeit des neuen Reichstags. Diesem wird die Aufgabe über das Lebensschicksal des deutschen Volkes zu bestimmen. Er wird durch seine außenpolitische Orientierung der Zukunft Deutschlands die Richtung zu geben haben. Und je nachdem, ob diese auf die Einigung des Festlands auf dem Grund einer deutsch-französischen Verständigung ausgeht oder sich auf Tagesscheinkonjunkturen einstellt, werden die produktiven Kräfte des deutschen Volkes sich zu voller Höhe entfalten oder verkümmern. Die großen Notwendigkeiten der Wirtschaftspolitik, die, heute vielleicht noch nicht ganz zu übersehen, bei der Ausführung der Dawesgesetze in die Erscheinung treten und jeder einzelnen gesetzgeberischen Maßnahme ihren Charakter aufprägen werden, werden den Parteien bald zeigen, daß mit alten Doktrinen, mit alter Routine nichts mehr auszurichten ist. Noch weniger mit den Schlagworten einer veralteten Innenpolitik, die bloß im Kampf der Parteien gegen einander ihren Daseinszweck sah. Für die Wiederaufbauperiode brauchen wir die produktive Arbeitsgemeinschaft des ganzen Volkes. Der Reichstag muß so gestaltet sein, daß nach all der Verhetzung und Erbitterung, die ein demagogisch geführter Wahlkampf notwendig erzeugt, doch wieder die wirtschaftliche Vernunft und das politische Gewissen die nun einmal nicht zu umgehende Zusammenarbeit auch der einander Widerstrebenden ermöglichen. Aber gerade weil dem so ist, deshalb halte ich die Aufzeigung solcher scheinbar kleinen, manchem kleinlich scheinenden Möglichkeiten praktischer Arbeit für den Reichstag für sehr wichtig. In dieser gesetzgeberischen Kleinarbeit scheiden sich die Geister und kommen sie zusammen. Und so bleibt sie ein Paradigma für die große Arbeit, die dem Reichstag obliegt, ja bereitet ihr den Boden und erleichtert sie. Der Reichstag muß sich also ruhig das Arbeitspensum, das hier so obenhin skizziert wurde, neben den anderen drängenden Arbeiten für die nächsten 4 Jahre vornehmen. Er wird auch damit reichlich zu tun haben, und er wird bald merken, daß er dann eine nützliche Leistung vollbringt, die auch ihm selber wieder einiges von der Popularität zurückgewinnen kann, die er in den Kriegs- und Nachkriegsjahren verloren hat. Gehen wir ans Werk.

WALLY ZEPLER · DIE FRAU VOR DER WAHL



IEDER stehen wir vor einer Reichstagswahl. Der 4. bereits, an der die Frauen teilnehmen. Mehrmals ist die Frage aufgeworfen worden, ob eine Veränderung im politischen Leben, und welche, durch ihre Teilnahme daran bewirkt worden ist. Was man einst erhoffte, was vor allem die Frauen selbst stets glaubten: daß Humanität, Friedensliebe, Gerechtigkeit in die Politik einziehen würden, sobald die Frauen in den Gesetzgebungskörperschaften säßen, hat sich bisher nicht erfüllt. Die weiblichen Abgeordneten behaupten: weil sie sich den Parteigepflogenheiten fügen mußten, ihr Einfluß natürlich nur bescheiden sei, man sie an die großen politischen Fragen gar nicht heranlasse. (All das

heißt selbstverständlich nur, daß sie sich diesen Einfluß eben nicht kraft ihres Geistes zu erringen wußten.) Mag sein. Die Öffentlichkeit jedenfalls konnte nur konstatieren, daß, wo sie bisher in politischen Angelegenheiten hervortraten, dies stets nur im Sinn und Geist der Männer, sei es ihrer Partei sei es der herrschenden Meinung im allgemeinen geschah, also irgendeine Wandlung durch das weibliche Geschlecht noch nicht eingetreten ist. Jetzt können wir nur das gleiche feststellen: Die Wahlpropaganda geht ihren alten, längst bekannten Weg. Jede Partei beweist in endloser Wiederholung, daß sie die einzige war, die alles Unglück verhindert, das Falsche nicht mitgemacht, Deutschland gerettet hätte. Keine einzige will die Erfüllungspolitik sabotiert, keine die Ruhrbesetzung verschuldet, keine den passiven Widerstand gewünscht oder gefördert haben. Und die führenden Politikerinnen? Machen sie es in ihrer Propaganda anders als ihre männlichen Kollegen? Nein, sie sind deren getreueste Kopisten. Genau ebenso beweisen sie mit dem gleichen Brustton, wenn auch in anderer Stimmlage, nur diejenige Partei, der sie angehören, hätte alles vorausgesehen und alles Schlimme zu verhindern gesucht, nur sie hätte sich stets für die richtigen Maßnahmen eingesetzt, und es wäre nur deshalb nicht besser geworden, weil die anderen Parteien verblendet und verstockt geblieben seien.

Aber sollten sich nicht wenigstens hier die Frauen auf einen andern Standpunkt stellen können? Sollten nicht sie berufen sein endlich die *Wahrheit* zu sagen? Sie sind ja noch nicht durch eine Vergangenheit belastet, sie haben keine Autorität zu wahren, brauchen also auch nicht die Fiktion, daß sie immer Recht gehabt hätten. Nachdem alle die Theorien von der besondern Note, die die Frauen kraft ihres angeblichen Gefühlslebens in die Politik zu tragen berufen seien, sich als irrig oder leer erwiesen haben, bleibt die eine Tatsache bestehen, daß sie wegen ihrer Ungebundenheit als Neulinge auch von dem Vorrecht der Neulinge: wahr zu sein, Gebrauch machen könnten. Haben sie sich nicht zu selbständigen politischen Ideen durchgerungen, so wissen sie doch, was tatsächlich geschehen ist, und in allen Parteien könnten sie wahrlich nur die Hochschätzung ihrer Wähler gewinnen, wenn sie vor sie hinträten und sagten: Es verhält sich meist anders als es euch dargestellt wird, und nun wollen wir nicht die Vergangenheit glorifizieren sondern die Zukunft besser machen, wir wollen nicht unsern Mangel an Einsicht und unsere Schwäche in Überzeugungstreue und Vergewaltigung durch die anderen umdeuten, sondern wir wollen eine neue Einsicht jetzt betätigen, und unsere Kraft dafür einsetzen. Denn von der Unwahrhaftigkeit hat man sich, der außenpolitischen Besserung (die kaum unser Verdienst ist) zum Trotz, noch immer um keinen Schritt abgewandt. Es ist nicht nur Wahlmache, die die einzelnen Parteien bestimmt die Schuld an den schweren politischen Fehlern und Verbrechen am eigenen Volk von sich abzuwälzen, die seit 1914 begangen worden sind. Auch innerlich hat sich keine Regeneration vollzogen. Noch immer steht es uns fest, daß uns durch den Versailler Vertrag eine Kriegsschuldflüge abgezwungen sei (obgleich in dem Vertragstext ein Schuldbekenntnis überhaupt nicht enthalten ist), wir bilden uns ein, daß wir durch ihre "Widerlegung" die uns auferlegten Lasten los würden, daß wir sie also durch Akteninterpretierung zu beseitigen hätten. Noch immer verlangen wir von den ehemaligen Kriegsgegnern die "Öffnung der Archive", lassen aber Fechenbach im Zuchthaus sitzen, weil er ein Dokument veröffentlicht hat. Noch immer ist uns nur Versailles das Symbol und

Zeichen des "Imperialismus", der die Macht gegenüber den Unterlegenen rücksichtslos auszunutzen strebt, während Brest Litowsk längst unserm Gedächtnis entschwunden ist. Noch immer sind wir an der Marne nicht vernichtend geschlagen worden, haben unsere Generale nicht über 4 Jahre unnötig Hekatomben von Menschenopfern gebracht, da doch der Krieg längst verloren war. Noch immer sind es die Franzosen, die sich seit dem Kriegsende jeder Verständigung widersetzt haben. Noch immer haben wir uns überhaupt schlechterdings nichts vorzuwerfen, es sei denn weltunkundigen Idealismus. Und wie in der Gesamtheit so in den einzelnen Parteien. Wenn die Linke, die doch jahrelang regierte, Deutschland nicht aus dem Sumpf herausgezogen hat, so ist natürlich nur die Rechte daran schuld. Jede Partei hat von der andern einen Dolchstoß erhalten, selber versagt hat niemand.

Wozu jetzt dieses feststellen? Weil man nie und nirgends etwas zu ändern vermag, solange nicht die Erde ungewühlt und die Krankheitserreger, die Keime des Schlechten, daraus entfernt sind. Im Seelischen; solange man sich nicht bis ins Letzte Rechenschaft über sich selbst abgelegt hat. Das also ist von den Frauen zu fordern: die Wahrheit auszusprechen. Dann wird man erkennen: Jede der Parteien, jeder einzelne von uns trägt die Schuld an dem, was geworden ist. Wir haben alle, innerhalb wie außerhalb des Parlaments, nicht nur falsch gehandelt sondern uns auch selbst betrogen. Jetzt heißt es von vorn beginnen. Obenan steht die Frage: Was hat nach dem 7. Dezember zu geschehen? Endlich, nach 6 Jahren Nachkriegskrieg, ist eine Formel für die Wiedergutmachungsleistungen gefunden und von Deutschland angenommen worden. Keine der Parteien, die wirklich produktive Volkselemente vertraten, hat sich dieser Annahme widersetzt. Auch die 49 Bejager unter den Deutschnationalen sprechen nur für sie; sie beweisen, daß sie, aller Demagogie zum Trotz, der sich ihre Partei vorher unterwerfen mußte, so viel Sachlichkeit aufbrachten eine erneute furchtbare außenpolitische Wirrnis verhüten zu wollen.

Mit der Annahme des Dawesplans ist es nicht getan. Sie stellt Forderungen an uns, und zwar recht weitgehende. Sie bedeutet, daß wir nun schwere Leistungen zu vollbringen haben, die nur vollbracht werden können, wenn die deutsche Wirtschaft nicht nur auf die Höhe ihrer Vorkriegsproduktion sondern weit über diese hinaus geführt wird. Sie bedeutet also Steigerung der Produktivität bis auf den höchsten Grad. Diese wiederum ist nur möglich, wenn die Klassen während der Wiederaufbauperiode mit einander arbeiten, wenn sie nicht nur den Klassenkampf führen sondern auch Klassensolidarität üben. Politisch bedingt dies eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft. Es hat Jahre gedauert, bis sich die Parteien zu einer Regierungskoalition entschließen konnten. Immer urteilte man ausschließlich formal, fürchtete für die Parteien, dachte an die Wähler, nicht an die Sache. Jetzt gilt die gleiche Überlegung der erweiterten Koalition, von der Rechten bis zur Linken, die notwendig ist, da nur diese Gesamtgemeinschaft eine Produktion in der notwendigen Höhe aufbringen kann.

Die Aufgabe aus dem zerstückelten und in sich zerfallenen Europa einen in seinen Interessen einigen Wirtschaftskomplex zu schaffen, der neben den beiden angelsächsischen Imperien, dem werdenden ostasiatischen und dem sich später wieder zusammenschließenden russischen Imperium steht und mit ihnen die Welt organisch gestaltet, ist in dem Kontinentaleuropagedanken

enthalten. Wie alles Neue wurde er von den meisten Politikern unbeachtet gelassen oder bekämpft, als Utopie zurückgewiesen. Jetzt bemerkt man bei uns plötzlich und mit Erstaunen, daß er längst unter den vorgeschrittensten Geistern Anhänger geworben hat, daß die französische wie die tschechische Politik auf ihm fußen, daß die Wirtschaft geradezu auf ihn hindrängt, und daß in seiner Verwirklichung, und nur darin allein, die Gesundung Deutschlands liegt. Aber was man immer noch nicht begriffen zu haben scheint, ist dieses, daß darin zugleich der scheinbare Widerspruch "Nationalismus oder Internationalismus?" aufgehoben ist. Weder die Nationalisten noch die Internationalisten dürften so leicht das schwere Werk vollbringen Deutschland in der Welt wieder die ihm zukommende Stellung zu erringen. Die ersten nicht, weil die Waffengewalt Deutschlands lahmgelegt ist, die anderen nicht, weil der bloße Pazifismus ein negativer Gedanke, der Völkerbund eine formale Institution ist, die nur bestehende Machtverhältnisse verkörpern, sie aber nicht ändern kann. In einer Vereinigung der kontinental-europäischen Nationen dagegen entscheidet die wirtschaftliche Potenz, und dort würde Deutschland eine bedeutende Kraft darstellen und durch seine Produktivität von selber an den Platz kommen, der ihm gebührt. Was sich jetzt in Streitigkeiten verzettelt, würde sich dann in Leistungen auswirken, und niemand wäre imstande sich eine Leistungsenergie zu unterjochen, die dem ganzen Kontinent zugute käme. Es liegt daher gar nicht im Wesen der Sache, daß die politische Rechte kein Verständnis für diese Idee gewinnen könnte. Will sie doch nicht Krieg an sich sondern nur *Macht*, die nach ihrem Ermessen der Nation gebührende Macht. (Es spricht, nebenbei gesagt, nicht für das politische Ahnungsvermögen der Frauen, wenn sie, wie neulich eine weibliche Zuschrift an die Vossische Zeitung, wie aber auch ihre gesamte Stellungnahme gegenüber der kontinentaleuropäischen Idee bezeugt, dieser Idee nur mit den alten, hundertmal wiedergekäuten Argumenten begegnen, daß sie englandfeindlich sei usw. Freilich wäre zu fragen, weshalb gerade die Frauen dieses Ahnungsvermögen besitzen sollten. Höchstens deshalb, weil sie selbst behaupteten die Dinge weniger kraft einer Vernunftüberlegung als einer ihnen eingeborenen Gefühlserkenntnis zu durchdringen, und weil sie ferner durch ihre Vergangenheit, die sie von allem politisch dogmatischen Wissen ferngehalten hat, sich den aufgeschlossen reinen Blick für das Bedeutende und Zukunftsträchtige gewahrt haben könnten. Ist doch Politik in höherm Sinn überhaupt nicht sowohl Wissen und Denken als Erschauen der Zusammenhänge und Ahnen des Notwendigen.)

Nun fordert sicherlich der Kontinentaleuropagedanke, der jetzt vielen so einleuchtend scheint, zu seiner Durchführung die Anstrengung ungezählter Menschen auf den mannigfaltigsten Gebieten. Seine Konsequenzen sind heute noch nicht im entferntesten zu durchdringen. Im Augenblick indes, wo der ehrliche Wille zum Zusammenschluß auf allen Seiten hervorbricht, zeigten sich auch die Punkte, wo die Gesamtheit durch das Wirken und die Leistung jedes einzelnen Volkes den höchsten Nutzen erführe. Ganz anders als die formalen Entscheidungen des Völkerbundes in einzelnen Fragen ist hier das Ziel nur auf Wegen zu erreichen, die uns heute oft ungangbar scheinen mögen. Jedenfalls verlangt solche Gemeinschaftsarbeit, daß zunächst die zusammengehörigen Einzelindustrien der nationalen Gebiete sich koalieren, ohne nationale Gehässigkeiten wie ein einheitliches Produktionsfeld ineinanderwirken, daß die Verkehrswege wie ein einheitliches Netz ausgebaut

werden, daß gewisse Zollschranken das kontinentale Europa in seiner Produktion gegen die anderen Imperien zum Schutz seiner Industrie und Landwirtschaft abgrenzen, wie dies Chamberlain für das britische Imperium erstrebte. Kleinliche Verständnislosigkeit, wie die des städtischen Konsumenten gegenüber dem ländlichen Produzenten, müßte überwunden werden. Die nationale wie die übernationale Gemeinschaft hat nur Sinn unter dem Aspekt höchster Produktionsentfaltung. Der Weg hierzu geht aber in unserer Gesellschaftsordnung über das Produzenteninteresse. Nichts ist charakteristischer für den engen Geist der Parteiführer und ihrer Anhänger als die kleinliche Mißgunst, mit der sie jeder ihnen fremden Gruppe einen Gewinn mißgönnen, mag er auch in weiterer Folge ihren eigenen Parteigängern zunutze kommen. Aus dieser Quelle stammt die Ablehnung des Agrarschutzes auf der Seite der politischen Linken. Aus ihr stammt aber auch die (uneingestandene) Abneigung gegen eine deutsch-französische Kooperation, die zu einer Einigung des ganzen Festlands führen muß. Man sträubt sich gegen die Anerkennung der politischen Hegemonie Frankreichs in Europa. Aber die sie angeblich aus nationalem Stolz nicht zugeben wollen, haben gar nichts dagegen, daß Deutschland ein englisches Protektorat wird. Ganz verkehrt und verwerflich ist es aber dieses Problem zu einem parteipolitischen Streitpunkt zu machen, gemäß der alten deutschen Übung die Außenpolitik als Hilfsmittel der Innenpolitik zu mißbrauchen. Umgekehrt freilich müßte die ernste Behandlung dieses Problems auch auf die Lösung der innendeutschen Aufgaben befruchtend einwirken. Begriffen die Parteiführer die gewaltige Perspektive des kontinentaleuropäischen Zusammenschlusses auch nur in seinen Anfängen als französisch-deutsche Wirtschaftsverständigung tatsächlich, so verblaßten dahinter alle Parteiplänkeleien; man finge an zu verstehen, daß auch die staatliche Gliederung Deutschlands ein politisches Problem ist, daß von seiner sachlichen, das heißt produktionstechnisch und kulturell richtigen Lösung, die Leistung der Nation und damit ihre Stellung in Europa abhängt. Aber dazu brauchte man freilich Politiker, nicht Agitatoren. (Es sei hier, wie in dieser Zeitschrift schon so oft, bemerkt, daß die unglückselige Listenwahl, das Spottbild einer wirklichen Proportionalwahl, eine wirkliche Umbildung der Politik fast unmöglich macht, weil sie das Heraufkommen politischer Köpfe und begeisterungsfähiger und arbeitsfreudiger Menschen an Stelle der Parteiroutiniers verhindert.)

Hier ist der Punkt erreicht, wo wir nicht nur darauf sehen müssen, was zu tun ist, sondern auch auf welcher Grundlage ein solches Tun möglich ist. Denn ist auch alles, wovon wir hier sprachen, durchaus Realpolitik und als solche von den Politikern durchaus zu leisten, so erheischt sie doch eine Umkehr des Geistes, eine Wandlung seelischen Erlebens. Sie fordert die Abkehr von den Feindschaftsempfindungen der Nationen, die in einem einheitlichen Menschheitsgefühl zusammenschmelzen sollen. Damit sie das können, muß vor allem die Erziehung des Menschengeschlechts grundsätzlich anders werden. Es ist unwahr, daß die Seele des Kindes schon dem Haß geöffnet ist. Haß schleicht sich nur ein, wo er im Mantel eines guten und echten Gefühls hineingetragen wird, wo die Erwachsenen ihre Autorität mißbrauchen, um das allgemeine Menschheitsgefühl zu zerstören und Höher- und Minderwertigkeitsempfindungen zu wecken. Nirgends so stark wie in Europa ist die Liebe zur Nation ausgebeutet worden, um andere: Juden, Asiaten, Neger, gegenüber dem eigenen Volk als minderwertig hinzustellen und

so den Drang nach dem Ideal, das der Jugend innewohnt, zu mißleiten. Durch das, was den Kindern so beigebracht wird, werden sie mit einem widerlichen Hochmut, dem Gegenspiel der Menschengesinnung, infiltriert. Und dadurch werden sie selbst seelisch korrumpiert, in ihrem Menschentum herabgedrückt, der menschlichen Würde beraubt. Man pflegt Politik und Idealismus, materielles Interesse und Kultur einander entgegenzustellen, so, als lägen im Menschengest 2 widerstreitende Triebe, der eine auf physischen Genuß, der andere auf Gefühl und Erkenntnis gerichtet. Solch eine Alternative existiert aber in Wahrheit nicht. Bäumt sich der Sinn für Recht und Menschlichkeit gegen das Ichinteresse auf, so sucht er einen Einklang zwischen realem und seelischem Leben herzustellen, und wenn die Wurzeln des Menschheitsempfindens tief in die Kindheits- und Jugendjahre hineingehen, bleiben sie auch im Geist des erwachsenen Menschen unausrottbar. Deshalb ist die Schule viel, viel mehr denn als Bildungs- und Wissensinstitut von ausschlaggebender Bedeutung für das künftige Dasein als Formerin der Seele. Wissen und Bildung, das erkennen wir immer mehr, ist nur ein äußerlich Angenommenes, das wir uns aus eigenem Drang später sehr rasch assimilieren können. Gesinnung, Menschengefühl aber ist der Same, aus dem das Leben selber sprießt. Diesen Samen in die Seelen zu senken ist eine der Grundpflichten der Gesellschaft. Die Frauen haben oft proklamiert, daß sie hierzu besonders berufen und geeignet seien. Aber die Schriftstellerin Marie Diers verkündet am 14. November in einer Versammlung, die Frau müsse »der Jugend Haß predigen«. Auch in diesen Dingen ist es also schon besser wahr zu sein als etwas zu präntendieren, was dann von den einfachen Tatsachen fortgeblasen wird.

Die Aufgaben des neuen Reichstags sind weittragend und groß. Was längst hätte geschehen sollen: aus dem Zusammenbruch von 1918 realpolitisch und seelisch eine Revolution anzubahnen, aus dem Weltkrieg, dem furchtbarsten Erleben der Menschheit, die Morgenröte einer neuen Gesellschaft aufsteigen zu lassen, das soll und muß sich nun endlich nach diesen Wahlen zu vollziehen beginnen. Der Frau fällt immerhin ein Teil dieser Aufgabe zu. Sie wird sie lösen können, wenn sie sich entschließt alles Alte abzuschütteln und als erste Forderung gegen sich selbst die der Wahrheit zu stellen. Sie steht vor der Wahl.

MAX SCHIPPEL · AGRARSCHUTZ UND SOZIAL-DEMOKRATIE

SELBST die österreichischen Parteivorgänge, wie sie sich bei den jüngsten Wiener Zollberatungen und handelspolitischen Entscheidungen äußerlich geradezu sensationell und dennoch innerlich mit einer fast zwangsläufigen Folgerichtigkeit entwickelten¹, lassen die deutsche Partei noch immer nicht aus den gewohnten bürgerlich freihändlerischen Denkgeleisen herauskommen. Vielleicht hilft es den festgewurzelten alten geistigen Trägheitswiderstand (im vorliegenden Fall eine kritiklos fortdauernd weitergeschleppte bedenkliche Erbschaft aus der glorreichen Zeit der Eugen Richterschen Oppositionsführung im Reichstag und preußischen Landtag) bis zu einem gewissen Grad erschüttern, wenn

1) Siehe Schippel Zollpolitik und Arbeiter, ferner Arbeiterparteien und Handelspolitik, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 364 ff. und 680 ff.

heute, abermals an die oft erwähnten österreichischen Parteierfahrungen anknüpfend, die neuerdings hervortretende vollkommene Umwälzung in der Stellungnahme zum Agrarschutz eingehender dargelegt wird.

Der Agrarschutz, der sich seit dem Ende der siebziger Jahre plötzlich mit ungeahnter Wucht und Kraft neben und über den vormals allein umstrittenen Industrieschutz setzte, ist bekanntlich keine ausschließlich oder auch nur vorwiegend reichsdeutsche Schöpfung. Er kehrt vielmehr, oft noch viel schärfer herausgebildet und höchstens in der formalen Einkleidung mannigfach wechselnd, weitab von den Gefilden Osteliens in Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und (naturgemäß allerdings weniger oder gar nicht auf den Getreidebau, diesen einen Zweig der vielgliedrigen agrarischen Produktion, zugespitzt) sogar in Ländern wieder, die wie die skandinavischen sonderbarerweise im Ruf des Agrarfreihandels trotz alledem und alledem geblieben sind. Für jeden ernsten Wirtschaftsbeobachter kommen in den etwa 1880 sich gegen einander abgrenzenden, in ausschlaggebenden Grundzügen sich schroff scheidenden Entwicklungsstufen der deutschen (und kontinental-europäischen) Handelspolitik 2 große entgegengesetzte Weltmarkts- und Wirtschaftsperioden zum Ausdruck: die Periode der andauernd durchschnittlich steigenden Agrarpreise bis ungefähr zur Mitte der siebziger Jahre, und die Periode des unerhörten internationalen agrarischen Preissturzes, der chronischen schweren Agrarkrise, die bis zur Mitte der neunziger Jahre zu immer vernichtenderen Schlägen ausholen konnte, und die sich alsdann zwar allmählich beruhigte, aber damit noch lange nicht zu den ehemals für normal geltenden Preisen sofort wieder zurückkehrte.

In der 1. Periode hatten sich, angesichts der profitablen und stetig weiter anziehenden Agrarpreise und der auf Grund dieser ansteigenden Preisbewegung sich ausweitenden und sich intensivierenden Landwirtschaft ganz konsequent, selbst Schutzzöllner wie Friedrich List gegen jede Art von Agrarzöllen gewendet, obwohl sie an sich die Förderung aller produktiven Kräfte im Auge behielten. Was hätte ein Agrarzoll einer überproduzierenden Landwirtschaft nützen sollen, deren Absatzerweiterung und Preisaufbesserung vielmehr von der Hebung der umgebenden nach und nach zu höherer Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit "erzogenen" Industriegebiete und industriellen Klassen abhing? Diese ganze Gegenargumentation gegen den Agrarschutz, mochte sie periodisch noch so berechtigt und durchschlagend sein, sank aber wie ein Kartenhaus in sich zusammen, als die bisher ganz von selber gegebene Absatzfähigkeit der heimischen Landwirtschaft tödlich getroffen zu werden drohte, weil die Agrarpreise rapid abwärts stürzten: und zwar nicht etwa infolge irgendwelcher großer produktionstechnischer Fortschritte sondern im Gefolge eines ganz abnormen, auf siedelungskolonialen Landverschenkungen und auf russisch-indischen Hunger- und Notverkäufen emporgewachsenen internationalen Wettbewerbs.

In dieser 2. Periode war der Agrarschutz nicht mehr, wie zur Zeit der englischen Kornzollpolitik seit und nach den Napoléonischen Kriegen, der monstrosen volkswirtschafts- und industriefeindliche Versuch normale Preise zu übernormaler Höhe emporzuschrauben, immer unergiebigere Bodenklassen in den Kreis der Bestellung hineinzuziehen, die Grundrente und damit die Güterpreise und schließlich sogar die Schuldenlast und damit den Anreiz zu neuen künstlichen Preisaufblähungen zu steigern, und wie die vorher ganz

angebrachten und nunmehr zur besthämendsten Sinnlosigkeit entarteten altliberalen handelspolitischen Vorstellungen alle sich geben mochten. Der Agrarschutz war von da ab lediglich das Bemühen: die drohenden oder zur Wirklichkeit gewordenen erschreckenden Geldertragsrückgänge nach Möglichkeit wettzumachen und wenigstens einen Teil der Absatz- und Preiseinbußen durch staatliche Maßnahmen auszugleichen, so daß in Tat und Wahrheit während der neuen Agrarschutzperiode die Preise für die wichtigsten Landwirtschaftsprodukte noch immer weiter sanken, nur eben nicht im Vollmaß der freien, gänzlich ungestörten Weltmarktsentwicklung.

Wenn der Berliner Weizenpreis durchschnittlich, in regelmäßiger Fortführung einer jahrzehntelangen langsamen Preisentwicklung, pro Tonne 1871 bis 1879, also in der Zeit der Zollfreiheit, auf 219 Mark stand, 1880 bis 1885 dagegen bei 10 Mark Zoll auf nur 192 Mark, 1885 bis 1891 bei 30 und 50 Mark Zoll vollends nur auf 180 Mark, 1894 und 1895, in der Caprivizeit, aber bei immer noch 35 Mark Zoll auf sogar nur 136 und 142 Mark, stets einschließlich Zoll: so tritt, sollte man denken, der neuartige Charakter dieses Agrarschutzes so schlagend und deutlich hervor, daß man die Berechnungen der freisinnigen ABC-Bücher über die (absolute) Preissteigerung um 10, dann 30, dann 50 oder doch 35 Mark und über die entsprechenden Millionen-, Milliarden- und Abermilliardensteigerungen der Grundrenten und Grundstückswerte getrost neben die erstaunlichsten Leistungen mittelalterlichen Wahnglaubens stellen kann.



IE weit entfernt sich nun der heutige österreichische Parteistandpunkt von der eben erwähnten altliberal-freihändlerischen Verständnislosigkeit? Und Wortführer ist dabei, was die Wandlung um so bemerkenswerter und erfreulicher macht, kein geringerer als der Genosse Otto Bauer.²

Heute erklärt sich Otto Bauer durchaus bereit (schade, daß er nicht schon vor 20 und mehr Jahren die sozialdemokratische Auffassung mit beeinflussen konnte!): gegenüber zerrüttenden Weltmarktpreisen den heimischen agrarischen Produktionszweigen, wie er sich etwas unglücklich ausdrückt, eine schützende »Prämie« zuzugestehen. Die zu erstrebenden Absatzpreise seien, im Anschluß an die festzustellenden normalen heimischen Produktionskosten »unabhängig von den Weltmarktpreisen so festzusetzen, daß sie den Bestand des heimischen Getreidebaues ermöglichen«. Der Inlandspreis des Getreides sei bei niedrigen Weltmarktpreisen, die also nicht einfach als Himmels Geschenk für den Konsumenten hingenommen werden, »über den Einfuhrpreisen des Auslandgetreides zu halten«. Diese Sicherung eines Selbsterhaltungspreises lege freilich dem »Konsumenten Opfer für die Erhaltung des heimischen Getreidepreises auf«, in Zeiten niedriger Weltmarktpreise sogar »schwere Opfer«. Das produktionselle Interesse nicht nur an der Industrie sondern nicht minder an der Agrarproduktion habe jedoch jederzeit, wenigstens für einen klassenbewußten Arbeiter, zu überwiegen:

»Die Einschränkung des Getreidebaus in unseren Ebenen und unseren Voralpengebieten könnte ökonomisch und sozial höchst bedenkliche Wirkungen hervorrufen. Sie würde eine Extensivierung großer Teile unserer Agrarproduktion hervorrufen. Und sie würde damit auch den Arbeiterbedarf der Landwirtschaft verkleinern. Der

² Siehe *Bauer Getreidezölle oder Getreideeinfuhrmonopol?*, im Kampf 1924 Seite 121 ff., und *Gleitende Getreidezölle*, in der Wiener Arbeiterzeitung vom 12. August 1924.

Druck der freigesetzten Arbeitskräfte würde nicht nur die landwirtschaftlichen Arbeiter zurückwerfen sondern auch in den Industriegebieten empfindlich fühlbar werden. Wir müssen darum nach Mitteln suchen den heimischen Getreidebau vor diesen Gefahren zu bewahren.«

Otto Bauer liebäugelt sogar, um die größere Zweckmäßigkeit des an ein Einfuhrmonopol anknüpfenden Agrarschutzes zu erweisen, mit dem Gedanken: der von der österreichischen Regierung vorgeschlagene Getreidezoll von 2 Goldkronen für den Meterzentner werde »bei sehr niedrigen Weltmarktpreisen sogar zu niedrig« sein, um »die Existenz des heimischen Getreidebaus zu sichern«. Theoretisch prinzipiell ganz richtig (den weiteren praktischen Ausführungsvorschlägen merkt man allerdings die Unvertrautheit mit den früheren ähnlichen Auseinandersetzungen an) sucht Bauer immer von einem aus »volkswirtschaftlichem Bedürfnis« und als »volkswirtschaftliche Notwendigkeit« aufrechtzuerhaltenden Normalpreis auszugehen. Einmal mit diesem Trank im Leibe kennt seine Konsumentenopferwilligkeit schier keine Grenzen mehr:

»Wenn die Getreidepreise wieder sinken sollten, würden die [gleitend gedachten] Zölle wirksam werden. Die Zölle würden uns daher Brot und Mehl nicht verteuern sondern nur den Rückgang der Brot- und Mehlpreise, der im Falle eines Sinkens der Weltmarktpreise des Getreides einträte, verlangsamen . . . Sobald also der Weizenpreis in Chicago um 2 Goldkronen unter den Ausgangspreis sänke, betrüge der Weizenzoll 4 Goldkronen [anstatt der 2 des jüngsten Regierungsvorschlags] . . . Sollten die Weltmarktpreise wieder sinken, dann würde die Landwirtschaft die Zollprämie, die sie in diesem Falle allerdings brauchen würde, erlangen und zwar, wenn die Weltmarktpreise unter den Ausgangspunkt sinken, sogar eine höhere, unter Umständen sogar eine doppelt so hohe Prämie als sie der von der Regierung vorgeschlagene starre Zoll von 2 Goldkronen der Landwirtschaft geben will.«³ Nur über diese Verdoppelung des vorgeschlagenen Regierungszollsatzes will Bauer niemals hinausgehen, »eine Erhöhung des Zolles über diesen Betrag fände nicht statt«.

3) Bei Jaurès' Antrag Kanitz konnte man seinerzeit eine ähnliche Beobachtung in Frankreich machen Ich zitierte daher am 26. Juni 1904 in der Chemnitzer Volksstimme (in meiner Artikelreihe Arbeiterklasse und Handelspolitik) aus der begründenden Rede Jaurès' vom 16. Januar 1894: »Das, was in Ihrem [Zoll-] System das gewünschte, nicht aber sicher erreichbare Ziel ist, nämlich die Festhaltung eines bestimmten Preises, ist in unserm [Monopoleinfuhr-] System der Ausgangspunkt.« Daran anschließend schrieb ich damals: »Jaurès bestritt also in keiner Weise die protektionistischen Ziele des Antrags. Die Zollerhöhung strebe gleichfalls einem Preise von 25 Francs zu, aber der Zoll sei ein rober, launenhafter Notbehelf: bei abnormem Weltmarktpreisdruk lasse er in Frankreich die Preisnorm nicht erreichen, bei abnormer Weltmarkterhöhung schraube er den französischen Preis zu unerträglicher Notstandshöhe empor. »In der Tat, ich behaupte, daß unser System offenbar von viel durchschlagenderer Wirksamkeit sein wird, weil es zum Ausgangspunkt macht, was für Sie ein sehr problematisches Endziel ist. Was erstreben Sie, wenn sie solche Zölle schaffen? Sie wollen, soweit möglich, fremdem Getreide nur zum ungefähren Preise von 25 Francs den Zutritt zum französischen Markt gewähren. Gewiß, das ist Ihr Ziel, und danach bemessen Sie die Zollerhöhe, um ungefähr dieses Preisniveau zu erreichen. Sie sind dessen jedoch nicht sicher; mit dem 5 Francs-Zoll ist es ihnen nicht geglückt; wahrscheinlich wird es ihnen mit 7 oder 8 Francs [die damals beantragt waren] nicht besser gehen. Aber was für Sie ein ungewisses, problematisches Endziel ist, damit fangen wir an. Was das fremde Getreide [auf dem Weltmarkt] kosten möge, von dem Augenblick an, wo es vom Staat importiert wird, wo der Staat es dem französischen Markt nur zu dem Preise zuführt, den Sie selber als Normalpreis betrachten, als lohnenden und gerechten Preis, haben wir mit einem Schlage mit Sicherheit verwirklicht, was Sie selber wollen (nous aurons réalisé d'emblée, avec certitude, ce qui est votre objet à vous), und so weit gibt es zwischen Ihnen und uns nur einen Unterschied: daß nämlich Ihr vorgeschlagenes ungewisses, unsicheres Vorgehen durch unser System Sicherheit und Wirksamkeit erhält . . . Das einzige Mittel, daß die Konkurrenz des fremden Getreides nicht zeitweise den Preis des französischen Getreides herabdrücken kann, ist die Errichtung unseres Staatsmonopols.« Der Antrag Jaurès fiel am 20. Februar mit 45 gegen 479 Stimmen. Bei den letzten Abstimmungen am 21. Februar standen sich nunmehr vor allem noch der Zollsatz von 8 Francs oder von 7 Francs (die dann Gesetz wurden und bis heute geblieben sind) gegenüber. Für 8 Francs stimmten unter anderen Basly, Jaurès — Méline stimmte dagegen, ihm genügten schließlich die 7 Francs! Für die 7 Francs, die mit 362 gegen 166 Stimmen angenommen werden, erklären sich alsdann Basly, Jaurès, Cluseret, der alte Internationale und Communard und wohl auch noch andere sozialistische Radikale, deren Namen mir nicht geläufig sind.« Siehe auch meine weiteren Ausführungen in der damaligen Artikelreihe, die vollständig wie auf die heutige Parteisituation zugeschnitten erscheint: im Jahr 1904!



IND dies, wie manche einwenden werden, nur verspätete Erkenntnisse, die einer nunmehr schon wieder abgelaufenen oder doch ablaufenden Periode der internationalen Agrarkonkurrenz entsprechen, und die deshalb früher, aber nicht jetzt, der Partei hätten unterbreitet werden sollen? Immerhin, dem streitbaren Genossen Karl Marchionini⁴ wird es etwas bange werden vor den Konsequenzen, die von ganz unverdächtigen Radikalen aus seinem programmatischen Zugeständnis gezogen werden könnten: »Regelung der Preise nach den Produktionskosten [gemeint sind die heimischen nationalen, nicht die international niedrigsten Produktionskosten] auf der ganzen Linie, diese Fragen haben wir in den Vordergrund zu rücken«. Armer geopfelter Konsumentenstandpunkt! Bedauernswertes, pietätlos preisgegebenes Freisinniges ABC-Buch: obwohl Genosse Marchionini noch reichlich und überreichlich viel von diesen geistigen Eierschalen der Partei unbewußt mit sich herumschleppt.

Warum aber spielen Preisaufrechterhaltung und Preisregelung beim Agrarschutz, wie alle diese älteren und jüngeren handelspolitischen Parteigeversuche immer wieder zeigen, eine so durchschlagende besondere Rolle, ganz anders als beim Industrieschutz? Meines Erachtens liegt der letzte Grund in der kaum jemals wiederkehrenden Eigenart der agrarischen Weltmarktkonkurrenz und in einem allgemeinen, zeitlich zunächst kaum beschränkten Wesenszug der spezifisch landwirtschaftlichen Produktion und Produktionsentwicklung. Solange beide Ursachen nicht erloschen sind, wird mit dem Ende der Periode des Agrarschutzes kaum zu rechnen sein: mag dieser mit der Zeit auch mildere Formen annehmen oder sich vom Getreideschutz mehr der Fleisch-, Molkerei- oder Gartenbauproduktion zuwenden.

Schon Friedrich Engels sprach Anfang der achtziger Jahre von einer früher nicht zu ahnenden Konkurrenz der überseeisch kolonialen Erdstriche:

»Gegen diesen von der Natur selbst urbar gemachten und auf eine lange Reihe von Jahren gedüngten Boden, der um ein Spottgeld zu haben ist, können weder unsere verschuldeten Kleinbauern noch unsere ebenso tief in Schulden steckenden Großgrundbesitzer ankämpfen. Die ganze europäische landwirtschaftliche Betriebsweise erliegt.« Von diesen ganz und halb verschenkten Landriesenmassen sei in Nordamerika, in Argentinien und anderwärts (neuerdings hätte Engels zweifellos auch Australien hinzugefügt) genug und übergenug vorhanden, um »selbst bei primitiver Kultur und ohne Dünger«, daß heißt ohne Wiederersatz der Bodenkkräfte, den ganzen europäischen großen Grundbesitz zu ruinieren und »den kleinen obendrein«.⁵ Insoweit wäre also überlegen und preisbestimmend eine Produktion, die sich ganz außerordentlicher Subventionen, eben durch Landverschenkungen und abnorm billige Landveräußerungen, erfreut, und die deshalb, obwohl »primitivere«, das heißt ökonomisch tieferstehende Entwicklungsstufe, das Produkt der höhern europäischen Produktionsstufe auf dem internationalen und heimischen Markt zu schlagen vermag. Darf die an sich höhere Produktionsstufe gegen die niedere, noch dazu im Lauf der Jahrzehnte und Menschenalter mit der Erschöpfung der siedelungskolonialen Landvorräte wieder sich verflüchtigende, ihren mühsam erreichten Produktionsstand schützen? Oder darf sie es nicht, weil der "reine Konsument" immer die zeitweilig niedrigsten Weltmarktpreise für sich beanspruchen darf?

4) Siehe Schippel, an dem in Note 1 erwähnten Ort Seite 683.

5) Siehe Engels, in Marx' Kapital III 2 / Hamburg 1894/ Seite 259 und in der Flugschrift Der deutsche Bauer / Zürich ohne Jahr/ Seite 13.

Ein anderer Hinweis Engels' läuft auf die gleiche, der Industrie abermals viel ferner liegende Grundfrage hinaus. In Rußland und Indien mußten beispielsweise die Agrarproduzenten »einen Teil ihres Produkts, und zwar einen stets wachsenden, verkaufen, um Geld zu erhalten für die Steuern, die der erbarmungslose Despotismus des Staats ihnen abzwang«, verkaufen, »ohne Rücksicht auf die Produktionskosten«. Und auch diese Elendskonkurrenz, gegen die alles industrielle Dumping verschwindend war und ist, kann höchstens zeitweilig als gegenstandslos gelten, und sie kann jeden Augenblick von neuem erwachen. Schrieb doch vor kurzem erst Akaki Kusnezow in einem Artikel über das bolschewistische Rußland das folgende:

»Die Verteuerung der Fabrikwaren auf das 3- bis 4fache des Friedenspreises empfindet der Bauer nun so schwerer, als bis vor kurzem noch der Getreidepreis weit unter dem des Jahres 1913 stand. Das kommt nicht etwa daher, daß in Rußland wieder ein großer Überschuß an Getreide herrscht, sondern weil die Sowjetregierung den Bauern unter solchem Steuerdruck hält, daß er nach der Ernte sofort sein gesamtes Korn auf den Markt werfen muß. Die Naturalabgabe war ein weiteres Mittel die Getreidepreise zum Sinken zu bringen. Die Ansprüche an die Qualität wurden so hoch geschraubt, daß das bäuerliche Erzeugnis meistens nicht ausreichte. Er war infolgedessen gezwungen sein Getreide um jeden Preis loszuschlagen, um dafür die sogenannte Getreideanleihe zu kaufen, mit der die Naturalabgabe bezahlt werden konnte. Die Getreidepreise waren im Herbst vorigen Jahres durch diese Manipulation auf die Hälfte des Friedenspreises gesunken. Die Folge war, daß der Bauer überhaupt nichts mehr zu kaufen imstande war. Er griff wieder zum alten hölzernen Hakenpflug, und die Frauen begannen wieder im Winter zu spinnen und zu weben ... Zur Steuerung dieser Not wurde von der Regierung die Losung ins Volk geworfen "Getreideexport zur Hebung der Getreidepreise". Dieser Schlachtruf war aber ein Bluff. Der Bauer hatte nämlich bereits die Naturalabgabe bezahlt, und die Sowjetregierung hatte damals schon unter der Hand für den Export zu den niedrigen Preisen das Getreide aufgekauft. Für jeden, der die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland kennt, war es klar, daß ein Getreideexport nur auf Kosten der Bevölkerung erfolgen konnte, weil die Getreidevorräte nicht einmal groß genug waren die Bevölkerung bis zur nächsten Ernte dürrtig zu ernähren.«⁶⁾

Ähnliche Konkurrenzverhältnisse werden bei der Industrie kaum jemals vorliegen, so daß auch nach dieser Richtung der Agrarschutz nicht so leicht und rasch seine Voraussetzungen einbüßen dürfte. Seine Form (starrer oder gleitender Zoll, Antrag Kanitz-Jaurès-Bauer) und Höhe werden natürlich je nach den in einer bestimmten Epoche gegebenen wirtschaftlichen und politischen Umständen wechseln können und wechseln müssen.

Zusammenfassend und mit anderen Worten: In der Industrie ist die größere Billigkeit fast immer der Beweis der höhern produktionsellen Entwicklungsstufe. In der Landwirtschaft schlägt viel häufiger das Produkt der niedrigeren ökonomischen und sozialen Entwicklungsstufe jenes der höhern durch seine Billigkeit.⁷⁾ Hier dient also die Preiserhaltung, der Grundzug des ganzen modernen Agrarschutzes, ganz anders als in der Industrie, dem Schutz des produktionsellen Fortschritts. Deshalb werden, wie jetzt in Österreich, die Anläufe zu einem Verlassen der altliberalen freihändlerischen Billigkeitsschwärmerei selbst in unserer Partei vorläufig nicht aufhören. Meines Erachtens wird man sogar an der Aufnahme solcher Anläufe in den Organen der Arbeiterklasse den auf handelspolitischem Gebiet erreichten Reifegrad der Arbeiterbewegung überhaupt messen können.

6) Siehe *Kusnezow* Wirtschaftspolitik oder Weltrevolution, in der Glocke 1923-1924 II Seite 1326 f

7) Auf treffende Bemerkungen hierüber bei *Marx*, besonders in den Nachlaßbänden über den Mehrwert, wäre gelegentlich zurückzukommen

HERMANN WENDEL · SÜDSLAWIEN UND EUROPA



SEIT Wochen erschüttert wieder einmal eine schwere politisch-parlamentarische Krise das Gefüge des Südslawenstaats. Aber, recht besehen, ist in Belgrad die Krise der Dauerzustand, seitdem es im Dezember 1918 zur Hauptstadt des serbisch-kroatisch-slowenischen Königreichs wurde. Schon in der Vorläufigen Volksvertretung, die, ohne Wahlen aus Vorkriegsmitgliedern der serbischen Skupschtina und der Landtage von Kroatien-Slawonien, Bosnien-Herzegovina, Dalmatien und Krain zusammengesetzt, 2 Jahre die gesetzgeberischen Geschäfte erledigte, zeigte sich nach Zerbröckelung der ursprünglichen Konzentrationsregierung auf breiter Grundlage die Schwierigkeit fester Mehrheitsbildung. Auch die Konstituante, die Ende 1920 zusammentrat, vermochte durch ein radikal-demokratisches Koalitionskabinett die Verfassung im Juni 1921 nur mit Mühe aus der Taufe zu heben, und in der März 1923 gewählten ersten regelmäßigen Kammer ist die Diagonale der Parteikräfte so unglücklich gezogen, daß das Parlament weder leben noch sterben kann.

Wenn der Abstimmung über die Verfassung nicht weniger als 5 Parteien mit insgesamt 153 Abgeordneten zum Protest entweder gegen die Gesetzmäßigkeit der Nationalversammlung oder gegen rücksichtslose Mehrheitsbeschlüsse fernblieben, und nachher der heftige Streit um eine zentralistische oder föderalistische Staatsgestaltung erst recht aufflammte, so sind es in der Tat ungleiche Brüder, die unter die gleiche Kappe gebracht werden sollen. Auf den ersten Griff schon spritzen Unterschiede mannigfach auf. Kulturelle: die Slowenen mit fast 0 und die Makedonier mit fast 100 % Analphabeten, die Kroaten im Bann lateinischer Gesittung, die Serben Träger orientalischer Überlieferung, religiöse: 46,6 % Orthodoxe, 39,4 % Katholiken, 11,2 % Moslems, nationale: 82,7 % Südslawen, aber doch auch 4,3 % Deutsche, 3,9 % Magyaren, 3,7 % Albaner, soziale: makedonische, bosnische, dalmatinische Pachtbauern und slowenische Industriearbeiter, geplagte Tagelöhner der Latifundien in Slawonien und der Vojvodina und freie Kleinbauern in Serbien. Alle diese einander vielfältig widerstrebenden Elemente über einen Kamm zu scheren ist ein schweres Ding, und wenn Bayern nach 50 Jahren Reichseinheit noch separatistisch gegen die übrigen Teile Deutschlands rebelliert, brauchen die Zuckungen gegen die zentralistische Ordnung im Südslawenstaat nicht wunderzunehmen. Die Kämpfe dort haben bis in die geringfügigsten Einzelheiten hinein ihr historisches Gegenstück in den Erschütterungen, durch die vor 2 Menschenaltern das italienische Volk nach Gründung des Königreichs zu seiner innern Nationaleinheit gelangte.

Wie in Italien ist in Südslawien der Rohstoff der Nation ein ethnisch und sprachlich einheitliches Volk, mögen auch die Slowenen ihre Mundart im Lauf des 19. Jahrhunderts zu einer besondern Schriftsprache entwickelt haben, und Kroaten und Serben die gleiche Sprache dort mit lateinischen, hier mit kyrillischen Lautzeichen schreiben. Besser als alles andere zeugt für die nationale Einheit die Haltung, die allezeit der Sozialismus im slawischen Süden zu dieser Frage eingenommen hat. Seit je verfochten die Sozialdemokraten die Wahrheit, daß Serben, Kroaten und Slowenen ein Volk sind, und nachdem die Ideologen und Poeten die selbe Losung ein ganzes Jahrhundert ausgestreut hatten, war die erste parteipolitische Kundgebung, die die Zusammenfügung aller Südslawen in einen Staat verlangte,

der Beschluß der Laibacher Sozialistenkonferenz von 1909. Auch heute läßt die Sozialdemokratie in Belgrad, Agram und Laibach keine Gelegenheit vorüber, ohne die 1918 vollzogene nationale Einigung als den größten Fortschritt in der bisherigen Geschichte des südslawischen Volks zu preisen, und wehrt jedem separatistischen Anschlag gegen diese Errungenschaft. Am ehesten erkennt sie auch, wie sehr die wirtschaftliche Entwicklung zur vollen Verschmelzung der Stämme beiträgt, indem der wachsende Verkehr die Menschen einander nähert, und die Zusammenlegung von Kapitalien aus den verschiedenen Landesteilen kräftige gemeinsame Interessen schafft. Auch das noch weit verbreitete Analphabetentum ist ein Unterpfand rascher Anpassung der einen an die anderen, denn erst die höhere Bildung prägt scharf umrissene Kulturtypen aus; die Bauernmasse in Serbien, Kroatien und Slowenien ist einander viel wesensgleicher und darum für eine gemeinsame Ideologie empfänglicher als die tönenden Tiraden Stjepan Raditsch' ahnen lassen. Alles in allem: Ob am Ende zentralistisch geballt, ob föderalistisch gegliedert, der südslawische Staat ist und wird sein.

Schon durch seine Größe wie durch seine Lage verdient er für sich und auf seine Beziehungen zu Europa hin betrachtet zu werden. Dem Flächeninhalt nach kommt er mit seinen rund 250 000 Quadratkilometern unter den Ländern unseres Erdteils an 12., der Bevölkerung nach mit 12 Millionen Seelen an 10. Stelle; kleiner sind von den älteren oder bekannteren Staaten gegen Südosten Österreich, Ungarn, Griechenland, Bulgarien und Albanien, nicht wesentlich größer der Bevölkerung nach die Tschechoslowakische Republik und der Fläche nach Rumänien. Erwächst Südslawien schon aus seiner Anrainerschaft an 2 so belebte Wasserstraßen wie Donau und Adria eine besondere Bedeutung, so ist es auch wichtiges Durchgangsland zwischen Abendland und Morgenland; die kürzeste Verbindung zwischen Paris und Konstantinopel, der gerade Weg von London nach Bagdad schneidet mitten durch sein Gebiet.

Aber seine Bedeutung für Europa, für europäische Demokratie und Kultur, für uns alle ruht auch darin, daß durch die Entstehung dieses Staates nicht nur Grenzen verlegt und Hoheitszeichen geändert wurden. Die graue Theorie kannte auch eine Lösung der südslawischen Einheitsfrage mit den Habsburgern; Franz Ferdinand ging der Ruf voraus, daß er über der Befriedigung der Südslawen durch einen Umbau des Dualismus in einen Trialismus brüte. Aber nicht nur sah der Erzherzog, in den absolutistischen Herrschervorstellungen des 18. Jahrhunderts schwelgend, in Gespenstern wie der Dynastie und dem Feudaladel die bewegenden Kräfte des Völkerlebens und barg hinter seinen verschwommenen trialistischen Plänen höchstens den Gedanken die katholischen Kroaten über die orthodoxen Serben zu erhöhen, sondern die Einigung der Südslawen unter den Fittichen des Habsburgischen Adlers war auch eine jener Zwitter- und Zwischenlösungen, die in Schicksalsstunden die Geschichte unerbittlich verwirft. Der soziale Sinn des südslawischen Einheitsstrebens hieß Drang des geknechteten Landvolks nach Befreiung vom feudalen Joch und nach Verwandlung des Pachtbauern in einen freien Eigner. Wie konnte ein Staat, der an Feudalismus und Großgrundbesitz wie an Krebsgeschwüren litt, diese historische Aufgabe erfüllen? Ganz von selbst fiel sie vielmehr dem klassischen Kleinbauernland Serbien zu, auf das die südslawischen Hintersassen der magyarischen und deutschen Landlords mit der gleichen Hoffnung startten wie die Pachtsklaven der bosnischen

Begs und makedonischen Grundherren. Jeder Schlag ihres Herzens zog denn im Weltkrieg die Südslawen auf die Seite der Entente, wie Otto Bauer es treffend gefaßt hat: »Was immer der Krieg sonst in der Welt bedeuten mochte, auf jugoslawischem Boden war sein Sinn jedem Bauern verständlich: Hüben die Deutschen, die Magyaren, die Türken, die 3 Nationen, die seit Jahrhunderten die südslawischen Bauern unterworfen, in ihre Hörigen verwandelt, das südslawische Volk zerstückelt hatten; drüben der serbische Bauer, der eben erst in glänzenden Waffentaten die Volksgenossen in Altserbien von der Fremdherrschaft der türkischen Feudalherren befreit hatte und jetzt abermals auszog die Volksgenossen im Habsburgerreich von der Fremdherrschaft der deutschen und der magyarischen Grundherren zu befreien.« Der Einmarsch der serbischen Bataillone im Spätherbst 1918 war wirklich die ersehnte Agrarrevolution. Wie sofort nach Entrollung der südslawischen Trikolore eine Verordnung des Prinzregenten Alexander alle feudalen Bindungen des Bodenbestellers an den Grundbesitzer mit einem Federstrich erledigte und den Pächter zum Freibauern machte, ist weiterhin eine tiefgreifende und umschichtende Agrarreform, Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die landhungrigen Kleinen, die sich unter Hemmungen, aber unaufhaltsam vollzieht, die soziale raison d'être des Südslawenstaats.

Nicht minder sinnvoll für Europa ist, daß das Jahr 1918 den Südslawen, dem Volk wie dem einzelnen, die politische Freiheit brachte. War Serbien, Herd einer urwüchsigen Bauerndemokratie, zum wenigsten seit dem Umsturz von 1903 ein durchaus parlamentarisch regierter Staat, so blieb in das weite Siedlungsgebiet des Südslawentums außerhalb des Königreichs der Karadjewitsch noch im 1. Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts eine Unsumme politischer Rechtlosigkeit zusammengepreßt. In Kärnten mit einem Drittel slowenischer Bevölkerung saßen nur 2 Slowenen im Landtag; in dem fast lückenlos slowenischen Krain verfügten 53 deutsche Großgrundbesitzer über ein Viertel der Landtagssitze; in Kroatien-Slawonien ließ ein hoher Zensus nicht einmal 2 % der Bevölkerung an die Wahlurne; in Bosnien und Hercegovina sprangen die Kaiserlichen und Königlichen Machthaber mit dem Volk wie mit Negern einer afrikanischen Kolonie um, und in Altserbien und Makedonien fühlten sich die Slawen unter der Herrschaft des Halbmonds als rechtlose, niedergehaltene Raja. Sie alle verwandelte die konstituierende Akte des Südslawenstaats aus Heloten in Freie, aus Untertanen in Bürger, aus Objekten in Subjekte der Politik; den gedrückten und geduckten Millionen zwischen Wocheiner und Ochrider See strahlt von der Wand ihres neuen Hauses in Riesenbuchstaben Allgemeines und gleiches Wahlrecht entgegen. Da solche Wandlung den politischen Nerv bisher stumpfer Massen wundersam belebt, zieht sie Schleusen einer ganz neuen Entwicklung auf. Die Grundlage der europäischen Demokratie wurde durch die Umwälzungen des Jahres 1918 im Südosten erheblich verbreitert.

Ohne Zweifel wurde die Geburtsurkunde des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates mit der selben Tinte wie der Vertrag von Versailles geschrieben, und mit der Kleinen Entente, in der es sich mit der Tschechoslowakischen Republik und Rumänien zusammenfindet, ist Südslawien an der Aufrechterhaltung des Vertragssystems von 1919 interessiert. Aber im Südosten sehen die Dinge etwas anders aus. Für den jungen Staat handelt es sich um Bulgarien, Ungarn und Österreich. Von dem blutsverwandten Bulgarien, dem Land des 4. Süd-

slawenstammes, ist der neue Südslawenstaat durch die Frage Makedonien unheilvoll geschieden; aber gerade dieses Gebiet wird eines Tags statt eines Wallgrabens ein Bindestrich zwischen Belgrad und Sofia sein, denn nur die Vollendung der südslawischen Einigung durch Anschluß der Bulgaren an die 3 anderen Stämme, die unter Stambolijskij auf gutem Weg schien, vermag eine ewig eiternde Wunde auszuheilen. Ein Aktivum für ein demokratisch und pazifistisch gesinntes Europa ist die Wacht, die Südslawien hält, damit in Ungarn nicht die habsburgische Restauration in die Ofner Burg einzieht, und so das Gelüst der magyarischen Revanchards nach gewaltsamer Wiederherstellung des Reichs der Stefanskronen aus dem Gedanken in die Tat führt. Aber auch den Anschluß Österreichs an die deutsche Republik fürchtet Belgrad vorläufig noch, weil es besorgt, daß sich dann dieser gewaltige Volksblock von 70 Millionen, einen Teil der Südslawen unter sich zermalmend, den Weg zur Adria bahnen werde. An der deutschen Politik ist es diesen Ängsten den Inhalt zu nehmen und damit bei den Südslawen die Erkenntnis zu fördern, daß es ihnen im jungen Schmuck ihrer nationalen Einheit schlecht ansteht die nationale Einheit anderer Völker zu hindern.

Wirtschaftlich wächst Südslawien mit mehr als einem Nervenstrang nach Mitteleuropa hinein. Durch geographische Schicksalsverbundenheit war das alte Serbien handelspolitisch an Mitteleuropa gekettet; zwei Drittel der serbischen Ausfuhr gingen nach, zwei Drittel der serbischen Einfuhr kamen aus Deutschland und Österreich-Ungarn. Zwar stieß sich das Land, als die österreichisch-ungarische Politik immer offensichtlicher auf seine ökonomische Erdrosselung abzielte, durch einen Vertrag mit der Türkei bei Salonik ein Tor zum Weltmarkt auf, und auch heute hat sich Belgrad in diesem nunmehr griechischen Hafen eine Freizone gesichert. Aber weil diese Handelsrichtung mehr künstlich als natürlich war, leitete das große Südslawien 1922 noch nicht einmal die Hälfte der Warenmenge über Salonik wie das kleine Serbien vor dem Krieg. Mit breiter Front grenzt der neue Staat auch an die Adria, aber seine Häfen dort sind wenig ausgebaut und nur mangelhaft mit dem Hinterland durch Bahnen verknüpft; Suschak bei Fiume, durch Vertrag mit Rom den Südslawen überlassen, faßt höchstens 50 000 Tonnen; daß von den in den Adriahäfen ein- und auslaufenden Schiffen 1923 61 % die italienische, 33 % die südslawische Flagge führten, zeigt schon, wie wenig es sich hier um Verbindung mit dem großen Weltmarkt handelt, und in der Tat gingen im gleichen Jahr von der über 3 Millionen Tonnen betragenden Ausfuhr des Landes nur 7614 Tonnen über die dalmatinischen Häfen. Der Wirtschaftsverkehr Südslawiens mit Österreich und Deutschland litt lange unter der allgemeinen Unsicherheit, dem Mangel eines Handelsvertrags, dem Währungsverfall und anderen Hemmungen. Gleichwohl ergab sich dieses Bild:

Zeitraum	Es hatten teil (in % des Wertes) an Südslawiens					
	Einfuhr Öster- reich	Deutsch- land	beide zu- sammen	Ausfuhr Öster- reich	Deutsch- land	beide zu- sammen
1920	20,60	1,45	22,05	42,67	7,52	50,19
1921	28,15	4,23	32,38	35,86	16,15	51,97
1922	28,89	7,17	36,06	22,97	8,43	31,40
1923	31,18	10,47	41,63	28,93	4,22	33,15
1. Hälfte 1924	21,12	7,65	28,77	27,06	6,13	33,19

Trotz allen Schwankungen deutet diese Kurve auf die starke Rolle, die Mitteleuropa im Wirtschaftsleben des slawischen Südens spielt und spielen wird. Nun bedeutet wirtschaftliche Verknüpfung bei weitem noch nicht kulturelle oder gar politische Annäherung; aber unter den Staaten, die dem um die Ententesonnen kreisenden Planetensystem angehören, gibt es keinen, in dessen Volk die Abneigung gegen die Deutschen so wenig wurzelt wie in Südslawien. Dawidowitsch statt Paschitsch an der Spitze der Regierung wurde von den freiesten Köpfen des Landes auch deshalb so freudig begrüßt, weil sein politisches Wesen das Schiff Südslawiens in eine versöhnliche Strömung zu steuern versprach.

Ob noch verschüttet, ob sich bald zum Licht durcharbeitend, der eigentliche Beruf Südslawiens ist es, wie Benesch es für die Kleine Entente überhaupt in Anspruch nimmt, durch seine historische, politische und wirtschaftliche Fixierung Brücken zu schlagen und das seine beizutragen, daß aus Mitteleuropa und dem Westen ein Neues werde: Europa.

ANNA SIEMSEN · GRUNDLAGEN DES AUFBAUS



INE Erkenntnis sollte man als allgemeinste in unserer Epoche voraussetzen: die, daß wir uns in einer Zeit des Übergangs, der gesellschaftlichen Umschichtung und geistigen Neubesinnung befinden, und daß in dieser Lage Einheit der Überzeugung und der Willensrichtung unmöglich ist. Ob einer heute Demokrat oder autoritärer Zentralist ist, ob Konservativer oder Evolutionist, ob Romantiker oder Revolutionär, bei auch nur mittelmäßiger Intelligenz und Welterkenntnis muß ihn diese Einsicht dazu führen heute den Rahmen für alle geistige Zusammenarbeit möglichst weit zu spannen. Keine Einzelanschauung, und sei sie die bedeutendste, ist heute umfassend genug die Tendenz der Zeit zum Ausdruck zu bringen. Nur die weiteste Duldung wird den Aufbau gestalten können, von dem kein Gemeinschaftswilliger ausgeschlossen werden dürfte, nur Eigensucht und Böswilligkeit sich selbst ausschließen können. Zu diesem Aufbau müssen alle Kräfte zusammengefaßt werden, die überhaupt in der Gemeinschaft lebensfähig sind und leben, mögen sie in ihrem letzten Streben auch gegen einander gerichtet sein.

Ist das schon eine Forderung der allgemeinsten Erkenntnis, so noch mehr Forderung jeder Politik, die den Namen verdient. Das wilhelminische Deutschland war starr und anpassungsunfähig und ist dem Untergang verfallen, weil es auf einer viel zu engen geistigen Basis ruhte, jeden, der selbständiger Überzeugung war, von der Mitarbeit ausschloß. Es hatte immerhin die Entschuldigung für sich, daß es seine Herrschaft für gesichert halten konnte und so seine einseitige Unduldsamkeit als dauerndes System proklamieren mochte. Das ist vorbei. Auch der verbohrteste Reaktionär kann sich so wenig wie der wildeste Radikale der Erkenntnis verschließen, daß wir sehr labile Machtverhältnisse haben, die selbst der rohe Gewaltkampf, der das Chaos und dauernde Kraftlosigkeit zur Folge haben müßte, nicht in einseitig dauernde verwandeln kann.

Leider wird unser Tun zum kleinsten Teil von Erkenntnissen, zum weitaus größten durch Instinkt und Gewohnheit bestimmt. Dieser Instinkt und diese Gewohnheit lauten bei den alten, aus wilhelminischer Zeit stammenden Behörden: Ausschluß des Andersgesinnten von der Mitarbeit und Ächtung

abweichender Meinung. Das bedeutet zurzeit eine ungeheure Gefahr, um so größer, als diese Gewohnheit des alten Beamtentums durch die Einstellung der neu in die verantwortlichen Stellen rückenden Berufspolitiker verschlimmert wird, die gewohnt sind Politik ausschließlich als primitiven Machtkampf anzusehen und verantwortliche Stellungen als parteimäßige Machtpositionen auszunutzen. Ich möchte hier aus meiner Erfahrung sehr nachdrücklich betonen, daß die Sozialdemokratie, der von gegnerischer Seite diese Einstellung immer vorgeworfen wird, sie noch bei weitem am wenigsten hat. Ihr fehlen Instinkt und die Gewohnheit des einseitigen Herrschens, und die deutschen Arbeiter sind zudem so konservativ wie die meisten Menschen überhaupt. Wirklich revolutionäre Gesinnung, die von Radikalismus sehr unterschieden ist und einen starken konstruktiven Idealismus voraussetzt, ist nur bei wenigen Geistigen vorhanden. Das macht die Sozialdemokratie, wo sie zur Verantwortung kommt, äußerst vorsichtig und langsam und hat zur Folge gehabt, daß die Heranziehung neuer Kräfte zu verantwortlicher Arbeit im notwendigen Ausmaß nirgends erfolgt, sehr selten und vereinzelt nur versucht ist. Die Entwicklung hat indessen zu einer geistigen Umstellung mancher Beamten geführt, und nun ist das ganz Bedenkliche, daß überall dort, wo Bürger- oder Ordnungsblokregierungen an die Macht gelangen, eine Wiederherstellung der alten Gleichförmigkeit unter allen möglichen Vorwänden versucht wird. Daß man diese Politik mit Vorwänden umgibt, das eben macht sie so sehr korrumpierend. Man verfährt durchaus verfassungswidrig, indem man um politischer Anschauungen willen gegen Beamte vorgeht und ihre verfassungsmäßig gesicherten Rechte damit verletzt, aber man gibt sich den Anschein sachlichen Vorgehens, indem man die unglaublichsten Scheingründe vorschiebt und damit die äußerste Unsicherheit schafft, durch die die schwachen Ansätze zur Zivilkurage in der Beamenschaft gänzlich zerstört werden. Thüringen ist insofern beispielhaft, weil Dinge, die in ganz Deutschland vor sich gehen, hier mit einem primitiven Ungeschick gemacht werden, das von einem Mangel an Routine oder aber von jenem kindlichen Optimismus zeugt, der einmal vorhandene Machtverhältnisse für dauernd hält, daher es nicht nötig zu haben glaubt sich in ihrer Ausnutzung irgendwelche Zurückhaltung aufzuerlegen.

Ich bin hier gezwungen auf meinen Fall zu exemplifizieren, weil ich ihn von den vielen gleichliegenden am besten kenne, und weil ich ihn am unbedenklichsten, ohne fremde Interessen zu verletzen, erzählen kann. Ich wurde im Oktober 1923 nach Thüringen berufen, kam mitten in die Krise, erlebte auch für meinen persönlichen Teil das volle Maß der gegen die Sozialisten tobenden Hetze und verlor sogleich nach dem Amtsantritt der neuen Regierung meinen Wirkungskreis als Oberschulrat, da die gesamte mittlere Schulverwaltung durch Notgesetz (1) beseitigt wurde. Den Fortgang und Abschluß des Verfahrens gegen mich, das durchaus typisch ist, zeigt am kürzesten meine Stellungnahme zu dem Beschluß des Ministeriums für Volksbildung und Justiz mich in den Wartestand zu versetzen, die ich am 1. November in einem Schreiben an das genannte Ministerium so formulierte:

»Das Thüringische Ministerium für Volksbildung hat mir unter dem 8. Oktober meine Versetzung in den Wartestand mitgeteilt und mir eine Frist von 14 Tagen zur Erklärung gestellt. Es begründet seine Maßnahme mit dem früher erfolgten Widerruf der mir vom frühern Ministerium übertragenen Schulleitung, mit der Aufhebung der Mittlern Schulverwaltung und mit der Unmöglichkeit bei meiner ausgesprochenen pädagogischen Sonderstellung« mich in einer thüringischen Anstalt zu

verwenden. Ich habe bereits in einer Antwort auf die vorläufige, mir ohne jede Begründung zugestellte Mitteilung über die Absicht der Regierung darauf hingewiesen, daß ich den Widerruf der Schulleitung nur als politische Maßregelung, die Aufhebung der Mittlern Schulverwaltung, durch die 5 der Regierung nicht genehme Oberschulräte kaltgestellt werden, nicht als sachlich sondern politisch begründete Maßnahme ansehen kann. Ich sehe mich aber veranlaßt kurz auf die neuerdings gegebene Begründung einzugehen, wonach »pädagogische Sonderstellung« ein Grund ist, um Beamte in den Wartestand zu versetzen. Wir haben in der gegenwärtigen Zeit mit ihren starken gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen keine Einheitlichkeit auf pädagogischem Gebiet und können sie nicht haben. Das ist eine so allgemein anerkannte Tatsache, daß jede Schulpolitik damit rechnen muß. Jede pädagogische Stellungnahme führt daher heute mit Notwendigkeit zu einer "Sonderstellung", da eine alleingültige und alleinseligmachende "Stellung" nicht existiert. Bei dieser Sachlage einen Lehrer um seiner »pädagogischen Sonderstellung« willen in den Wartestand zu versetzen bedeutet eine schwere Maßregelung solchen Lehrern gegenüber, die den Mut zu klaren pädagogischen Überzeugungen besitzen. Es erscheint mir fraglich, ob das verfassungsmäßig, und selbst wenn das der Fall wäre, ob es geeignet ist die unvermeidliche Fortentwicklung unseres Schulwesens in die rechten Bahnen zu leiten. Ganz zweifellos verläßt das Ministerium damit alle Traditionen, die Thüringens Regierungen seit Jahrhunderten in der Schulpolitik befolgt haben. Von Ratke und den Schülern Comenius' an, über die Philanthropen und Fröbel bis zu den modernen Vertretern der Landerziehungsheime, der Arbeitsschule und der Schulgemeinden haben die Persönlichkeiten von ausgeprägter pädagogischer Sonderstellung in Thüringen Wirkungsmöglichkeiten gefunden und dem thüringischen Schulwesen, ja darüber hinaus Deutschland und der Welt fruchtbarste Anregungen gegeben. Eine solche Tradition zu verlassen wäre immer bedenklich. Es ist es doppelt in einem Augenblick, wo auch größere Staaten, wie Preußen, die aus ihrem Wesen heraus sehr behutsam arbeiten müssen, sich vor der Notwendigkeit nicht verschließen Versuchen Raum zu gewähren und pädagogische Sonderstellungen für die Schule fruchtbar zu machen. In Thüringen sind nach den Erfahrungen, die ich in meiner kurzen hiesigen Arbeit machen konnte, kaum Kollegien zu finden, die eine einheitliche pädagogische Stellung einnehmen. Dem Ministerium muß diese Tatsache besser als mir bekannt sein. Der Ausdruck pädagogische Sonderstellung kann daher nach Lage der Dinge keine andere Bedeutung haben als die: eine Stellung, die von der des Ministers abweicht. Daß meine Stellung von der des Ministers abweicht, ist allerdings auch meine Überzeugung. Daß der Minister nicht willens ist seinen Beamten die Möglichkeit einer abweichenden Überzeugung zu geben, scheint mir nach dem bisher Geschehenen sicher zu sein. Aus diesem Grund verzichte ich darauf meine Rechte gegenüber dem Ministerium anhängig zu machen und nehme lieber eine wesentliche wirtschaftliche Schädigung auf mich, die ich nur vermeiden könnte unter Aufopferung meiner Pflicht als Republikaner und meiner Überzeugung als Erzieher.«

Ich halte eine solche Stellungnahme gegenüber einem solchen behördlichen Vorgehen für die einzig mögliche. Ich bin weit davon entfernt ein persönliches Schicksal und die Kaltstellung eines einzelnen für wichtig zu halten. Aber ich sehe es als ein Verhängnis an, wenn diese Art des Vorgehens bei uns zu herrschen fortfährt. Als ein Verhängnis bei der besondern Lage Deutschlands, vor seinem Neuaufbau.

Regierungen sind auf absehbare Zeit in Deutschland etwas Wechselndes. Soll nun die »Sonderstellung« eines Beamten (nur diese, also nur die Abweichung von der ministeriellen Überzeugung, wird mir und mit mir vielen anderen vorgeworfen) ihn unfähig zur Mitarbeit machen, so wird die Folge sein, daß einerseits ein wahres Bäumchen Verwechseln-Spiel bei jeder Regierungsschwankung eintritt (und wie wechselnd sind parlamentarische Mehrheiten in unserm politisch so unreifen Land!), daß andererseits die Beamenschaft jeden Mut zu einer eigenen Meinung verliert oder die Meinung derjenigen Partei vertritt, die den rücksichtslosesten Terror gegen die Beamten ausübt. Daß das bisher nicht die republikanischen Parteien waren,

weiß jeder. Ich habe einen ziemlich unbeschränkten Glauben an die langsam erziehende Kraft wahrhafter Demokratie. Aber in diesen Fällen geht es gar nicht einmal um Demokratie sondern um die primitivsten Forderungen staatsmännischer Klugheit. Jeder weiß, daß man nicht einmal bei stabilsten gesellschaftlichen Zuständen der "Sonderstellungen" der Leute mit eigener Anschauung und eigener Überzeugung entraten kann. Deutschland läßt sich zurzeit, und ohne nur hinzuhören, so ziemlich alles kaltstellen, was selbständig und zukunftswillig zur Gegenwart steht.

Es ist für die Einzelperson vielleicht ein ganz behaglicher Zustand betrachtend und kritisierend neben einer Entwicklung zu stehen. Die Gemeinschaft aber macht er steril. Die deutsche Intelligenz hat seit jeher eigentlich dauernd neben der Verantwortung leben müssen. Das ist weder ihr noch Deutschland gut bekommen. Wiederholt sich, in verschärfter Form, diese Ausschaltung aller Zukunftsgläubigen und Zukunftswilligen, so wird die Wirkung in einer Zeit, wo so vieles aufzubauen, auszugleichen, wiedergutzumachen ist, wo die materielle Not bereits das Leben fast unerträglich belastet, die sein, daß ein Aufbau irgendwelcher Art völlig unmöglich wird, und das öffentliche Leben sich in sinn- und inhaltlere Machtkämpfe einerseits, in richtungslose Beamtenroutine andererseits auflöst. Sollen die jetzigen Wahlkämpfe eine über Parteiverschiebungen hinausgehende Bedeutung haben, so müssen sie auch diesem Spuk der Willkür in allen deutschen Ländern ein Ende machen.

CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · DIE SEELE DES MENSCHEN · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK



WER kann der Seele eine Grenze setzen?

Wer kann das Unendliche erforschen?

Die Seele, unendlich wie die Himmel,

Gleich unnahbar, ungewiß.

Ich kann nicht bis zu den äußersten Grenzen

Der Seele des einen reichen, den ich liebe.

Nein, nicht einmal des einen, den ich liebe.

Wenngleich wir Kameraden sind und eifrig versuchen

Einander näher zu kommen.

Es gibt Räume, die nicht durchquert werden können,

Wo wir völlig allein wandern;

Unaussagbar.

Ich kann nicht einmal meine eigene Seele ergründen.

Sie weicht mir aus, zerfließt und flieht

Wie ein Nebel in tiefen Schluchten,

Wo ich nicht folgen kann.

Ich bin mir selbst ein Fremdling.

Vermischt, zusammengetan und bedingt

Von unbekanntten Kräften,

Die den Sternen Zügel angelegt haben,

Ein Geheimnis mir selbst,

Meinen Teuersten ein Geheimnis.

Der den letzten Sonnenuntergang schauen wird,

Mag sich rühmen die Seele des Menschen gekannt zu haben.

KARL KOLLWITZ · WIDERSTREITENDE BESTREBUNGEN AUF DEM GEBIET DES GESUNDHEITSWESENS

BIS jetzt ist der Kampf, den die deutsche Ärzteschaft am 1. Dezember 1923 gegen die Krankenkassen aufnahm, so verlaufen, daß weder die Ärzte noch die Krankenkassen davon befriedigt sind. Was bisher geschah, hat weder die Spannung, die seit Jahrzehnten zwischen beiden Gruppen bestand, verringert noch die Lage geklärt. Zurzeit ruht die Angelegenheit bei dem Reichsschiedsgericht. Es ist wahrscheinlich, daß der zu erwartende Schiedsspruch die Einstellung auf einen modus vivendi zur Folge haben wird. Aber ein befriedigender Ausgleich und ein befruchtendes Miteinanderarbeiten dürfte durch ihn allein in absehbarer Zeit nicht erreicht werden. Denn der Kampf dreht sich um 2 einander widersprechende Prinzipien bei der ärztlichen Versorgung der Kranken. Während die Kassen dem System des beamteten, festgestellten Kassenarztes zustreben, halten die Ärzte an dem System der organisierten freien Arztwahl und der frei praktizierenden, nicht festangestellten Ärzte fest. An dieser gegensätzlichen Einstellung dürfte auch der Schiedsspruch nichts ändern, auf diesem Boden werden die Konflikte weiter wuchern und damit immer wieder von neuem Zustände herbeiführen, wie sie sich in dem Kampfsjahr von Dezember 1923 bis jetzt entwickelt haben; Zustände, die unerträglich genannt werden müssen, weil sie zwischen 2 Faktoren, die zur Aufrechterhaltung der Sozialversicherung auf einander angewiesen sind, eine fanatische Erbitterung aufkommen ließen und dazu führten, daß diese beiden Parteien den wichtigsten 3. Faktor, die versicherten Kassenmitglieder, hin und herschoben, als wäre nicht deren Gesundheit das eigentliche Arbeitsfeld, sondern der Sieg im Kampf, oder als handle es sich um Figuren auf einem Schachbrett. Das kann und darf unmöglich längere Zeit so bleiben.

Eine Änderung ist auf verschiedene Art möglich: entweder so, daß eine der beiden Parteien einen vollständigen Sieg erringt, oder dadurch, daß beide freiwillig einen Kompromiß schließen, ferner durch ein Eingreifen der Regierung, indem sie aus eigener Initiative eine gesetzliche Regelung der gegenseitigen Beziehungen vornimmt, die beiden Teilen gerecht wird und für eine lange Zukunft eine Wiederholung einer solchen Kampfeinstellung unmöglich macht, oder endlich, indem die Öffentlichkeit Stellung nimmt und zugunsten der einen oder andern Partei einen Druck auf die Regierung ausübt.

Was die erste Möglichkeit betrifft: daß eine von beiden Parteien einen vollständigen Sieg erringt, so sind für eine solche Lösung des Konflikts die Kräfte auf beiden Seiten sehr ungleich verteilt.

Die Kassen sind eine über ganz Deutschland zusammengeschlossene Organisation. Sie sind staatliche Organe von behördlichem Charakter und verfügen über Mittel, die ihnen durch zwangsmäßige Beiträge zufließen. Als Träger und Organe der Sozialversicherung genießen sie einen weitgehenden Schutz des Staates. Auch können sie infolge der weitgehenden Gleichgültigkeit der versicherten Mitglieder diese in jede Richtung drängen, die ihnen erwünscht ist, und fast diktatorisch bestimmen, welches Arztsystem sie ihren Mitgliedern bieten wollen. Sie erfreuen sich, wie noch neulich

Hermann Müller vom Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund erklärte, der rückhaltlosen Unterstützung des großen und mächtigen Gewerkschaftsbundes und werden auch von der Sozialdemokratischen Partei moralisch unterstützt, denn der Vorwärts verwendet seinen weitreichenden Einfluß auf die Arbeiter ausschließlich in dem Sinn, daß er den Auffassungen der Kassen den Parteistempel gibt, die Auffassung der Ärzte dagegen entweder überhaupt nicht zu Gehör bringt oder sie als reaktionär und arbeiterfeindlich kennzeichnet. Aber nicht bloß die Machtbasis der Kassen ist der der Ärzte weit überlegen, auch die geistige Formung ihrer Ziele hat eine einleuchtende und zwingende Prägung erfahren, der sich der praktische Verstand schwer entziehen kann. Die Ärzte unterschätzen die Schwierigkeit des Problems, wenn sie erklären, die Kassen und deren Führer verfolgten ausschließlich Machtziele und wollten ihre Machtstellung lediglich dazu benutzen das Parteidogma der Sozialisierung des Heilwesens durchzudrücken und die Ärzte unter ihre Diktatur zu zwingen. Die Formulierung, die die Kassen ihren Bestrebungen in der Kundgebung der Versicherungsträger am 31. Oktober im Rathaus gegeben haben, lautet: »Die Kassen verlangen das Recht unter größtmöglicher Förderung unserer Volksgesundheit das gilt als das höchste Prinzip« den kassenärztlichen Dienst nach dem Grundsatz des höchsten Nutzeffekts bei geringstem Aufwand so zu gestalten, wie es den wohlbegründeten Ansprüchen auf eine verbesserte Krankenfürsorge entspricht.« Das klingt durchaus nicht so, als wäre es rein durch Machtkitzel diktiert, drückt vielmehr in durchaus einleuchtender Form den Standpunkt derjenigen aus, die dazu berufen sind die durch mühsame Arbeit verdienten Kassenbeiträge der Versicherten so zu verwalten, daß sie in möglichst großem Umfang den Versicherten zugute kommen. Es ist eine andere Frage, ob die Kassen immer nach diesem Prinzip gehandelt haben, ob sie nicht vielmehr zeitweilig durch überreichliche Beamteneinstellung und durch Einrichtung von Sanatorien, die nur einem relativ kleinen Teil der Versicherten zunutze kommen, Verschwendung getrieben haben. Aber als Parole in dem Kampf gegen die Ärzte ist die Formulierung äußerst geschickt und zwingend. Außerdem würde der Nachweis einzelner Fälle von Verschwendung nichts Wesentlichen an der Richtigkeit des Prinzips ändern. Es verlohnt sich vielmehr der Mühe zu untersuchen, ob nicht tatsächlich das Verhalten der Kassen den Ärzten gegenüber vom Beginn der Sozialgesetzgebung an diesem Prinzip entspringt, die Äußerungen des scheinbaren Machtgelüstes nicht von dem Gefühl der Verpflichtung zur Sparsamkeit getragen wurden.

Dieser übermächtigen Stellung der Kassen steht die deutsche Ärzteschaft mit weit geringeren Kräften gegenüber. Zwar ist auch sie zu einem großen festen Verband zusammengeschlossen, dem Hartmannbund (dem sogenannten Leipziger Verband). Aber seine Finanzen ruhen nicht auf einer unerschütterlichen Grundlage und reichen nicht aus, um eine durch die Kassenpolitik schwer dezimierte Ärzteschaft andauernd über Wasser zu halten. Zudem steht den Ärzten, um die Organisation aufrechtzuerhalten, Abtrünnigen gegenüber kein anderes Disziplinarmittel zur Verfügung als der Ausschluß aus der Organisation. Dieser dürfte aber gerade von denen, die aus prinzipiellen oder materiellen Gründen, etwa um eine fixierte Anstellung bei den Kassen zu erhalten, dem Bund den Rücken kehren, nicht besonders tragisch genommen werden, solange nicht die Kassenpraxis untrennbar mit der Zugehörigkeit zur Organisation verbunden ist. Schwerer wiegt der

kollegiale Boykott, der die Ausgeschlossenen trifft. Aber auch die Wirkung dieser Waffe wird abgestumpft, wenn die Zahl der Ausgeschlossenen groß wird. Behördliche Disziplinalgewalt und behördliche Unterstützung stehen den Ärzten nicht zur Seite. In dem Kampf der Ärzteschaft mit den Kassen haben die Behörden entweder sich ohnmächtig gezeigt oder, wenn sie eingriffen, in der Regel zuungunsten der Ärzte entschieden. Am deutlichsten wird dies an dem Verhalten des Reichsarbeitsministeriums offenbar, das am 23. Oktober 1923 auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ein Notgesetz über die ärztliche Hilfe bei den Krankenkassen erlassen hat. In dessen § 1 wurden die Kassenärzte angewiesen nicht jedes Kassenmitglied in Behandlung zu nehmen, das Behandlung verlangte, sondern nur diejenigen, die wirklich einer Behandlung bedürftigen, ferner die vom Kassenvorstand erlassenen Verfügungen über die Verordnungsweise Kranken gegenüber strikte zu befolgen; im Fall wiederholten Verstoßes gegen die Verordnungen sollte der Kassenvorstand berechtigt sein den Kassenarzt fristlos zu entlassen, und eine Beschwerde sollte keine aufschiebende Folge haben. Ein solches Gesetz war ohne jede Rücksprache mit der Ärzteschaft, wohl aber nach Fühlungnahme mit den Kassen erlassen worden. Nur dem einmütigen Protest der Ärzteschaft und späterhin dem Eingreifen des Reichspräsidenten ist es zu danken, daß dieser Paragraph nicht Gesetz wurde. Gegen die übrigen Paragraphen des Gesetzes haben sich der Protest und die Abwehrmaßnahmen der Ärzteschaft als machtlos erwiesen. Das Reichsarbeitsministerium hielt zäh das Gesetz aufrecht. Diese eine Tatsache allein illustriert auf das deutlichste, daß die Ärzte von den Behörden keinen Schutz und keine Förderung ihrer Auffassung zu erhoffen haben. Auch die öffentliche Meinung und die Anschauungen der Kassenmitglieder boten keine Verstärkung der Machtposition der Ärzte. Die öffentliche Meinung sah die Angelegenheit mehr oder weniger als einen internen Streit zwischen Kassen und Ärzten an, und die Kassenmitglieder waren im ganzen zu wenig aufgeklärt und zu locker organisiert, um ein entscheidendes Wort zu sprechen. Der gewohnte Respekt vor den Kassenvorständen machte sie mehr oder weniger den Anordnungen des Kassenvorstands gegenüber gefügig, wenn es auch, namentlich in der ersten Zeit, zu wahren Revolten in den Kassenräumen kam. Auch die Presse stand der Ärzteschaft nur in geringem Umfang zur Seite, allenfalls die bürgerliche und die kommunistische, die aber nur einem kleinen Teil der Kassenmitglieder einige Aufklärung bringen konnte. So war und ist die Ärzteschaft fast allein auf sich gestellt, und die Hauptgrundlage ihrer Macht bildeten die Organisation und ihre Ziele. Das Fundament dieser Organisation war die Solidarität der ärztlichen Interessen. Die ärztlichen Kämpfe wurden von Anbeginn unter der Parole "Freie Arztwahl der Kassenmitglieder unter einem freien Ärztestand" geführt. Mit dieser Parole war es in den neunziger Jahren gelungen das fixierte Revierarztsystem über den Haufen zu rennen. Damals waren die Kassenmitglieder mit Begeisterung dieser Parole gefolgt und hatten die Kassenvorstände gezwungen das verhaßte fixierte Kassenarztsystem aufzugeben und den Mitgliedern die freie Wahl unter allen Kassenärzten zu gewähren. Im Jahr 1920 hatten dann alle Ärzte Berlins, die noch fixierte Kassenarztstellen innehatten, diese gekündigt und sich zu einer Organisation, dem Großberliner Ärztesbund, zusammengesetzt, der allein berechtigt sein sollte Verträge mit Kassen abzuschließen,

und zwar nur auf der Grundlage der organisierten freien Arztwahl. Seitdem gab es in Berlin keine fixierten Kassenärzte mehr, und die Mitglieder der Kassen hatten allgemein freie Wahl unter allen Kassenärzten. So waren die Interessen der Ärzte solidarisch geworden, denn kein Arzt hatte vor dem andern den Vorzug allein oder mit wenigen anderen größere Gruppen von Kassenmitgliedern zu behandeln, und kein Kassenmitglied war verpflichtet sich an einen bestimmten vorgeschriebenen Arzt zu wenden. Die Gesamtheit der Ärzte stand der Gesamtheit der Kassenmitglieder gleichberechtigt gegenüber, wenn allerdings auch mit ungleichen Kräften. Durch diese Ausgleichung der Interessen wurde aber eine verhältnismäßig tragfähige Grundlage für die Organisation geschaffen, und sie hat bis jetzt vorgehalten und sich im großen und ganzen im Kampf bewährt. Allein eine solche Parole kann zwar einen Mittelpunkt für eine Organisation bilden, aber sie kann nicht deren einzige Grundlage sein. Denn einmal durchgesetzt ist sie nicht mehr steigerungsfähig, und sie läßt stets die Frage offen, was weiter zu geschehen habe. Wie wenig ausfüllend und erschöpfend im Grunde diese Parole war, bewiesen die immer größer werdenden Schwierigkeiten, mit denen der ärztliche Stand trotz freier Arztwahl zu ringen hatte. Die freie Arztwahl schützte nicht davor, daß der ärztliche Beruf überfüllt wurde, daß ein immer größer werdender Bruchteil der heranwachsenden Jugend den ärztlichen Beruf ergriff in der Hoffnung sich damit standesgemäß zu ernähren. Die natürliche Folge war, daß entweder der Aufwand, den die Bevölkerung für ärztliche Dienste zu machen hatte, fortgesetzt wachsen mußte oder, wenn er konstant blieb, nicht mehr ausreichte, weil die Einnahmen, die bei unbeschränkt wachsender Arztzahl auf den einzelnen Arzt fielen, immer geringer wurden. Die freie Arztwahl konnte ohnedies nicht verhindern, daß die Einkünfte der einzelnen Ärzte sich ganz verschieden gestalteten und enorme Differenzen aufwiesen, auch nicht, daß die Verteilung der Ärzte über das Land ungleich blieb und sich dem Bedürfnis nicht anpaßte. Während auf dem flachen Land Mangel an Ärzten herrschte, bestand Überfluß daran in den großen Städten. Es war auch nicht zu verhindern, daß von den übermäßig Beschäftigten unter den Ärzten die Kranken oft nur oberflächlich behandelt wurden, und der Mangel an Gründlichkeit in der Behandlung durch Verschwendung an Arzneiverordnungen überdeckt wurde. So führte die freie Arztwahl, die einen Ausgleich und eine Solidarisierung der ärztlichen Interessen hatte bewirken sollen, allmählich zur Interessendisharmonie der Ärzte unter einander, indem sie die Interessen der jungen Ärzte in einen gewissen Gegensatz zu den Interessen der älteren, die der wenig oder gar nicht Beschäftigten in Gegensatz zu den Interessen der "Kassenlöwen" brachte. Die Parole freier Arztwahl und Erhaltung eines freien, uabhängigen Ärztestandes erwies sich als zu eng, um als dauernd tragfähige Grundlage der Organisation gelten zu können. Wollte man vorwärts kommen, so mußte ein neues Motivgebiet besritten werden; das der Einordnung in den sozialen Organismus des Staates und der planwirtschaftlichen Übernahme der Funktion des ärztlichen Berufs der Gesellschaft gegenüber auf die Organisation der Ärzte. Diesen Schritt hat die Ärzteschaft bisher nicht oder nur zum Teil getan, und sie scheut sich ihn ganz zu tun, weil sie fürchtet damit die freiwirtschaftliche Basis dem einzelnen Arzt zu entziehen, ihm Beamtencharakter zu verleihen und ihn dadurch in der

Produktivität seiner Arbeit zu lähmen. Die gegenwärtige Strömung in der Ärzteschaft ist so, daß sie jede Einstellung auf eine soziale Tendenz wie ein Gift fürchtet und, obwohl die Regelung des Zustroms zum medizinischen Studium und des Zudrangs der Ärzte zu den großen Städten Lebensfragen für die Erhaltung der Organisation sind, sich zu einer entscheidenden Stellungnahme nicht entschließen kann.

Vergleicht man die Positionen der beiden streitenden Parteien mit einander, so ist kein Zweifel, daß die der Ärzteschaft die schwächere ist, und daß, wenn die Verhältnisse keinen Umschwung erfahren, indem das Gesetz oder die Behörden ausgleichend einwirken, die Kassen ihren Willen durchsetzen werden. Aber nicht jeder Sieg hat das Recht auf seiner Seite. Auch der Sieg der Kassen hätte nicht das Recht für sich. So richtig die Parole der Kassen ist, daß die Beiträge der Kassenmitglieder im stärksten Ausmaß wieder ihnen selbst zugute kommen müssen, so bleibt doch die Frage offen, ob man lediglich an die materiellen Leistungen der Kassen zu denken hat, und nicht auch an geistige oder seelische Faktoren.

Zu diesen geistigen, unbedingt unentbehrlichen Leistungen der Kasse an ihre Mitglieder scheint mir auch vor allem die Gewährung der freien Wahl unter den Ärzten zu gehören. Der Kassenkranke braucht außer einer guten technischen Behandlung und der Gewährung von guten Heilmitteln, Landaufenthalt, Bädern usw., das Gefühl eigener Mitwirkung an seinem Schicksal, einer Betätigung seiner Persönlichkeit bei so einschneidenden lebenswichtigen Fragen, wie sie eine ernste Krankheit aufwirft. Die Auffassung der Kassen entspringt einem patronisierenden, patriarchalischen Gefühl. Sie nehmen den Kranken die Freiheit der Wahl und der persönlich vertrauensvollen Stellung zum Arzt und wollen ihm dafür eine technisch mustergültige Behandlung bieten, allerdings eine, vom Standpunkt des Kranken gesehen, unpersönliche. Für den Kranken ist aber die Freiheit, daß er sich an den Arzt wenden kann, dem er Vertrauen entgegenbringt, und daß er den Arzt wechseln darf, wenn ihm der erstgewählte nicht zusagt, eine ganz wesentliche Stütze in seiner Krankheit, die durch eine technisch einwandfreie Behandlung nicht ersetzt wird. Zudem sind die medizinische Wissenschaft und das ärztliche Können noch lange nicht auf einer solchen Höhe, daß nicht in vielen, vielen Krankheitsfällen das Behandeln ein Tasten nach der besten Methode bleibt, und oft noch Intuition und kühner Entschluß das klare Wissen und Können ersetzen müssen. Darf man zu einer solchen Zeit schon wagen dem Kranken Ärzte aufzuzwingen, die er nicht selbst ausgewählt hat, und für deren Auswahl er schließlich selbst die Verantwortung zu tragen hätte? Fragte man die Kranken, ob sie es vorziehen sich den Arzt selber zu wählen oder einen vorgeschriebenen Arzt zu nehmen, so entschieden sicher neun Zehntel sich für die freie Wahl. Es ist darum eine dringende Aufgabe der Kassen ihren Mitgliedern gegenüber die persönliche Anteilnahme der Mitglieder an den Angelegenheiten der Krankenkassen und an der ärztlichen Versorgung zu erhöhen, jedes Mitglied gewissermaßen zu einem selbsttätigen Teil zu machen, der nicht hierhin und dorthin dirigiert wird sondern eigenem Gesetz gehorcht. Wenn sich das Mitglied in kassenärztliche Behandlung begibt, muß es das Gefühl haben einen Vertrag mit einem selbstgewählten Vertrauensmann einzugehen. Das kann nur die freie Arztwahl bewirken.

Deswegen wäre es in hohem Grad zu bedauern, wenn die Kassen über die Ärzte *vollständig* siegten. Wohl aber wäre es zu wünschen (und auch der Ärzteschaft nicht zum Schaden), daß sie *teilweise* siegten, und zwar so weit, daß die Ärzte genötigt sind ihre Organisation in planwirtschaftliche Formen zu bringen und sie eng mit den sozialen Aufgaben des ärztlichen Berufs zu verbinden. Die ärztliche Organisation kann sich nicht halten, wenn sie sich nicht zur Dienerin der Gesellschaft macht, wenn sie sich nicht in die Gemeinschaft einordnet, andererseits auch dann nicht, wenn sie nicht die Führung in allen gesundheitlichen Fragen, sowohl in der Fürsorge wie in der Krankenbehandlung wie in der allgemeinen und in der sozialen Hygiene im wesentlichen Umfang übernimmt, und wenn sie nicht in jedem Mitglied den sozialen Geist weckt als Funktionär der Organisation und der Gesellschaft zu arbeiten. Das wäre dann noch keine Sozialisierung, wie sie gemeinhin verstanden wird, wie sie die Kassen zu erstreben scheinen, und vor der die Ärzteschaft sich fürchtet, nicht eine Verbeamtung des Kassenarztwesens unter der Leitung des Krankenkassenverbandes, aber es wäre der Anfang zu einer planwirtschaftlichen Ausgestaltung des Gesundheitswesens. Was die Entwicklung der Verhältnisse vermöge einer innern Logik mechanisch, vielleicht auf einem Zickzackweg, durchsetzen muß: daß sich der ärztliche Beruf dem Aufgabenplan, dem Kräfteverteilungsplan, dem Betriebsmittelplan der Gesellschaft einordnet, wäre so auf den geraden und kurzen Weg der Einsicht und der Erkenntnis gelenkt.

Die Verhältnisse müßten sich dann etwa folgendermaßen gestalten: 2 große Organisationen beständen weiter, die der Kassen und die der Ärzte. Die Kassenorganisation hätte die Aufgabe die finanziellen Mittel aufzubringen und ihre Verwendung in dem Sinn zu überwachen, daß ein möglichst großer Teil wieder den Versicherten zugute kommt. Die ärztliche Organisation übernehme den gesamten Gesundheitsdienst, sowohl die Fürsorge und Vorbeugung wie die Krankheitsbehandlung und die Hygiene. Sie erhielte dafür als Entgelt ein Pauschale, berechnet nach der Kopfzahl der Versicherten, und verteilte, wie dies ohnehin heute geschieht, diesen unter ihre Mitglieder je nach dem Umfang der Leistungen. Dieses Pauschale würde ihr aber nicht von den Kassen sondern durch einen Bezirksgesundheitsrat ausgezahlt werden. Dieser müßte von den Delegierten der Ärzte, der Krankenkassen, der Kommunen und der Kassenmitglieder des Bezirks und des Staates gebildet werden. Die einzelnen Gesundheitsbezirksräte bildeten durch Delegation einen Landesgesundheitsrat, der dem Landeswohlfahrtsministerium unterstellt ist, die Landesbezirksräte wiederum durch Delegation einen Reichsgesundheitsrat, der einem noch zu schaffenden Reichswohlfahrtsministerium unterstünde. In allen Gesundheitsräten müssen Kassen- und Ärztevertreter vorhanden ein. Der Bezirksgesundheitsrat hat die Gesundheitsverhältnisse in seinem Bezirk zu überwachen, Vorschläge und Beschwerden der Ärzte- und der Kassenorganisationen entgegenzunehmen und als 1. Instanz zu entscheiden. Wichtige Entscheidungen trifft er nur im Einvernehmen mit den beiden Organisationen. Die ärztliche Organisation hat nicht nur die Aufgabe den ärztlichen Gesundheitsdienst auszuführen sondern auch ihn zu überwachen und zu regeln, dergestalt, daß keine Vergeudung von Kassenmitteln stattfindet, daß die Kranken auf die bestmögliche Art behandelt werden, daß alle Schäden einer übersteigerten Konkurrenz und einer

schlechten Verteilung der Ärzte vermieden werden. Sie muß deswegen eine einflußreiche Stellung bei der Beratung über Maßnahmen gegen den Andrang zum medizinischen Studium und bei der Verteilung der Ärzte und der Besetzung wichtiger Stellen erhalten. Alle von den Kassen geschaffenen Fürsorgeeinrichtungen und Behandlungsstellen (Ambulatorien) gehen an den Staat über und werden von diesem der Ärzteorganisation überwiesen. Die Ambulatorien könnten dann mit frei praktizierenden Ärzten besetzt werden, und man könnte dann auf diese Weise zu einer allgemeinen Ambulatorienbehandlung an Stelle der jetzt meist mangelhaft eingerichteten Privatsprechstellen übergehen. Dabei wird die freie Auswahl des behandelnden Arztes dem Kassenmitglied freigestellt, mit der Einschränkung, daß Überlastungen des einzelnen Arztes zu vermeiden sind. Die Organisation regelt von sich aus den Nachtdienst, den Sonntagsdienst, das Rettungswesen, die Vertretung der Ärzte unter einander. Sie überwacht die Verordnungen und den Verbrauch an Medikamenten. Eine Disziplinargewalt über den einzelnen Arzt steht ihr nur nach der rein ärztlichen Seite zu, ein Recht der Ausschließung hat sie nur bei groben ärztlichen Vergehen und auch dann nur im Einvernehmen mit dem Bezirksgesundheitsrat.

Erfolgt die Ausgestaltung der gesundheitlichen Verhältnisse in dieser Art, so ist es wahrscheinlich, daß damit fast alle Übelstände, unter denen wir heute leiden, beseitigt werden, und sich so das Kassenwesen wie die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten wesentlich bessern. Werden, was im Zug der Zeit liegt, die Krankenkassen zentralisiert, und wird die Krankenversicherung auf das ganze Volk ausgedehnt, so ist auch für diese weitere Entwicklung die Basis geschaffen. Wir erhalten so einen zwar organisierten, aber innerlich freien Ärztestand, der in der Ausübung seines Berufs durch keinen bürokratischen und parteipolitischen Einfluß eingeengt ist und drangsaliert werden kann. Der Konfliktsstoff zwischen Kassen und Ärzten wäre damit zum Teil beseitigt, zum Teil auf Bahnen geschoben, wo er nicht mehr so bösartig wirken und die Auswirkungen der Sozialversicherung lähmen kann. Andererseits behindert diese Umgestaltung die Kassenverwaltungen keineswegs an der Verfolgung ihres Zwecks den Versicherten die bestmögliche und doch vernünftig sparsame Krankenhilfe zu verschaffen. Sie müssen es sich nur gefallen lassen, daß ihre Reformideen vom Bezirksgesundheitsrat geprüft werden. Auch vom Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei müßte die Entwicklung nach dieser Richtung gefördert werden, denn sie bewirkt, wenn auch nicht eine Sozialisierung des Heilwesens in schematischer Form, doch eine Einordnung des Ärzteswesens in eine planmäßig organisierte Wirtschaft, die mindestens als ein Vorstadium der Sozialisierung gewertet werden muß, ja die Vorbedingung dafür ist, daß eine Sozialisierung überhaupt erreicht werden kann. Der geistige Zusammenhang dieses Systems mit dem Aufbau der Gesamtwirtschaft, wie er von den Sozialistischen Monatsheften gleich nach dem Novemberumsturz entworfen und verlangt und dann von dem 2. Rätekongreß akzeptiert und in seinem Beschluß gefordert wurde, ist klar zu sehen. Schlägt die Partei die Richtung auf dieses Ziel ein, so ist zu hoffen, daß damit auch ihre Stellung zur Ärzteschaft sich ändert, und daß sie keine Veranlassung mehr hat sich, wie es ihre Organe bis jetzt in den meisten Fällen getan haben, den ärztlichen Bestrebungen feindlich gegenüberzustellen.



ADOLF BEHNE · FUNKTION UND FORM



URSPRÜNGLICH baut der Mensch, um sich zu schützen, gegen Kälte, gegen Tiere, gegen Feinde. Die Not zwingt ihn, und wären nicht bestimmte, sehr nahe und drängende Zwecke, so würde er nicht bauen. Seine ersten Bauten haben einen rein funktionellen Charakter, sind ihrem Wesen nach Werkzeuge.

Wir finden aber bei einem Studium der Anfänge der menschlichen Kultur, daß unzertrennlich vom Praktischen die Lust des Spieltriebs ist. Der primitive Mensch ist kein strenger Utilitarist. Er beweist seinen Spieltrieb auch an seinen Werkzeugen, die er über das streng Notwendige hinaus ebennmäßig und schön formt, die er bemalt oder mit Ornamenten schmückt. Das Werkzeug Haus macht davon keine Ausnahme.

Von Anfang an ist das Haus ebenso sehr Spielzeug wie Werkzeug. Schwer zu sagen, wie lange es zwischen beiden Polen im Gleichgewicht war. Im Verlauf der Geschichte finden wir es nur noch selten im Gleichgewicht. Der Spieltrieb war es, der das Interesse an der Form schuf. Ohne ihn wäre gar nicht zu verstehen, warum das Werkzeug Haus ein gutes Aussehen, eine bestimmte Gestalt haben sollte. Der Spieltrieb war es, der gewisse von Zeit zu Zeit allerdings wechselnde Formgesetze aufstellte.

Die Formgesetze wechselten von Zeit zu Zeit. Dennoch sind sie in der Entstehung alles Bauens doch fraglos das sekundäre Element, in der Entwicklungsgeschichte des menschlichen Bauens das härtere, festere, starrere Prinzip geworden, härter, fester, starrer als die reine Erfüllung der werkzeughaften Funktion. Die Rücksicht auf die Form überwältigte die Rücksicht auf den Zweck. Das Zurückgehen auf den Zweck wirkt also immer wieder revolutionierend, wirft tyrannisch gewordene Formen ab, um aus der Besinnung auf die ursprüngliche Funktion aus einem möglichst neutralen Zustand eine verjüngte, lebendige, atmende Form zu schaffen. Der Charakter als Werkzeug macht den Bau zu einem Relativum. Der Charakter als Spielzeug macht ihn zu einem Absolutum. Zwischen beiden Spannungen muß sich der Bau im Gleichgewicht halten.

Von einem Gleichgewicht kann man für die letzten Jahrhunderte europäischer Baugeschichte nicht sprechen. Im Übergewicht war die Form, und es war dem Zweck durchaus Genüge geschehen, wenn das Haus *trotz* der Form funktionierte, wenn also die Form den Zweck nicht gerade aufhob. Der Bau, der irgendwie menschliches Interesse erregen konnte, der mehr war als ein Zaun oder ein Schuppen, das war der Bau als Form, die Arbeit eines Künstlers. Seine Zweckerfüllung war ganz untergeordnet. Daneben gab es freilich auch den Zweckbau: Zaun, Schuppen, Blockhaus, Stall, die Arbeit eines x -Beliebigen. Formbau und Zweckbau lagen weit auseinander, da Form und Zweck sich getrennt hielten. Schinkel sagt: »Es sind 2 Teile genau zu unterscheiden: derjenige, welcher für das praktische Bedürfnis arbeiten und der, der unmittelbar nur die reine Idee aussprechen soll. Der 1. Teil steigert sich langsam durch Jahrtausende zum Ideal, der 2. hat daselbe unmittelbar ganz vor Augen.«

Nun zeigte sich in der Praxis, daß der Zweckbau ästhetisch gar nicht so schlimm war wie man bei seiner Formfremdheit hätte annehmen können, und daß der Formbau längst nicht so hinreißend war wie man bei seiner

Überlegenheit vor allem niedrig Zweckhaften hätte erwarten dürfen. Es bestätigte sich immer wieder die Erfahrung, daß moderne Menschen mit gesunden Sinnen die Formbauten ihrer Zeit anzusehen verschmähten und die Zweckbauten: eiserne Brücken, Krahne, Maschinenhallen und dergleichen, mit Vorliebe aufsuchten. Wie war das möglich?

Das ästhetische Gefühl hatte eine Revolution durchgemacht. Hatte man noch in den neunziger Jahren jeden dicken Formballast pflichtschuldigt bewundert und Kunst nahezu mit Putz gleichgesetzt, so brach um die Wende des Jahrhunderts Freude am Hellen, Knappen, Klaren siegreich durch und öffnete die Augen für die Schönheit des Zweckmäßigen. Das Gefühl begann sich zu weigern, wenn man ihm zumutete Überflüssiges schön zu finden, und wurde willig der Logik des Funktionalen zu folgen. Es ist keine Frage, daß der sogenannte Jugendstil zum Teil unter dieser Einstellung beurteilt werden muß. Wir sind heute dieser so optimistisch am Grundproblem vorbei erfindenden Zeit weit abgerückt. Aber daß der Jugendstil eine Formenerleichterung und in den besten Arbeiten der frühen van de Velde, Endell, Olbrich (die die Initiatoren jenes Stils waren, der freilich bald verwaahrloste) Dinge gebracht hat, die zur Straffheit, Energie und Spannung technischer Funktionen hinstrebten, kann nicht übersehen werden.

Die Einstellung hatte sich wirklich von Grund auf geändert. Man sah in der architektonischen Form eine Gefahr und in der Erfüllung des Zwecks fast schon eine Garantie für das Entstehen eines guten Baues. Hatte man früher geglaubt, daß der Künstler sehr geschickt vorgehen müsse, um trotz dem Zweck einen guten Bau zu schaffen, so glaubte man jetzt, daß die Aussicht für das Entstehen eines guten Baus um so größer sei, je freier von Formvorstellungen sich der Architekt der Erfüllung des Zwecks hingebt; das heißt, man sah den Bau wieder mehr als ein Werkzeug an. An Stelle einer formalen Auffassung von Baukunst trat eine funktionale. Zweckbauten, das war früher eine bestimmte inhaltlich determinierte Gruppe von Häusern, Gebäuden, eine Verbindung zwischen den freien architektonischen Schöpfungen der Baukünstler und den nackten Nutzbauten der Ingenieure und Techniker. Jetzt ist jeder Bau ein Zweckbau; das heißt, er wird von seiner Bestimmung, von seiner Funktion aus angegriffen.

Zweckerfüllung ist eines der Mittel architektonischer Gestaltung, ist es, seit Otto Wagner 1895 in der Baukunst unserer Zeit schrieb: »Etwas Unpraktisches kann nicht schön sein.«

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Hermann Schützinger

Frankreich: Das politische Gebilde, das den Namen des Bloc national trug, wurde in den

Kammerwahlen am 11. Mai vom Cartel de gauche geschlagen. Diese Wahlen brachten den Konservativen 20 Mandate, den Republikanern 117, den Linksrepublikanern 52, den Linksdemokraten 75, den Radikalen und Sozialistischeradikalen

139, den Sozialistischen Republikanern 35, den Vereinigten Sozialisten 102, den Kommunisten 29. Weil das Cartel de gauche auch nur ein abstrakter Begriff und kein einheitlicher Block geworden ist, so kann man zu der unter Herriot versammelten parlamentarischen Linken doch die folgenden Parteien rechnen: den Parti radical et radical socialiste, an dessen Spitze Briand, Painlevé und Herriot stehen, den Parti socialiste chrétien unter der geistigen Leitung Marc

Sangniers und den Parti socialiste réuni unter der Führung Léon Blums, Paul Boncour und Paul Faures. Zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallen die beiden kommunistischen Fraktionen, die Union socialiste communiste und der an die Dritte Internationale angeschlossene Parti communiste unter Cachin.

Auf Grund des innenpolitischen Ergebnisses der Wahl wurde das Kabinett Poincaré von einem Kabinett Herriot abgelöst. In ihm hat Herriot, außer dem Präsidium, das Ministerium des Auswärtigen, Chautemps das des Innern, Renoult das der Justiz, Clementel das der Finanzen, Peytral das der öffentlichen Arbeiten, Queuille das Landwirtschafts-, Raynaldy das Handels-, Albert das Unterrichts-, Godard das Arbeits- und Hygiene-, Nollat das Kriegs-, Duménil das Marine-, Daladier das Kolonialministerium, Dalbioz das Ministerium für die befreiten Gebiete, Lapierre das für die Pensionen.

Das Ministerium Herriot, dessen Stellung unmittelbar nach seiner Bildung durch den Senat und bei den labilen Mehrheitsverhältnissen in der Kammer schon wieder bedroht schien, steht heute erheblich fester. Denn Herriot wurde gleich in den ersten Wochen seiner Regierung vor so erhebliche außenpolitische Aufgaben gestellt (zuerst in London, dann in Genf), daß er in seiner Stellung England gegenüber seinen liberalen Doktrinismus bald überwand und auf der Völkerbundstagung zum Vertreter des europäischen Gedankens wurde (siehe dazu den Artikel Quessels Das europäische System, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 539 ff.), wodurch die Befürchtung, er könnte die Stellung Frankreichs englischen Interessen opfern, mehr und mehr an Stärke verlor.

Daß Herriot, was seine Außenpolitik betrifft, wesentlich entlastet in die Kammer zurückkehrt, wird natürlich auch auf die Gestaltung der französischen Innenpolitik von erheblichem Einfluß sein. Die kommende Session dürfte in erster Linie im Zeichen der Budget- und Finanzdebatte stehen. Die Regierung hat bekanntlich beschlossen den 20prozentigen Steuerzuschlag für die unteren Einkommensstufen aufzuheben. Nach den Entwürfen des Finanzministeriums soll diese Vergünstigung sich auf alle Steuerzahler erstrecken, deren steuerbares Einkommen weniger als 2000 Francs beträgt. Im ganzen werden etwa 1,6 Millionen Steuerzahler in den Genuß der Steuerermäßigung treten.

England:
Unterhaus-
wahlen 1924

Die englischen Wahlen zum Unterhaus am 29. Oktober haben den Schlußpunkt hinter die Ära MacDonald gesetzt, über die unser Genosse die stolzen Worte sagen konnte: »Sogar wenn wir noch diese Woche aus dem Amt scheiden müßten, hätten wir doch der Zeitgeschichte unsern Stempel aufgedrückt.« Die folgende Zusammenstellung veranschaulicht am deutlichsten die Mandatskurven der 3 maßgebenden englischen Parteien in den letzten 3 Jahren:

Partei	November 1922	Dezember 1923	Oktober 1924
Konservative	346	257	415
Liberales	116	158	44
Arbeiterpartei	144	192	152

Der November 1922 brachte den englischen Konservativen die absolute Majorität; der Dezember 1923 zerstörte sie und gab der Arbeiterpartei ein Jahr Frist mit Unterstützung der Liberalen die öffentliche Gewalt auszuüben; der Oktober 1924 zerstörte die Regierungsbasis der Labour Party und gab den Konservativen die absolute Majorität im Parlament in verstärktem Maß zurück. 2 Momente bildeten den äußern Anlaß zum Rücktritt und zur Wahlniederlage der Regierung MacDonald: die Campbellaffäre und der Sinowjewbrief. Das Entscheidende des Umschwungs liegt natürlich in der Außenpolitik. Die innenpolitischen Affären waren nur Hilfsmittel der Wahltaktik (oder Wahldemagogie) den außenpolitischen Kurs des Unionismus einschlagen zu können. Da dieser die Zukunft des Empire bedeutet, so wird er jetzt die britische Politik nach außen bestimmen. Im Innern aber bleibt das Ergebnis der Ära MacDonald bestehen: Die arbeitenden Massen, vor allem in den Industriezentren, haben ein neues Gefühl ihrer eigenen Kraft erworben, ein neues Vertrauen in ihre Fähigkeit die Regierung in einer fernern Zukunft zu führen und den sozialen Umbau auf dem Boden der Demokratie vorzunehmen. Der Ausgang der englischen Wahlen ist von der deutschen Rechtspresse in geradezu widersinniger Weise ausgenutzt worden, um parteipolitische Geschäfte damit zu machen. Es ist sinnlos, wenn man aus dem Sieg der Konservativen in England einen Erfolg der "konservativen Idee" herleitet. Die englischen Konservativen haben weder politisch noch ideell das mindeste mit der deutschen Rechten zu tun. Sie haben eine ganz andere Grundlage ihres politischen Willens

und verfolgen ganz andere ökonomische Ziele. Der konservative Gedanke im Sinn einer Reaktion ist in England überhaupt nicht vorhanden. Im Gegenteil könnte man sagen, daß dieses englische Wahlergebnis gerade aufs neue den Sieg des parlamentarischen Gedankens darstellt, dessen Krise oder Agonie man bei uns zum Überdruß konstatieren zu können glaubt. Dadurch, daß diese Wahl in England das Fundament eines lebendigen parlamentarischen Regimes, das Zweiparteiensystem, durch die Ausschaltung der Liberalen wiederhergestellt hat, eröffnet sich für den typischen Parlamentarismus Englands wieder ein fruchtbares Feld aktiver Betätigung.

Am 6. November wurde das neue Kabinett gebildet. Baldwin wurde Premierminister, Austen Chamberlain übernahm das Auswärtige, Sir Johnson Hicks das Innere, Sir Lloyd Greame das Handelsamt, Sir Steele Maitland das Arbeitsamt, Sir Worthington Evans das Kriegs-, Bridgeman das Marine-, Sir Samuel Hoare das Luftfahrt-, Emery das Kolonialministerium, Churchill wurde Schatzkanzler, Lord Birkenhead Staatssekretär für Indien, Lord Curzon Präsident des Geheimen Rats, offizieller Führer der Konservativen Partei und Vertreter Baldwins im Oberhaus.

So sehr wir es bedauern müssen, daß unser Gesinnungsgenosse MacDonald gestürzt ist, dürfen wir vor der realen Machtumschichtung in England aus Gründen eines doktrinären Pazifismus die Augen nicht verschließen. Man hat sich, und gerade bei uns, nicht überall gesagt, daß auch der ehrliche Sozialist MacDonald nichts anderes tun konnte als eben englische Politik zu treiben. Bei der neuen konservativen Regierung ist dieses (verwirrende) Moment nicht mehr vorhanden. Daher hat der Wahlsieg der englischen Konservativen, außenpolitisch betrachtet, eine auch für uns bedeutungsvolle Klärung gebracht. Die englische Wählerschaft hat, wie der Londoner Korrespondent der Vossischen Zeitung bemerkte, »das gefährdete außenpolitische und wirtschaftspolitische Schicksal des Empire den Händen des "Nichts-als-Wirtschaftspolitikers" Baldwin eine Zeitlang anvertraut«. Der enge Zusammenschluß des Britischen Reichs zu einer wirklichen Wirtschaftseinheit und die nun auch äußerlich klarer zutage tretende angelsächsische Solidarität werden die Notwendigkeit eines kontinentaleuropäischen Wirtschaftsimperiums um so stärker erweisen, geben jetzt schon der europäischen Bewegung neuen Antrieb.

Informationsmittel Ein ausgezeichnetes Informationsmittel über die *Ara MacDonald* ist James Ramsay MacDonalds Buch *Unsere Politik* (Berlin, E. Laub/). In ihm bekennt sich MacDonald zu einem praktischen Sozialismus, der sich im Rahmen der Demokratie nach Erreichung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse auf dem Boden der Parlamente in der »klassenlosen Gesellschaft«, in »der einen Klasse der Nützlichen« zu verwirklichen beginne. Eine wertvolle Ergänzung dieses in alle Kultursprachen übersetzten Buches ist die Schrift H. M. Dobbs Ramsay MacDonald, seine Mitarbeiter der Labour Party, und was Europa erwartet (Leipzig, Ernst Oldenburg/). Dobb, ein junger Nationalökonom in London, hat die Broschüre im Februar dieses Jahres geschrieben und damit Aufsehen in England erregt.

Die *deutsch-französische Annäherung* ist der Gegenstand einer Anzahl tiefgründiger Studien geworden. So schrieb Henri Lichtenberger eine sogar in deutsch-nationalen Blättern gewürdigte Schrift Deutschland und Frankreich, die bei Ernst Oldenburg in Leipzig deutsch erschien. Diesem Buch reiht sich auf deutscher Seite das hier bereits in der Rundschau Wirtschaft angezeigte, von Robert Kuczynski herausgegebene Sammelwerk Deutschland und Frankreich, ihre Wirtschaft und ihre Politik 1923-1924, mit Beiträgen von Brentano, Gouttenoire de Toury, Heinrich Mann, Max Quarck, Pierre Renaudel, Rudolf Wissell und anderen, an (Berlin, R. L. Prager/). Ebenfalls große Beachtung fand mit Recht die Schrift Otto Lehmann-Rußbüldts Die Brücke über den Abgrund (Berlin, Deutsche Liga für Menschenrechte/).

Der Weg zum Staatsbürgertum heißt eine Schrift Otto Bournots (Leipzig, Ernst Oldenburg/), die in die Hände aller über *Staatsbürgerkunde* unterrichtenden Pädagogen, Offiziere, Beamten und Jugendleiter gehörte. In fesselnder Weise entwickelt Bournot die Notwendigkeit und den Begriff eines staatsbürgerlichen Unterrichts; dann baut er die Grundsätze, die Themenauswahl und die Stoffanordnung seiner Lehrmethode auf.

Kurze Chronik Zum Präsidenten der *Verinigten Staaten* wurde am 5. November der Republikaner Coolidge, mit erdrückender Majorität über seine Mitbewerber, den Demokraten Dawes und den Fortschrittler La Follette, wiedergewählt. ◊ Der Bundeskanzler *Österreichs* Seipel hat nach dem Ausbruch des Eisenbahnerstreiks sein

Amt niedergelegt, unter der Begründung, daß er für den etwaigen Zusammenbruch des Sanierungswerks die Verantwortung nicht zu übernehmen vermöge. Es wurde ein Kabinett Rudolf Ramek gebildet und am 20. November vom Nationalrat mit 91 bürgerlichen Stimmen gegen 60 sozialdemokratische bestätigt. Mataja hat in ihm das Auswärtige, Vaugoin wieder das Heeresministerium. In der Außenpolitik sollen die bisherigen Richtlinien innegehalten werden. \diamond Im *französischen Senat* hat sich eine neue Fraktion gebildet, die Demokratische und radikale Vereinigung. Sie besteht aus Mitgliedern der Demokratischen Linken und des linken Flügels der Republikanischen Union, ist also eine Fraktion Poincaré. \diamond Auf Einladung der französischen Union intellectuelle haben sich Vertreter des Geisteslebens einer Reihe europäischer Länder zur Gründung einer *Internationalen Vereinigung der Landesverbände geistiger Arbeiter* in Paris versammelt.

Staatssozialismus / Julius Kaliski

Steuerwesen Mit der Ankündigung der Beendigung des Beamtenabbaus und der Steuerermäßigung wurde ein Akt vollzogen, dessen Bedeutung in der Öffentlichkeit wohl nicht ganz erkannt worden ist. Im Grunde bedeutet er die Feststellung einer Sanierung unserer wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse, während in all den 6 Jahren nach Beendigung des Krieges angesichts der Reparationsverpflichtung immer wieder der absolute Ruin unserer Wirtschaftskraft versichert worden ist. Es fehlt nicht an Stimmen, die die Verbilligung durch den Beamtenabbau als relativ gering hinstellen, wobei nur übersehen wird, daß mehr als durch die absolute Höhe ersparter Gehälter für die Wirkung des Beamtenabbaus die Tatsache einer erhöhten Leistung durch eine erheblich geringere Personenzahl entscheidend ist. Der wirkliche Erfolg des gesamten Abbaus würde sich erst bei einer Neugestaltung der Gesamtverwaltung ergeben. Dieser Prozeß ist aber kaum oder nur in dem bescheidensten Ausmaß vollzogen worden. Es blieb meist nicht nur beim alten, sondern verwaltungstechnisch ist leider noch vielfach ein Rückschritt zu vermerken. Die wirkliche Leistung ist auch nicht durch Abänderung einiger Vorschriften zu erzielen, ebensowenig wie Ersparnisse etwa durch Gehaltszahlungen zu bewirken sind, die kaum zur Fristung der Existenz der Beamten ausreichen.

Die neuen Aufgaben, die zu lösen sind, deuten sich in dem Umlageverfahren zur Auflegung der Industriebelastung für die Reparation an. Durch dieses Umlageverfahren und die dazu geschaffenen Einrichtungen hätten die Erfordernisse einer modernen Steuerverwaltung zum großen Teil mit erfüllt werden müssen. Und diese Maßnahmen hätten am Ende nur der Überbau von Zusammenfassungen sein dürfen, die in erster Reihe Produktionszwecken hätten dienen müssen. Statt dessen griff man zu der Verringerung der Umsatzsteuer von $2\frac{1}{2}$ auf 2%. Das ist die wichtigste Steuerermäßigung; dazu kommen noch die Erhöhung des Existenzminimums, das von der Zahlung der Einkommensteuer freibleiben soll, und gewisse Stundungen der Einkommensteuer. Die Umsatzsteuer gehört nicht nur zu den einträglichsten sondern auch zu den produktiv zweckmäßigsten Steuern, wie das in den Sozialistischen Monatsheften bereits vor der Einführung dieser hier geforderten Steuer dargelegt worden ist. Nach den Einkünften aus den Lohn- und Gehaltsabzügen für die Einkommensteuer bringt die Umsatzsteuer den höchsten Betrag. Sie ist aber auch die Steuer, die von zahlreichen Unternehmungen getragen wird, die als Steuerzahler aus vielen Gründen für andere Steuerarten kaum in Betracht kommen. Der Kampf gegen die Umsatzsteuer, der durch die letzte Ermäßigung schon wieder einen Erfolg zu verzeichnen hat, wird unter dem Schlagwort der Warenverteuerung durch die Umsatzsteuer geführt. Das geschieht in einer Zeit wilder und unbegründeter Handelsgewinne, bei denen ein Steuersatz von 2% überhaupt nicht ins Gewicht fällt. Daß zahlreiche Unternehmungen sich die Steuerermäßigung als Gewinnsteigerung gern gefallen lassen, ist verständlich. Weniger verständlich aber ist es, daß sich die Sozialdemokratie zu ihrer Vorkämpferin gemacht hat. Bei Wiederherstellung einer ordentlichen kaufmännischen Kalkulation und eines regulären Handelsverkehrs träten Ermäßigungen der Handelsgewinne ein, die leicht das mehrfache der nichtermäßigten Umsatzsteuerbeträge ausmachten. Bei der Zählung der Berliner Firmen kam heraus, daß es 1924 deren doppelt so viel gab wie 1914. Angesichts dieser unmäßigen und absolut sinnlosen Zunahme von Unternehmungen bei erheblich verringerter Konsumkraft werden volkswirtschaftlich nutzlos Mittel vergeudet, die im Dienst der Produktion Außerordentliches leisten

könnten. Damit würde wirklich der Konsum verbilligt, ohne daß man es nötig hätte die Umsatzsteuer zu kürzen. Eine Trübung des ordentlichen Handelsverkehrs wurde die Umsatzsteuer in kaufmännischen Kreisen genannt; ganz ohne Berechtigung, denn die Herstellung eines ordentlichen Handelsverkehrs mit normalem Gewinnaufschlag würde eben nur den normalen Gewinnaufschlag plus 2 % bedeuten. Es will also scheinen, daß man die Tatsachen zu trüben bestrebt ist, um sich den Vorteil einer Ermäßigung der Umsatzsteuer zu sichern.

Banken Außer der Reichsbahngesellschaft, von der im nächsten Abschnitt die Rede ist, hat Deutschland nach dem vom Reichstag angenommenen Reparationsplan der Sachverständigen 2 weitere Körperschaften zu errichten. Völlig neugeschaffen muß die *Bank für Industrieobligationen* werden, die als Aktiengesellschaft entsteht. Den Unternehmern der industriellen und gewerblichen Betriebe mit Einschluß der bergbaulichen, der Schiffahrtbetriebe, der Privatbahnen, Kleinbahnen und Straßenbahnen wird als Teil der Reparationszahlung die Last der Verzinsung und Tilgung des Betrags von insgesamt 5 Milliarden Goldmark auferlegt. Diese Last wird durch eine Hypothek des öffentlichen Rechts an 1. Stelle gesichert. In der Höhe der auf sie entfallenden Belastung haben die Unternehmer Einzelobligationen auszustellen und durch Vermittlung der Finanzämter der eben genannten Bank zu übergeben. Die Bank stellt auf Grund dieser ihr übergebenen Einzelobligationen Industriebonds im Gesamtbetrag von 5 Milliarden Goldmark aus und übergibt dafür Stücke im Gesamtbetrag von $4\frac{1}{2}$ Milliarden Goldmark zu dem von der Reichsregierung bestimmten Zeitpunkt dem Treuhänder. Bei der Umlegung oder Neuumlegung sollen die folgenden Gruppen von Unternehmern mindestens die dabei vermerkten Prozentsätze der Gesamtbelastung tragen: die Schwerindustrie (Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung) 20 %, die Maschinen- und elektrische Industrie einschließlich der Elektrizitätserzeugung 17 %, die chemische Industrie 8 %, die Textilindustrie 7 %. Die belasteten Unternehmungen sollen das Recht haben sich freizukaufen, indem sie den Nennwert ihrer Belastung in ausländischen Zahlungsmitteln oder in deutschem Geld zur Goldparität oder endlich in Industriebonds zum Nennwert

einliefern. Die Bank selbst wird ihren Sitz in Berlin haben. Das Gesellschaftskapital wird 10 Millionen Goldmark betragen, das von der deutschen Wirtschaft unter Beteiligung deutscher Banken gezeichnet und zu 25 % eingezahlt wird. Der Aufsichtsrat besteht einschließlich des Präsidenten aus 15 Mitgliedern, von denen 4 von den nicht-deutschen Mitgliedern des Generalrats der Reichsbank, 3 von der Reparationskommission und 7 von der Reichsregierung (3 als Vertreter der Reichsregierung und 4 aus den Kreisen der belasteten Unternehmer und der Aktionäre) ernannt werden.

Die 3, der neu zu errichtenden Körperschaften ist die *Reichsbank*, die nicht neu zu schaffen sondern nur umzugestalten ist. Im allgemeinen werden die Grundlagen des Bankgesetzes von 1875 bei der Neuorganisation der Reichsbank beibehalten. Gewisse Abweichungen im System zielen auf eine vollständige Absonderung des Zentralnoteninstituts von der Finanzgebarung des Reichs und der Länder sowie von politischen Einflüssen ab. Eine Mitwirkung des Auslands bei der Bank ist nach dem Sachverständigengutachten im Generalrat und durch den Kommissar vorgesehen. Das Kapital der neuen Bank soll mindestens 300 Millionen Reichsmark betragen. Es kann auch eine Kapitalerhöhung bis zu 400 Millionen erfolgen. Der Präsident und die Mitglieder des Direktoriums sind nicht mehr von der Reichsregierung ernannte Beamte. Der Präsident wird von dem Generalrat auf 4 Jahre gewählt, die Mitglieder werden nach Zustimmung des Generalrats vom Präsidenten auf 12 Jahre ernannt. Der Generalrat ist gemäß den Vorschlägen des Sachverständigenberichts gebildet. Er besteht aus 14 Mitgliedern, von denen die Hälfte Deutsche, die andere Hälfte Ausländer sein müssen. Die Anzahl der deutschen Mitglieder kann durch einstimmigen Beschluß des Generalrats erhöht werden. Der Präsident des Reichsbankdirektoriums ist Mitglied und Vorsitzender des Generalrats. Die deutschen Mitglieder, mit Ausnahme des Präsidenten, werden von den die deutsche Reichsangehörigkeit besitzenden Anteilseignern der Bank gewählt. Dem Generalrat dürfen Beamte oder Personen, die von einer Regierung Bezüge erhalten, nicht angehören. In engstem Zusammenhang mit der Umformung der Reichsbank stehen die Liquidierung des Umlaufs an Rentbankscheinen und die Neuordnung des Münzwesens.

Deutsche Reichsbahn

Das Gutachten der Sachverständigen vom 9. April 1924 verlangte die Eingliederung der deutschen Eisenbahnen in den Reparationsplan. Es wurde die Umgestaltung der Deutschen Reichsbahn in ein Gesellschaftsunternehmen gefordert, ferner die Belastung dieser Gesellschaft mit einer Reparationsschuld von 11 Milliarden Goldmark und die Festlegung einer dinglichen Haftung für diese Schuld. Diesen Vorschlägen entspricht das inzwischen durchgeführte Reichsbahngesetz. Danach errichtete das Deutsche Reich zum Betrieb der Reichseisenbahn eine Gesellschaft unter der Firma Deutsche Reichsbahngesellschaft. Diese Gesellschaft deckt sich mit keiner der im deutschen Handelsrecht vorgesehenen Gesellschaftsformen sondern bildet eine Gesellschaft eigenen Rechts mit privatwirtschaftlichem Charakter, aber mit starkem öffentlichrechtlichen Einschlag. Durch die Gründung der Gesellschaft gibt das Reich sein Eigentumsrecht an den Bahnen nicht auf sondern überläßt dieser nur das Betriebsrecht.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 15 Milliarden Goldmark und zerfällt in 2 Milliarden Vorzugsaktien und 13 Milliarden Stammaktien. Während die Vorzugsaktien auf den Inhaber lauten, werden die Stammaktien auf den Namen des Deutschen Reichs oder auf den eines deutschen Landes ausgestellt. Von der Gesellschaft werden hypothekarisch gesicherte Schuldverschreibungen im Nennwert von 11 Milliarden Goldmark (Reparationsschuldverschreibungen) ausgegeben. Die Inhaber der Schuldverschreibungen werden durch einen von der Reparationskommission ernannten Treuhänder vertreten. Zugunsten der Gläubiger wird eine erststellige Reparationshypothek auf alle Grundstücke, die zum Reichseisenbahnvermögen gehören, sowie auch auf alles Zubehör dieser Grundstücke, also auf alle Fahrzeuge und sonstigen beweglichen Sachen der Reichseisenbahn und der Gesellschaft, bestellt. Das vom Reich der Gesellschaft übertragene Betriebsrecht der Reichseisenbahn endet am 31. Dezember 1964, vorausgesetzt, daß alsdann sämtliche Reparationsschuldverschreibungen und sämtliche Vorzugsaktien getilgt, zurückgekauft oder eingezogen sind. Es kürzt das Betriebsrecht ab, wenn Tilgung, Rückkauf oder Einziehung zu einem frühern Zeitpunkt erfolgt; verlängert sich der Zeitpunkt der Tilgung, so erweitert sich entsprechend die Dauer des Betriebsrechts.

Die Geschäfte der Gesellschaft führt der Vorstand, der aus dem Generaldirektor und einem oder mehreren Direktoren besteht; die Direktoriumsmitglieder müssen Deutsche sein. Der Generaldirektor wird vom Verwaltungsrat auf 3 Jahre mit einer Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen ernannt. Diese Ernennung und die der Direktoren bedürfen der Bestätigung des Reichspräsidenten. Der Verwaltungsrat kann jederzeit mit einer Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen die Ernennung des Generaldirektors widerrufen. Der Verwaltungsrat besteht aus 18 Mitgliedern, die zur einen Hälfte von der Reichsregierung, zur andern von dem Treuhänder als dem Vertreter der Gläubiger der Reparationsschuldverschreibungen ernannt werden. Von den durch den Treuhänder zu bestellenden Mitgliedern können 5 Deutsche sein. Von den durch die Reichsregierung zu besetzenden Sitzen sind später 4 den Inhabern der Vorzugsaktien mit der Maßgabe einzuräumen, daß auf je 500 Millionen Goldmark ausgegebene Vorzugsaktien ein Sitz im Verwaltungsrat entfällt. Die Vertreter der Vorzugsaktien müssen Deutsche sein. Sobald der Reichsregierung die Bestellung des Vertreters der Vorzugsaktionäre mitgeteilt ist, hat sie ein von ihr ernanntes Mitglied zurückzuziehen. Am Ende jedes 2. Geschäftsjahrs scheidet je 3 Mitglieder aus den beiden Gruppen der Verwaltungsratsmitglieder aus. Der Präsident des Verwaltungsrats muß ein Deutscher sein; er wird zu Beginn eines jeden Geschäftsjahrs vom Verwaltungsrat mit einer Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt, seine Wiederwahl ist zulässig. Sind die Inhaber der Vorzugsaktien im Verwaltungsrat durch 3 Mitglieder vertreten, soll der Präsident aus diesen entnommen werden. Zur Wahrung der Rechte aus den Reparationsschuldverschreibungen wird ein Eisenbahnkommissar bestellt; er wird von den ausländischen Mitgliedern des Verwaltungsrats gewählt. Der Reichseisenbahnkommissar hat im allgemeinen nur Beobachtungsrechte; wenn die von ihm überwachten Zahlungen jedoch nicht eingehen, erhält er Bestimmungsrechte.

Die Gesellschaft hat die zum Zeitpunkt ihrer Errichtung geltenden Tarife anzuwenden. Tarifänderungen sowie alle sonstigen Tarifvergünstigungen bedürfen der Genehmigung der Reichsregierung, deren Zustimmung auch zu den Verhandlungen der Gesellschaft mit ausländischen Regierungen erforderlich ist.

Die Gesellschaft hat die Beförderungssteuer nach dem am 1. April 1924 geltenden Tarif zu erheben. Im 1. Geschäftsjahr ist dieser Steuerbetrag an das Reich abzuführen; im 2. Geschäftsjahr sind auf das Konto des Reparationsagenten 250 Millionen Goldmark abzuführen, der Rest des Betrags an das Reich. In den weiteren Geschäftsjahren hat das Konto des Reparationsagenten jährlich 290 Millionen Goldmark zu erhalten. Streitfälle zwischen der Reichsregierung und der Gesellschaft sind der Entscheidung eines besonders beim Reichsgericht zu bildenden Gerichts zu unterbreiten. Streitfälle zwischen der Reparationskommission oder einer in ihr vertretenen Regierung oder dem Treuhänder oder dem zur Wahrung der Rechte der Schuldverschreibungsgläubiger bestellten Eisenbahnkommissar einerseits und der Reichsregierung und der Gesellschaft oder einer dieser beiden andererseits sind durch einen Schiedsrichter zu entscheiden, der von dem jeweiligen Präsidenten des Ständigen internationalen Gerichtshofs zu ernennen ist.

Die im Dienst des Unternehmens Deutsche Reichsbahn stehenden Reichsbeamten werden, mit Ausnahme der Beamten für den Dienst der Aufsichtsbehörde, mit dem Übergang des Betriebsrechts auf die Gesellschaft Reichsbahnbeamte. Ihnen werden an Dienst Einkommen, Wartegeld, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung die Ansprüche verbürgt, die sie als Reichsbeamte hatten. Dies gilt auch für die Fortgewährung des gesamten Dienst-einkommens bei Krankheits- und Erholungsurlaub. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Gesellschaft sollen in der Regel in ihrem Dienstbezirk landesangehörig sein; sie sind auf ihren Wunsch, soweit dies möglich ist, in ihren Heimatgebieten zu verwenden. Ein Reichsbahnbeamter, der die ihm obliegenden Pflichten verletzt, wird unter sinngemäßer Anwendung des Dienststrafrechts der Reichsbeamten zur Rechenschaft gezogen. Oberste Reichsbahnbehörde ist der Generaldirektor. Die Gesellschaft hat die Dienstbezüge der Reichsbahnbeamten, mit Ausnahme der leitenden Beamten, unter Berücksichtigung der Verhältnisse der Reichsbeamten festzusetzen.

Die Form, in der die Eisenbahnen in den Dienst der Reparationen gestellt worden sind, bleibt für die Nation wesentlich erträglicher, als wenn es nach den Wünschen jener Gruppe Industrieller gegangen wäre, die die Staatsbahnen in Privatbesitz überführen wollte.

Deutsche Reichspost

Die Reichspost ist wieder zum Überschußbetrieb geworden. Der Abschluß für das Rechnungsjahr 1923 ergibt einen Betriebsüberschuß von 54 325 000 Goldmark, der zur Tilgung des Anteils der Deutschen Reichspost an der wertbeständigen Reichsschuld verwendet und an die Reichsfinanzverwaltung abgeführt worden ist. Im Rechnungsjahr 1924 brachte der April einen Überschuß von 13,7 Millionen Goldmark, der Mai brachte 19,3, der Juni 3,5, der Juli 4,8 der August 8,5 Millionen. Aus diesen finanziellen Monatsergebnissen kann, wie das Postministerium in seinem Bericht hervorhebt, »ein zuverlässiger Schluß auf das Jahresergebnis nicht gezogen werden, da die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Reichspost sich nicht gleichmäßig entwickeln sondern fortgesetzten Schwankungen unterliegen. Dies hat seinen Grund vor allem darin, daß die jeweilige Wirtschaftslage der Deutschen Reichspost wesentlich beeinflusst wird durch die allgemeine Wirtschafts- und Verkehrslage überhaupt. Die Betriebsbedürfnisse treten außerdem in den einzelnen Monaten ganz verschiedenartig auf. Es kommt hinzu, daß in Erfüllung der Aufgaben der Deutschen Reichspost fortlaufend Verbindlichkeiten entstehen, zum Beispiel auf dem Gebiete des Beschaffungs- und des Bauwesens, die sich in den Kassenabschlüssen vielfach erst später, besonders gegen Ende des Rechnungsjahres, geldlich auswirken.« Im wesentlichen sind die steigenden Finanzergebnisse durch Tarifverteuerungen erreicht worden. Deren Sinn ist es aber: die Möglichkeit zur Betriebsverbesserung zu geben. Ohne solche Melioration ist die Verteuerung genau so wenig berechtigt wie die Verbilligung aus bloßem Konsumenteninteresse. Auf den meisten Gebieten postalischer Tätigkeit sind indessen bei uns ernsthafte Reformen ausgeblieben. Eine Ausnahme macht die Ausgestaltung des Funkwesens; selbst dort, wo sie mancherlei Irrwege geht, wie bei dem Rundfunk, ist am allerwenigsten die Funkenleitung im Reichspostamt daran schuld.

Rußland

Seit dem Tod Lenins sind die innenpolitischen Gegensätze im bolschewistischen Rußland noch verbreitert und verschärft worden. Sie begleiten den wirtschaftlichen und den kulturellen Verfall in den von den bolschewistischen Machthabern beherrschten Gebieten, einen Verfall, der offenbar lediglich den nach Moskau ein-

geladenen europäischen Gästen verborgen geblieben ist. Natürlich hat der Tod Lenins darauf ebensowenig Einfluß wie sein Leben ihn gehabt hätte. Die mit seinem Namen besonders verknüpfte "neue ökonomische Politik" (siehe diese Rundschau, 1923 Seite 682 f.) brachte vorübergehend vielleicht einige Besserung und Steigerung der Leistungen, die vorher unter dem Nullpunkt lagen, weil sie die Kräfte zum Teil freimachte, zudem die Ernte besonders gut war.

In der propagandistischen Ausbeutung der Erfolge dieser "neuen" Politik wies man besonders auf den Zulauf der ausländischen Konzessionäre hin, einen Zulauf, der sich mittlerweile auf ein sehr bescheidenes Maß reduziert hat. Die Konzessionen sollten für den Betrieb großer Unternehmungen an Ausländer vergeben werden, um ausländisches Kapital hereinzuholen. Im Jahr 1921 wurden indessen nur 5 Konzessionen abgeschlossen; im Jahr 1922 verhandelte man über 332 Konzessionen, von denen aber nur 18 zustande kamen, im Jahr 1923 über 384, von denen es bei 32 zu einem Abschluß kam. Bis zum September 1923 entfielen von diesen Konzessionen auf Landwirtschaft und Forstwirtschaft 13, auf Unternehmungen im Handel 13, auf Unternehmungen in der Kleinindustrie und im Transportwesen je 6 und auf industrielle Unternehmungen im ganzen 3. Die Höhe des in allen Konzessionen investierten und aus dem Ausland eingeführten Geldes wird mit 70 bis 75 Millionen Rubel angegeben; doch dieser Betrag dürfte effektiv noch wesentlich geringer sein. Charakteristisch ist, daß der größte Teil der Konzessionen auf Betriebe der Landwirtschaft und auf den Handel entfällt. Zu den größten Konzessionen gehören die an Krupp vergebene und eine Naphthakonzession an ein internationales Kapitalkonsortium; die an die Firma Otto Wolf, den Deutschen Montankonzern, vergebene Konzession ist von ihr wieder aufgehoben worden.

Neben diesen Konzessionen an ausländisches Kapital gibt es die Verpachtung kleinerer Betriebe an Inländer im bolschewistischen Rußland. Bis zum März 1924 waren insgesamt 6448 solcher Unternehmungen mit etwa 100 000 Arbeitern verpachtet: im wesentlichen Bäckereien, Schlossereien, Ledergerbereien und kleine Druckereien; im Durchschnitt hatte jedes dieser Unternehmen etwa 18 Arbeiter. Sieht man von der Landwirtschaft ab, so wird man wohl sagen dürfen, daß diese unter bolschewisti-

scher Staatsgewalt an private Unternehmer verpachteten Betriebe, so bescheiden ihr Umfang ist, schlechthin die Träger der russischen Volkswirtschaft sind. Gewiß werden die bolschewistischen Ämter nicht versäumen auf die stattliche Reihe ihrer großen Trusts hinzuweisen. Aber diese sind ausschließlich parasitäre Gebilde, Zusammenballungen von Beamtenmassen, die an dem Mark der russischen Volkswirtschaft zehren. Eine Ausnahme von dieser Kategorie macht vielleicht der Textiltrust, der im wesentlichen aus der vorbolschewistischen Zeit stammt.

Wie ein Alp lastet der Bolschewismus auch auf der Landwirtschaft Rußlands, aus der er seine Existenzmittel für die Herrschaft im Innern und für die Propaganda im Äußern zieht. Die Gesamternte Rußlands betrug nach der Statistik der Ekonomitscheskaja Schisn vom 1. August 1924 in den Jahren 1905 bis 1914 durchschnittlich 3 854,7 Millionen Pud, im Jahr 1922 2 867,6, 1923 2 801,9 Pud; 1924 werden 2 550 Millionen Pud erwartet. Die Durchschnittsernte einer Deßjätine betrug 1905 bis 1914 48 Pud, 1920 36, 1921 32, 1922 51, 1923 42, 1924 werden 36 bis 39 Pud erwartet. Das Jahr 1922 brachte durch günstige Witterung eine Glanzernte.

Nach den Berechnungen des Konjunkturinstituts des Finanzkommissariats wird die Ernte dieses Jahres auf 2 500,7 Millionen Pud geschätzt; der Verbrauch wird mit 2 596,4 Millionen Pud angegeben. Selbst wenn die Gesamternte erheblich höher wäre, könnte also für die Ausfuhr doch nur ein sehr bescheidenes Quantum zur Verfügung stehen. Die Getreideausfuhr der bolschewistischen Machthaber war bei den ungeheuren Betriebskosten ihres Apparats für den russischen Bauern und Rußland überhaupt eine mehr als zweifelhafte Errungenschaft. Die Betriebskosten des Wnjeschtorg, der Außenhandelsbehörde unter der Leitung Krassins, erreichten in der 2. Hälfte des Jahres 1923 60 Kopeken pro Pud Getreide, das wären etwa 57 % des Verkaufspreises. Der Wnjeschtorg verkaufte im Ausland 1 Pud Weizen für 1 Rubel 42 Kopeken und 1 Pud Roggen für ein 1 Rubel 12 Kopeken. Der Bauer hat dabei 61 Kopeken für 1 Pud Weizen und 35 Kopeken für 1 Pud Roggen erhalten; also nur 30 % des Verkaufspreises, der für sein Getreide auf dem Auslandsmarkt erzielt wurde. Diese Getreideausfuhrpolitik wirkt auf die Kaufkraft des Bauern vernichtend, denn auch die Getreidepreise im Inland wer-

den aus agitatorischen Gründen niedrig gehalten, während der Bauer für alles das, was er kaufen muß, die denkbar höchsten Preise zu bezahlen hat. Daß dieses System für den Wnjeschtorg sehr ergiebig und für die unzähligen Beamten durchaus einträglich ist, ergibt sich ohne weiteres. Auch die an den Verkäufen beteiligten Agenten haben sicherlich einkommensreiche Zeiten erlebt. Alles das schafft das Bauerntum, das hohe Steuern nunmehr in bar zu zahlen hat, aber dafür auf fast alles verzichten muß, was es nicht selbst produziert. Die Bolschewisten müssen für die nationalisierte Industrie Rohstoffe aus dem Ausland einführen. Der Getreideexport ist die Voraussetzung Valuta für diesen Zweck zu erlangen, die ohne das Außenhandelsmonopol mindestens zum allergrößten Teil der Bauernschaft zuflösse.

Das sind die finanziellen Unterlagen der Existenz des Bolschewismus, der die erbarmungslose Ausbeutung der Bauern und die Vernichtung der eigentlichen industriellen Arbeiterschaft bedeutet (wobei für die reiselustigen "Sowjet" Gäste aus Europa nicht unerwähnt bleiben soll, daß die ihnen vorgeführten Industriearbeiter nur die zusammengehaltenen Reste einer frühern Industriearbeiterklasse darstellen).

Im übrigen betrug für 6 Monate des Jahres 1924 der Wert der Ausfuhr von Getreide 120,6 Millionen Rubel, von Flachs, 6,6, von Holz 13,8 und von Naphtha 13,3 Millionen Rubel, der Gesamtausfuhr 179 Millionen Rubel; außer dem Getreide hatte man also für 58,4 Millionen Rubel ausgeführt. Die Einfuhr betrug in den selben 6 Monaten des Jahres 83,4 Millionen Rubel. Diese Zahlen geben einen Anhalt für die Gestaltung der Handelsbilanz bei dem Ausfall der Getreideausfuhr. Der Rückgang der Getreideproduktion wird meist ohne weiteres auf Mißernten durch ungünstige Witterung zurückgeführt, was aber, mindestens allgemein, nicht zutrifft. Ohne Zweifel hat sich der Bauer unter dem Einfluß der ihn auspowernden bolschewistischen Wirtschaftspolitik wieder bei der landwirtschaftlichen Produktion auf das Notwendigste beschränkt. Wo sollte auch der Anreiz zu einer höhern Produktion herkommen?

Einige Zahlen nur über die Konsumkraft der Bevölkerung. Der Verbrauch von Textilien betrug, nach den Angaben des Professors Litoschenko /Moskau/, jährlich für die Person in der Bauernschaft vor dem Krieg zirka 3 Rubel, jetzt 60 Kopeken, in der Arbeiterklasse vor

dem Krieg 18 Rubel, jetzt 5 Rubel. Diese Zahlen sind im Westnik Promyschlenostij veröffentlicht. Eine Statistik, die im Trud vom 18. Juni 1924 erschien, ergänzt dieses Bild, das auf wichtigsten Gebieten sicher eher viel zu rosig als zu schwarz gemalt ist.

Erzeugnis	Konsum pro Person (in Pfund)	
	1913	1923
Petroleum	15,2	4,6
Salz	28,1	14,9
Zucker	19,3	3,2
Papier	6,6	1,7
Gußeisen	68,0	6,0
Stahl	71,6	6,8

So vegetiert Rußland hungrig und in Lumpen, mit Ausnahme der bolschewistischen Funktionäre. Und die west- und vornehmlich mitteleuropäischen Besucher, von diesen herumgeführt, und, der russischen Sprache nicht mächtig, ohne Möglichkeit sich selber zu orientieren, werden mit "Kulturleistungen" eingefangen und verkünden dann, mitten unter den Leiden des stummen russischen Volkes, von den Erfolgen und Fortschritten bolschewistischer Politik, wie ja auch der deutsche Reichminister Simons schon vor 4½ Jahren von der »geradezu aufbauenden Wirtschaft« des Bolschewismus gesprochen hat (siehe hierzu den Artikel Lewins Zur wirtschaftlichen Leistung des russischen Bolschewismus, in den Sozialistischen Monatsheften 1920 II Seite 647 ff.). Das alles ist in Deutschland möglich. England, das stets darauf bedacht war die bolschewistische Herrschaft in Rußland am Ruder zu erhalten, um Rußland als Faktor in der Weltwirtschaft auszuschalten, hat in einem großen Teil seiner Presse doch Raum für die schändliche und niederträchtige, verfolgungswütige und gehässige Handhabung ihrer Herrschaft durch die bolschewistischen Machthaber gehabt. Aus welchen Gründen das immer geschah, kann hier völlig gleichgültig sein. In der deutschen Presse, von dem größten Teil der deutschen Zeitungen wird all das Furchtbare bolschewistische Praxis planmäßig verschwiegen; wie die Zeitungen meinen, wohl im höhern Interesse der auswärtigen Politik. Zu ihrer Schande sei es gesagt, daß auch Vertreter der Arbeiterbewegung Westeuropas, Fimmen, Lawrence und jüngst Purcell, die von der Gewerkschaftsinternationale zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse nach Rußland gesandt worden waren, dort vor einem bolschewistisch präparierten Publikum über die Errungenschaften und Fort-

schritte bolschewistischer Methoden sprachen und nicht hinderten, daß diese Reden als Dokumente edler Wahrheit nach Westeuropa gedruckt und gefunkt werden. Einige Sätze aus einem Aufruf einer Gruppe russischer Arbeiter der Putilowwerke in Petersburg mag als Antwort an diese und andere Besucher bolschewistischer Hotels dienen: »Wir russischen Arbeiter leben in einem Zustand der vollkommenen politischen Rechtlosigkeit. Es gibt weder Versammlungsfreiheit noch Rede- oder Pressefreiheit. Wegen einer gelegentlichen bescheidenen Kritik an der Tätigkeit der Gewerkschaften werden wir Arbeiter eingekerkert. Die Bedingungen, unter denen wir unsere illegale Tätigkeit für die Demokratie und den Sozialismus ausüben, sind grauenhaft. Die entsetzliche Arbeitslosigkeit, die niemandem von uns die Gewißheit über den nächsten Tag hinaus gibt, die furchtbare Unterdrückung haben uns vollkommen zu Sklaven gemacht... Sie [die oben genannten Vertreter der Amsterdamer Internationale in Rußland] wurden von den Vertretern der Sowjetregierung und der Gewerkschaftsbureaukratie in Empfang genommen, die sie in Automobilen herumführten, in Musteranstalten geleiteten (die speziell für derartige Schaustellungen hergerichtet sind) und die Arbeiter in besondere, ihnen zu Ehren veranstaltete Versammlungen trieben und sie zwangen Hurra zu schreien... Warum hat keiner der erwähnten Vertreter darum gebeten, daß man ihm die Gefängnisse, Konzentrationslager und Verbannungsorte zeige, in denen Tausende russischer Sozialisten interniert sind? Diese unglücklichen Gefangenen leben doch in Sowjetrußland unter Bedingungen, die das Blut in den Adern erstarren lassen. Warum sind sie nicht zu diesen unglücklichen Gefangenen gegangen? Was war ihre Begeisterung: heilige Einfall oder Eigennutz?«

Informationsmittel

Unter den vielen Publikationen, in denen *Dawesplan* und *Dawesgesetz* wieder gegeben und erläutert werden, ist die in Verbindung mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag herausgegebene zu erwähnen (Was soll Deutschland leisten? /Berlin, Reimar Hobbing/). Sie besteht aus 2 Teilen. Der 1. enthält eine auf Grund der Originale durchgesehene Textausgabe der Sachverständigengutachten von Dawes und McKenna mit ausführlicher Inhaltsübersicht und alphabetischem Sachregister; der 2. die Ge-

setze zur Durchführung der Sachverständigengutachten nebst allen Unterlagen sowie dem Londoner Schlußprotokoll, der Denkschrift, den Reichstagsreden der Führer der Delegation, den Kundgebungen im Reichsrat und Reichswirtschaftsrat, gleichfalls mit Sachregister. Es ist zu empfehlen, daß sich möglichst viele Deutsche mit allen diesen Einzelheiten vertraut machen. Manche Parteidemagogie würde dann unwirksam, eine richtige Außen- und Produktionspolitik nur gefördert werden.

Sozialisierungs- publikationen

Arbeitsdienstplicht? nennt sich eine Broschüre der neuen Flugschriftenreihe Kulturwille Leipzig, Ernst Oldenburg, in der der Verfasser, Walter Fabian, auf die innenpolitischen Gefahren des neuerdings wieder propagierten Projekts einer allgemeinen *Arbeitsdienstplicht* hinweist. Solch eine Institution wäre in der Tat nur bei einem systematischen Aufbau der Gesamtwirtschaft möglich. Da man seit 1919 in Deutschland noch nicht die Zeit gefunden hat sich damit zu beschäftigen sondern nur in aller Eile die in den Sozialistischen Monatsheften verlangte Kammer der Arbeit durch einen vorläufigen Reichswirtschaftsrat zu ersetzen bemüht war, ist auch jene Forderung zurzeit nicht viel mehr als ein Parteimanöver.

Berthold Otto bringt eine Zusammenfassung seiner Lehre in dem Buch *Ab-schaffung des Geldes, Arbeitswährung, Rechenwirtschaft* /Berlin, Verlag des Hauslehrers/. Für ihn ist die *Abschaffung des Geldes* der feste Punkt, von dem aus er den Kapitalismus aus den Angeln hebt, an dessen Stelle er die Gemeinwirtschaft setzt. Das Produktionsproblem regelt sich dann automatisch. »Die Gemeinwirtschaft braucht einen klaren Überblick 1. über das, was die Gemeinschaft für sich selbst braucht, 2. über das, was die einzelnen wünschen, 3. über das, was im ganzen geleistet werden kann. Diese 3 Sachen hat die Buchführung der Volkswirtschaft zu leisten. Aus der 3. Größe wird zunächst das 1. gedeckt; das Verbleibende dient, soweit es reicht, zur Deckung des 2. Anforderung der Verbraucher und Lieferung der Hersteller erfolgen durch Vermittlung der Buchführung der Volkswirtschaft ohne jeden behördlichen Zwang Zug um Zug, so daß niemals Schuldverhältnisse eintreten, nie Kredite gefordert werden, also auch kein Zinsanspruch entstehen kann. Das Wertsymbol Geld, das sich zum Wertfotisch ausgewachsen

hat, wird vollkommen überflüssig. Die Gesamtheit der Produktionsmittel bildet den Wirtschaftsleib der Volksgemeinschaft. Daran dürfen einzelne nicht willkürlich herumpfuschen. Es bleibt Gesamteigentum und wird Werkgemeinschaften oder einzelnen nur als Lehnbesitz überwiesen.«

Staat und Wirtschaft ist der Titel einer kleinen Schrift Heinrich Göpperts in der Sammlung *Recht und Staat* (Tübingen, J. C. B. Mohr). Der »Gedanke des Wirtschaftsstaats« ist vom Verfasser »in seiner ganzen Hohlheit erkannt«. Die ihm genehme Vorkriegsentwicklung in den Beziehungen von *Staat und Wirtschaft* charakterisiert er folgendermaßen: »Je mehr die von den Erwerbskreisen selbst so lebhaft geförderten Bestrebungen das in der Welt einzig dastehende staatliche und kommunale Beamtentum mit kaufmännischem Geist zu durchdringen von Erfolg gekrönt worden wären, um so mehr hätte sich das Betätigungsfeld des Staats- und Kommunalsozialismus erweitert, die Suprematie des Staates über das Kapital und die Wirtschaft verstärkt.« Offenbar identifiziert der Verfasser Wirtschaft mit ein paar Gruppen von Geschäftsleuten. Die 35 Seiten der Arbeit weisen mindestens eben so viele Widersprüche auf.

Totenliste Am 24. Oktober starb der frühere Unterstaatssekretär im preußischen Staatsministerium *Adolf Heinrichs*, in seinem 68. Lebensjahr. Er wurde 1908 Regierungspräsident in Lüneburg. Hier machte er sich um die Entwässerung der Lüneburger Moorgebiete verdient. Unterstaatssekretär war er von 1914 bis 1919. In Oldenburg starb im Oktober der Wasserbautechniker *Wilhelm Hoffmann*, der die Wangeroooger Strandbefestigungen, die Braker Pieranlagen gebaut, die Huntekorrektur und zahlreiche andere Arbeiten ausgeführt hat. Das Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn, der frühere Präsident des Eisenbahnzentralamts *Richard Sarre* starb am 13. November im Alter von 69 Jahren, nachdem er nur wenige Wochen der eben errichteten Reichsbahngesellschaft angehört hatte. Er war als Eisenbahnfachmann geschätzt.

Kurze Chronik Die Reparationsgläubiger haben nach dem *Dawesplan* folgende Organe einzusetzen: 1. den Agenten für Reparationszahlungen, 2. das Transferkomitee, 3. den Steuerkommissar, 4. den Eisenbahn-

kommissar, 5. den Notenkommis­sar, 6. den Treuhänder für Reichsbahnobligationen, 7. den Treuhänder für die Industriebonds. Alle diese Organe können sich eines Stabes von Mitarbeitern bedienen. Die Kosten ihrer Tätigkeit werden aus den Jahresleistungen bestritten. Die Einrichtungen, die von Deutschland und den Gläubigern gemeinsam gebildet werden und Verhandlungen und gemeinsamen Beratungen dienen, sind 1. das Komitee zur Feststellung der Berechnungsmethode des Wohlstandsindex, 2. das Sonderkomitee zur Feststellung der Verfahren bei Sachlieferungen, 3. die Schiedsgerichte. Die Kosten dieser gemeinsamen Einrichtungen werden aus dem Reparationskonto bezahlt. ◊ Ende Oktober hielt das Geschäftsführende Komitee der *Internationalen Eisenbahnunion* seine Jahrestagung in Paris ab. Deutschland, das wie die meisten europäischen Länder dieser Union angehört, entsandte als Delegierten den Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft Oeser. Zur Beratung standen technische Fragen zur Vervollkommnung des Betriebs und Fragen der kommerziellen Ausbeutung der Bahnen. Vom 1. Januar 1925 soll ein zentrales Ausgleichsbureau geschaffen werden, das in Brüssel seinen Sitz hat und die Verrechnungen der gegenseitigen Kosten der Eisenbahnverwaltungen durchführen soll.

Literatur Unter dem Titel *Die Gemeinwirtschaft* erscheint seit Beginn dieses Jahres in Greiz eine Monatsschrift, die der »Theorie und Praxis der gesamten Gemeinwirtschaft« gewidmet ist. Max Quarck behandelt in ihr die soziale Bewegung im allgemeinen, Käthe Leichter die Sozialwirtschaft, Franz Feuerstein die Genossenschaftsbewegung, Theodor Cassau die Gewerkschaftsbewegung, Anna Siemsen die Schulbewegung. Der Zeitschrift, die mit der Zeit wohl zu einer schärfern Herausarbeitung eines einheitlichen Programms kommen dürfte, sei für ihre Arbeit ein voller Erfolg gewünscht. ◊ In seiner »Skizzierung« Staatssozialismus /Rothenburg, Bader/beruft sich *Eugen Mack* darauf, daß die großen Führer des Zentrums und des Katholizismus (Ketteler, Kolping, Windthorst, Hertling, Lieber) gegen jeden Staatssozialismus gewesen seien, um diesen vollständig abzulehnen. Er will eine Rückkehr zum Windthorstzentrum. Stil und Geist der (in manchem nicht uninteressanten) Schrift atmen das 18. Jahrhundert.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Deutscher
Städte-
tag
1924

Am 25. und 26. September
 fand in Hannover der 6.

Deutsche Städte- tag statt (siehe die Rundschau Innenpolitik, in diesem Band Seite 704 f.). In seiner Einführungsansprache beleuchtete der Berliner Oberbürgermeister Gustav Böß die schwierige Lage der Städte. Auf ihren Schultern liegen auf der einen Seite die großen sozialen Aufgaben mit dem Ziel die physische, geistige und sittliche Kraft der Bevölkerung zu erhalten und zu stärken und die Wirtschaft zu stützen und zu fördern, damit für die Einwohnerschaft Arbeit und Brot geschaffen werde; auf der andern Seite aber fehlen ihnen die Mittel, ohne die nichts geleistet werden kann. Nichts sei falscher als die Behauptung, daß die Gemeinden im Geld schwämmen. Ein großer Teil der Gemeinden, und das gelte gerade für die westlichen Gemeinden, befände sich in der schwierigsten finanziellen Lage. Manche in diesen Jahren geschaffenen Steuern und Gebühren würden von den Städten abgeschafft werden müssen, wenn sie an dem Preisabbau mitwirken wollten. Das gelte insbesondere für die städtischen Werktarife. Außerdem werde das Dawesabkommen ungünstige Wirkungen für die Finanzwirtschaft der Gemeinden mit sich bringen.

Der Städte- tag behandelte 2 sehr wichtige Gegenstände: die Wiederherstellung der Selbstverwaltung im Reich und in den Ländern und die Vereinheitlichung des Städterechts.

Die Referate über die *Selbstverwaltung* wurden von dem Bürgermeister Külz /Dresden/ und dem Oberbürgermeister Mann /Erfurt/ erstattet. Külz gab eine allgemeine Übersicht, Mann besprach die preußischen Verhältnisse. Die Klagen der Städte über die Zurückdrängung der kommunalen Selbstverwaltung zugunsten des Reichs und der Länder sind alt und in dieser Rundschau wiederholt besprochen worden. Die beiden Referate haben wenig Neues zu diesem Thema gebracht. Gewiß braucht das deutsche Volk, wie Külz ausführte, eine Renaissance der Selbstverwaltung als fundamentale Voraussetzung einer wirklichen deutschen Erneuerung. Aber diese Renaissance wird nicht allgemein dadurch erreicht, daß in allen Parlamenten ständige Ausschüsse für kommunale Angelegenheiten eingerichtet werden, die in engster Fühlung mit den kommunalen Spitzenorganisationen arbeiten, oder daß

die Praktiker der Selbstverwaltung mehr als bisher die Autorität ihrer Sachkenntnis in den politischen Parteien und den Parlamenten zur Geltung bringen. Das alles ist wichtig und wünschenswert. Aber die Stimme der Gemeinden und ihrer Vertreter wird nur dann gehört und beachtet werden, kommunale Organisationen werden nur dann Einfluß gewinnen können, wenn die Renaissance bei den Gemeinden selbst begonnen hat, wenn die Gemeinden und ihre Vertretungen ihrerseits damit anfangen mit allen Mißständen, die während des Krieges und nach ihm in den Verwaltungen entstanden sind, aufzuräumen, wenn sie mit der jede nutzbringende Arbeit verhin- dernden Parteizerklüftung und Parteibekämpfung ein Ende machen, wenn sie in stärkerem Maß nicht nur mit Worten sondern in der Praxis ihres Handelns zeigen, daß ihnen das allgemeine Wohl über dem manchmal kleinlichen Sondervorteil steht. Was die beiden Referenten über die Beamtenpolitik, das Schulwesen, die soziale Fürsorge, die Gemeindefinanzwirtschaft ausführten; wie überall der Stärkere rücksichtslos seine Interessen verfolgt und dem Schwächeren die Lasten aufbürdet, wie dann weiter der Stärkere in immer größerem Umfang sich in die Verwaltung des Schwächeren eingemischt hat, ist durchaus zutreffend und hier oft noch viel schärfer getadelt worden. Auch wenn die Über- spannung der Parteipolitik, wahllose Übertragung parlamentarischer Regierungsformen auf die Selbstverwaltung, wenn die parteipolitische Bevormundung der Selbstverwaltung ebenso von den Referenten verworfen wurden wie die staatliche Bevormundung, so haben sie sicher eine schwere Wunde der Gemeindeverwaltung bloßgelegt. Gewiß sollen die Gemeindeverwaltungen nicht zum Tummelplatz parteipolitischer Auseinandersetzungen gemacht werden, aber Gemeindepolitik läßt sich nun einmal nicht ohne Politik machen. Hinter diesen Klagen über das Vordrängen parteipolitischer Einflüsse verbergen sich mehr oder weniger das Ressentiment der Bürokratie, die nicht mehr wie früher unumschränkter Herrscher ist, und das Ressentiment von Parteien, die nicht mehr allein die Gemeindeverwaltung nach ihren Wünschen und Bedürfnissen führen können. Gewiß kann eine Über- spannung der Parteipolitik Persönlichkeiten ausschließen, deren Mitarbeit von größtem Wert für die Gemeinde wäre. Es wäre aber durchaus falsch, wollte man auf der einen Seite verkennen, welche

starke organisierende Kraft in dem Bestehen von Parteien mit bestimmten Programmen steckt. Auch hier kommt, wie Mann ganz richtig hervorhob, alles darauf an, daß sich das Gefühl der Verantwortlichkeit für das Gedeihen des Ganzen bei den einzelnen, bei den Parteien und bei den Gemeinden in ganz anderer Weise als bisher entwickelt.

Auf dem 5. Städtetag /1921/ war der Vorstand beauftragt worden unverzüglich einen Studienausschuß zur Prüfung des *Gemeindeverfassungsrechts* einzusetzen. Im Auftrag dieses Ausschusses wurde von dem ehemaligen Reichsminister Erich Koch und dem Ministerialrat Ruer der Entwurf eines Reichsrahmengesetzes für die Verfassung der deutschen Städtegearbeitet, den dann der Vorstand in mehreren Lesungen umgestaltete. Durch ein solches Gesetz sollte der Selbstverwaltung in Deutschland eine gesicherte Grundlage geboten, und vor allem das Verhältnis zur Staatsbehörde klar umgrenzt werden. Diese Forderung nach einem einheitlichen Reichsrecht wurde damit begründet, daß die praktische Tätigkeit der städtischen Verwaltung in Deutschland sich in wesentlich gleichem Geist und in wesentlich gleichen Formen abspiele, daß daher für diese gleichmäßigen tatsächlichen Verhältnisse auch ein gleichmäßiger rechtlicher Ausdruck gefunden werden müsse. So formulierte der Dresdener Oberbürgermeister Blüher die Aufgabe. Die Zeit ist für ihn schon reif für eine reichsgesetzliche Regelung. Nun muß allerdings zugegeben werden, daß zurzeit wenigstens, soweit Preußen in Betracht kommt, eine große Zersplitterung des Gemeinderechts besteht. Außer den zahlreichen Landgemeindeordnungen bestehen nicht weniger als 9 Städteordnungen. Sie sind nicht nur in den Grundfragen der Organisation sondern auch in minder wichtigen Punkten von einander verschieden. Diese Verschiedenheiten sind größtenteils historisch überkommen und erklären sich daraus, daß der preußische Staat aus wirtschaftlich und sozial grundverschiedenen Bestandteilen zusammengewachsen ist. Versuche ein einheitliches Städterecht zu schaffen sind schon in der Zeit der Revolution von 1848, dann wiederum in den siebziger Jahren wiederholt und ohne Erfolg gemacht worden. Auch die nach dem Zusammenbruch von 1918 ausgearbeiteten Entwürfe sind bisher nicht Gesetz geworden. Wäre das geschehen, so hätte man nicht so lebhaft nach einer Vereinheitlichung des Städterechts gerufen. Die

Reichsverfassung regelt einige wichtige Teile des Gemeindeverfassungsrechts einheitlich, vor allem im Artikel 17 das Gemeindevahlrecht. Damit ist aber ein sehr wichtiges Motiv für die Vereinheitlichung des Städterechts ledig geworden. Ferner hat das Reich durch den Artikel 8 und die auf Grund dieses Artikels erlassenen Gesetze die Grundlagen der Finanzgebarung der Gemeinden weiterhin geregelt. Außerdem hat der Artikel 7 dem Reich für eine Reihe wichtiger Einzelgebiete die Zuständigkeit zugesprochen. Diese Gesetzgebung greift nicht nur durch die Schaffung materiellen Rechts in die Gemeindeverwaltung ein, sondern bringt auch zahlreiche organisatorische Vorschriften und legt den Gemeinden die Errichtung bestimmter Ämter, wie Versicherungsämter, Arbeitsnachweisämter und Jugendämter, auf. Die Frage ist nun, ob die Einheitlichkeit noch weiter geführt werden kann, ob es sich empfiehlt durch die Reichsgesetzgebung ein einheitliches Schema der kommunalen Organisation zu schaffen. Es ist bezeichnend, daß der Entwurf selbst diese Frage, soweit es sich um das Verhältnis von Gemeindevertretung und Gemeindevorstand handelt, ohne Zweifel ein sehr wichtiger Punkt der Gemeindeverfassung, verneinen muß. Es sollen nach dem Entwurf 3 Gestaltungen dieses Verhältnisses zugelassen werden: die Magistratsverfassung, die rheinische Bürgermeistereiverfassung und die süddeutsche Stadtratsverfassung, bei der das einzige Organ, der Stadtrat, zugleich Gemeindevorstand wie Gemeindevertretung ist. Die Wahl zwischen diesen 3 Systemen soll der Landesgesetzgebung überlassen bleiben. Diese kann die Entscheidung auch den einzelnen Städten übertragen. Es ist auffällig, daß das sächsisch-thüringische System nicht aufgenommen wurde. Dieses kennt zwar einen selbständigen Gemeindevorstand, er ist aber nur ausführendes Organ der Gemeindevertretung, und seine Befugnisse sind stark zugunsten der Gemeindevertretung eingeschränkt. Es ist wesentlich dem englischen Städterecht mit seinem Bürgermeister und Stadtschreiber (town clerk) nachgebildet. Der Antrag lediglich die süddeutsche Stadtratsverfassung vorzuschlagen ist vom Vorstand mit geringer Mehrheit abgelehnt worden, weil man in Preußen mit dem Bestehenden nicht völlig brechen will. Die Vereinfachung des Verwaltungsapparats, die zweckmäßige Kräfte- und Machtverteilung zwischen Vertretern der Bürgerschaft und den Berufsbeamten der Ver-

waltung, die Stärkung der Arbeitsfreudigkeit und des Verantwortungsgefühls bei beiden, die größere Reibungslosigkeit und Beweglichkeit der Verwaltung bei dieser Organisationsform wurden durchaus anerkannt. Man hielt also an der Magistratsverfassung fest, regte aber, um eine engere Zusammenarbeit der beiden Organe, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, zu erzielen, an den Vorsitz in dieser dem Bürgermeister zu übertragen und gemeinsame Sitzungen beider Organe zuzulassen. Konnte man sich also nicht dazu entschließen einheitlich die gleiche Organisationsform, zum Beispiel die Stadtratsverfassung, zu wählen, so muß es um so auffälliger erscheinen, daß man nur 3 Systeme zulassen wollte, ein 4., in 2 größeren Ländern neu eingeführtes System aber ausschloß. In dieser Tatsache liegt ohne Zweifel ein sehr starkes Argument gegen den Versuch nun überall die Städte auf die Wahl zwischen einer begrenzten Zahl von Systemen festzulegen. Es ist gar nicht einzusehen, warum man nicht auch andere Systeme, die die Zukunft bringen kann, in den Ländern oder einzelnen Städten zulassen will. Daß aber solche Systeme möglich sind, und daß Verhältnisse entstehen können, die geradezu dazu zwingen andere Organisationsformen anzuwenden, beweist ein Blick auf amerikanische Vorgänge, die auch in Deutschland nicht unbekannt sind. Die ganze Geschichte des deutschen Verfassungsrechts warnt geradezu davor bestimmte Schemata festzulegen, deren Änderung und Ergänzung oder Ersatz durch andere Organisationsformen außerordentlich erschwert ist, wenn einmal ein Reichsgesetz die Materie geregelt hat. Man braucht nur an die Entwicklung der Gemeindegewaltrechte zu erinnern. Während in den süddeutschen Staaten seit den siebziger Jahren eine zwar langsame, aber entschiedene Demokratisierung des Wahlrechts sich durchsetzte, blieb in Preußen das Dreiklassenwahlrecht wenigstens in seinen Grundzügen unverändert, und es bedurfte erst des Umsturzes, um die preußischen Verhältnisse denen der süddeutschen Staaten anzugleichen. Einheitlichkeit des deutschen Gemeindeverfassungs- und Gemeindeverwaltungsrechts, in der jetzt das Heil der Selbstverwaltung erblickt wird, hätte die gleiche Jahrzehnte lange Stagnation gebracht, wie sie für die Reichsverfassung bestand. Weder England noch die Vereinigten Staaten kennen eine solche. Hat der Entwurf also in der Gestaltung der städtischen Organe nur eine be-

schränkte Einheitlichkeit vorgeschrieben, so hält er diese dagegen für unbedingt notwendig, soweit es sich um die Stellung der Selbstverwaltung zur Staatsbehörde handelt. Hier, so führte Blüher aus, muß einheitliches Recht für Genehmigung und Bestätigung und für die Grenzen der laufenden Staatsaufsicht herrschen. Aber auch hier wirft sich die Frage auf, warum diese Einheitlichkeit für das Gebiet des ganzen Reiches gelten soll. Wäre dieses ein Einheitsstaat, was es zurzeit sicher nicht ist, so wäre ein solches einheitliches Recht verständlich und ließe sich begründen. Auch wenn in den Grenzen bestimmter Gebiete, die durch Reichsgesetzgebung geregelt sind, eine Reichsaufsicht bestände, wäre es selbstverständlich, daß innerhalb dieser Gebiete die Zuständigkeiten ohne Rücksicht auf die Grenzen der Länder geregelt würden. Der Entwurf will aber jede Doppelaufsicht, also Aufsicht durch das Reich und durch die Länder, ausschalten und verlangt, daß die Staatsaufsicht nur durch die Länder, nicht durch das Reich ausgeübt wird. Logische Konsequenz aus dieser Stellung ist es, daß die Regelung der Staatsaufsicht Aufgabe der Länder sein muß, nicht aber des Reichs. Diese müssen darüber entscheiden können, welche Regelung der Staatsaufsicht sie für notwendig halten, um ihren Aufgaben zu genügen, um die Gesetzmäßigkeit und Ordnung der kommunalen Selbstverwaltung sicher zu stellen.

Es kommt nun weiter hinzu, daß der Entwurf minder wichtige Fragen von vornherein der Landesgesetzgebung überlassen will. Wozu dann im Grunde die ganze Aktion? Will man die Reichsverfassung auf dem Weg zum Einheitsstaat weiter bilden, die Zuständigkeit der Länder also noch weiter beschränken, so möge man das offen aussprechen. Will man das aber nicht, so muß man sich fragen, was dann eigentlich durch ein Reichsrahmengesetz erreicht werden soll. Ohne Verfassungsänderung wird es kaum möglich sein eine Reichsstädteordnung zu schaffen. Man könnte dann allerdings, wie der Breslauer Oberbürgermeister Wagner auf der schlesischen Bürgermeisterkonferenz am 30. August ausführte, die Reichsstädteordnung als eine Musterordnung betrachten und danach streben sie in den einzelnen Ländern durch Landesgesetze einzuführen. Gerade darüber aber werden die Meinungen sehr verschieden sein. »Wenn berufene Fachleute aus der Fülle der im Deutschen Reich vorhandenen Gemeinde-

verfassungen einige als zweckmäßig und brauchbar anerkennen und als solche bezeichnen«, so ist das gewiß eine ganz nützliche Arbeit. Überall da aber, wo die von ihnen verworfenen Gemeindeverfassungen in Kraft sind, wird man ihr Urteil als falsch bezeichnen und es auf ungenügende Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse zurückzuführen.

Und schließlich: Gemeindeverfassungen sind wie Staatsverfassungen Kristallisationen nicht rationaler Zweckmäßigkeitserlegungen sondern politischer Machtverhältnisse. Sie können mit Erfolg nur dann umgestaltet werden, wenn diese sich geändert haben, die alten Mächte zugrunde gegangen sind oder an Einfluß verloren haben, neue sich durchzusetzen wissen. Wie steht es heute mit der politischen Machtverteilung? Auch ein Städtetag darf an ihr nicht mit verbundenen Augen vorbeigehen.

Totenliste

Am 23. Dezember 1923 ist der ehemalige Oberbürgermeister von Posen *Richard Witting*, 67 Jahre alt, gestorben. Witting gehörte zu den befähigsten Kommunalpolitikern der wilhelminischen Ära. Er war einer der Berater Bülow's in der Ostmarkenpolitik, machte aber nicht wie andere den Sprung vom Oberbürgermeister zum Oberpräsidenten oder gar Minister sondern trat 1902 in das Direktorium der Nationalbank für Deutschland ein und übernahm 1910 den Vorsitz im Aufsichtsrat, den er auch nach der Fusion der Nationalbank und der Darmstädter Bank führte. Im Gegensatz zu seinem Bruder, Maximilian Harden, war er ein Gegner Bismarcks und auf der Seite Wilhelms II. In der Nachkriegszeit ist er aber, wie auch Harden, für eine auf demokratischer Basis ruhende Politik der Verständigung mit Frankreich eingetreten. Witting war der Schwiegervater des Kapitänleutnants Paasche, der bekanntlich seiner pazifistischen Gesinnung wegen ermordet wurde.

Kurze Chronik Der Finanzausschuß des Deutschen Städtetags hat in seiner Sitzung vom 14. Oktober 1924 zu der *Aufwertung* der kommunalen Anleihen Stellung genommen. Er betont, daß, solange die Leistungsfähigkeit der Kommunen nicht feststehe, von diesen auch keine neuen Lasten, wie sie die Aufwertung ihrer Anleihen bringen würden, auf die Dauer übernommen werden können. Mit allem Nachdruck tritt er der Meinung entgegen, daß es der Gesamtheit der Kom-

munen so gut ginge, daß sie eine Aufwertung ihrer Schulden tragen könnten. Er weist insbesondere auf die große Zahl der Industriegemeinden im Westen hin, die infolge der Finanzausgleichsgesetze ihren laufenden Verpflichtungen nicht gerecht werden können. ◊ Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge hat sich auf der Tagung seines Hauptausschusses am 3. und 4. Oktober in Bamberg mit der Durchführung der *Reichsfürsorgeverordnung* beschäftigt und die dabei gemachten Erfahrungen behandelt. Die Verhandlungen ergaben, daß die Verordnung als ein Fortschritt gegenüber dem Unterstützungswohnsitzgesetz betrachtet werden müsse, und daß sich die kleinen Zuständigkeitsschwierigkeiten mit der Zeit ausgleichen würden. ◊ Von großer Bedeutung auch für die Gemeindeverwaltung ist das *preußische Gesetz über die Änderungen von Stiftungen* vom 10. Juli 1924. Danach können Stiftungen durch Beschluß ihrer Vorstände mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde zusammengelegt, aufgehoben oder in ihren Zwecken geändert werden, wenn es wegen Änderung der Verhältnisse angezeigt erscheint.

Genossenschaftsbewegung / August Müller

Internationaler Kongreß 1924 Ein Kongreß des Internationalen Genossenschaftsbundes fand vom 1. bis zum 4. September in Gent statt. Er war von 430 Delegierten besucht. Dem Bund gehören 30 Länder und 74 Einzelorganisationen an, die 85 000 Vereine mit rund 40 Millionen Mitgliedern repräsentieren. Nimmt man an, daß jedes Mitglied eine Familie von 4 Köpfen hinter sich hat, so ergibt sich die enorme Anzahl von 160 Millionen Köpfen. Die 430 stimmberechtigten Delegierten vertraten 29 verschiedene Staaten, unter denen sich auch Deutschland befand. Es wurde referiert über die Beziehungen zwischen den verschiedenen Genossenschaftsarten, die Ausdehnung, Pflichten und Grenzen genossenschaftlicher Erzeugung 1. bei Konsumgenossenschaften, 2. bei Großverkaufsgesellschaften, dann über die Stellung der Frau in der Genossenschaftsbewegung und über die Rolle der Genossenschaftsbanken für die Entwicklung der Bewegung. Eine Resolution begrüßte die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund, will aber die Beschlußfassung über eingereichte Vorschläge vertagen, um »allen Schwierigkeiten auszuweichen, die aus der gegenwärtigen Zusammensetzung des

Genossenschaftsbundes hervorgehen und seine Neutralität gefährden könnten«. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden internationalen Organisationen soll trotz diesen mehr als bescheidenen Ergebnissen fortgesetzt werden. Eine andere Resolution hebt die Unterschiede zwischen genossenschaftlichen und kapitalistischen Vereinigungen hervor und fordert, daß die Beziehungen zwischen den einzelnen Genossenschaftsarten und dem Internationalen Genossenschaftsbund studiert werden sollen. Die Konsum- und die landwirtschaftlichen Genossenschaften sollten in unmittelbaren und organischen Konnex mit einander treten. Ferner soll die Möglichkeit der Aufrichtung einer Art genossenschaftlichen Betriebsrätesystems untersucht werden, das bei der Verwirklichung des Rätegedankens in der Privatindustrie als Muster dienen könnte. Die Resolution ist deutlich ein Kompromiß. Ein weiterer Beschluß verlangt Respekt vor politischen und religiösen Überzeugungen, wie er zum Verfassungsgrundsatz des Genossenschaftsbundes gehört. Man kann sich vorstellen, was die zahlreich anwesenden bolschewistischen Genossenschaftler dieser Resolution gegenüber gedacht haben mögen. Über die praktischen Fragen wurden nur die Richtlinien der Referenten zur Kenntnis genommen. Der Kongreß war mit einer internationalen genossenschaftlichen Ausstellung verbunden, die vom 15. Juni bis zum 5. September geöffnet war. 30 verschiedene Länder hatten sehr beachtenswerte Sonderausstellungen veranstaltet. Deutschland hatte sich davon zurückgehalten. Dagegen füllten die Bolschewisten einen großen Raum, in dem man Eisbären und ähnliche Schaustücke bewundern konnte, die mit Genossenschaftswesen allerdings kaum etwas zu tun haben.

Deutscher Konsumgenossenschaftstag 1924 Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hielt seinen diesjährigen Genossenschaftstag vom 23. bis zum 25. Juni in Ulm ab. Man setzte eine neue Geschäftsordnung fest, um sich gegen kommunistische Störungen zu sichern. Es waren 1076 Teilnehmer erschienen, eine für die Verhandlungen überreichliche Zahl. Heinrich Kaufmann weist in seinem Vorstandsbericht darauf hin, daß die Verbandsstatistik in ihren Wert- und Wirtschaftsangaben infolge der Geldentwertung unverwendbar sei. Die Entwicklung des Zentralverbands sei nur aus den Organisationszahlen zu entnehmen. Die Anzahl der angeschlossenen Konsumgenossenschaften beträgt 1275, die der

Verteilungsstellen 8495, die der Mitglieder 3 517 286 Familien und die der beschäftigten Personen 44 503. Der Redner sprach weiter über die Stabilisierungskrise und ihre Folgen. Spareinlagen und Obligationen sowie Geschäftsguthaben wurden im Durchschnitt um 20 bis 25 % aufgewertet. Das Betriebskapital ist geschwunden; damit sind auch die Spareinlagen der Mitglieder am Ende der Inflationsperiode verloren. Die Konsumgenossenschaften besitzen aber unbelastete wertvolle Anlagen, die allerdings jetzt nicht beliehen werden können. Der Durchschnittsumsatz ist unter die Hälfte des Vorkriegsumsatzes gefallen, die Warenbestände sind vielfach zu hoch, ebenso ist es die Anzahl der beschäftigten Personen. 4 Anträge wurden angenommen. Der 1. verurteilte die Haltung der Parlamente in der Frage der Erhebung der Umsatzsteuer, der 2. forderte die Führung eines Kartellregisters beim Reichswirtschaftsrat, der 3. wünschte weitere Einfuhr von Gefrierfleisch, der 4. protestierte gegen die Schutzzölle. Nach den Berichten war die Pensionskasse des Zentralverbands eine der wenigen Unterstützungskassen, die ihre Vorkriegsleistungen wiederaufnehmen konnten. Ferner wurde über das Verhalten der Kommunisten referiert, die aus den Konsumgenossenschaften »Proviandämter des Klassenkampfes« machen wollten. Die kommunistischen Störenfriede mußten aus der Organisation heraus. Die überwältigende Mehrheit der Delegierten billigte diese Anschauung. Zu erwähnen ist endlich eine Resolution, die sich gegen das Nachtbackverbot in Bäckereien in seiner gegenwärtigen Form wendet und eine Revision verlangt, durch die die Großbäckereien wieder instand gesetzt werden ihre männlichen Arbeiter im Dreischichtenbetrieb arbeiten zu lassen.

Dem Genossenschaftstag schlossen sich, wie üblich, die Generalversammlungen der *Großeinkaufsgesellschaft* und der *Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine* an. Die Großeinkaufsgesellschaft hatte im Jahr 1923 einen Umsatz von 13 799 071 745 Milliarden Mark. In der vorgelegten Goldbilanz wird das eingezahlte Stammkapital mit 25 % aufgewertet; das entspricht einem Stammkapital von 2,5 Millionen Goldmark; es wurde auf 5 Millionen erhöht. Angesichts seiner stillen Reserven erscheint das Unternehmen relativ gesichert. Auch die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine wertet ihr Stammkapital mit 25 % auf. Es wird auf 480 000 Mark festgesetzt und dann auf 960 000 Mark erhöht.

Landwirtschaftliche Genossenschaften Der *Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften* hielt seinen Genossenschaftstag dieses Jahr »in Form einer internen geschäftlichen Tagung« in Darmstadt am 9. Mai ab. Die Tagung war mit der Enthüllung eines Denkmals für den Gründer und langjährigen Anwalt des Verbands Wilhelm Haas verbunden. Bei dieser Gelegenheit wurde zugleich eine Schrift über das Lebenswerk des Gefeierten veröffentlicht, auf die noch in anderm Zusammenhang zurückzukommen sein wird. Nach dem Jahrbuch des Reichsverbands, das nach der Inflationszeit in wesentlich verringertem Umfang erschien, gab es am 1. Juni 1924 in Deutschland 38 592 eingetragene landwirtschaftliche Genossenschaften gegenüber 37 653 im Jahr 1923. 36 544 Genossenschaften sind organisiert, von denen 25 410 oder 65,8 % dem Reichsverband angehören. Von den überhaupt bestehenden Genossenschaften sind 19 767 Spar- und Darlehnskassen, 4843 Bezugs-genossenschaften, 3549 Molkereigenossenschaften und 10 344 sonstige Genossenschaften. Der Reichsverband hat um 529 Genossenschaften zugenommen gegenüber 1646 in der Zeit von 1922 bis 1923. Dem Reichsverband gehören an: 84 Zentralgenossenschaften, 12 627 Kreditgenossenschaften, 4085 Bezugsgenossenschaften, 2342 Molkereigenossenschaften und 6272 sonstige Genossenschaften, die in insgesamt 28 Landes- und Provinzialverbänden organisiert sind. Auch in diesem Jahresbericht werden die Schwierigkeiten im Geld-, Kreditwesen und im Warengeschäft hervorgehoben. Die Zahlen bedeuten Papiermark; ihr Wert geht aus der Angabe des Umsatzes von über 670 Trillionen Mark allein für die Zentralkassen des Verbands im Jahr 1923 hervor. Sowohl der Bezug landwirtschaftlicher Bedarfsartikel wie der Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse verminderte sich 1923 gegenüber den Vorjahren bedeutend. Die Tagung erörterte vornehmlich die schwierige Lage der landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Mittel zu ihrer Überwindung. Dem entsprachen die Vortragsthemen Das Genossenschaftswesen in schwerer Zeit und Genossenschaftliche Erneuerung.

Die andere große landwirtschaftliche Genossenschaftsorganisation: der *Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften*, hielt seine Tagung vom 1. bis 4. Juli in Görlitz ab. Der Geschäftsbericht beschränkt sich auf allgemeine Betrachtungen und vermeidet mit Recht so viel wie möglich Zahlenangaben. Der

Verband gewann 434 Genossenschaften und verlor 179, er hat also um 255 zugenommen. Am 1. Januar 1924 gehörten ihm 8272 Genossenschaften an, darunter 5667 reine Raiffeisenvereine, die neben dem Kreditgeschäft vielfach auch noch das Warengeschäft betreiben und ferner 2605 Betriebsgenossenschaften. Das Zentralgeldinstitut, die Raiffeisenbank, macht ihre Angaben in Papiermark. Nach den beigegebenen Erläuterungen hat die Bank ihr Aktienkapital und ihre Reserven aufgezehrt. Ein Reingewinn von 449 Billionen Mark ist lediglich durch den Substanzverlust zu erklären. Immerhin ist die Lage des Instituts so, daß mit einer Bewertung der Aktien in Höhe von 50 % des jeweilig eingezahlten Goldwerts gerechnet werden kann. Die Umsatzzahlen der Warenanstalten werden nicht angegeben. 2 Versicherungsgesellschaften scheinen leidlich über die Inflationsperiode hinweggekommen zu sein. Die 15 Zentralwarenanstalten haben 30 Millionen Zentner landwirtschaftliche Bedarfsartikel und Erzeugnisse umgesetzt. Die Referate auf der Tagung behandelten das ländliche Genossenschaftswesen in der Wirtschaftsnot unserer Zeit und die Bedeutung des Raiffeisenwerks für den Wiederaufbau unseres Volkes.

Kredit- und Handwerker-genossenschaften Vom 10. bis zum 13. September tagte der *Deutsche Genossenschaftsverband*, die Organisation der Kredit- und Handwerker-genossenschaften, in Hannover. Hans Crüger, der langjährige Anwalt des Verbandes, konnte krankheitshalber nicht erscheinen; er wurde nach 29jähriger Tätigkeit im Dienst der Organisation mit Worten verdienter Anerkennung in den Ruhestand versetzt und zum Ehrenanwalt ernannt. Als sein Vertreter erstattete Rau den Jahresbericht. Er schilderte die aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage dem Verband erwachsenden Schwierigkeiten. Die Goldbilanzen zeigen eine erschreckende Verarmung. Der Deutsche Genossenschaftsverband umfaßt rund 4200 Genossenschaften, darunter 1270 Kredit-, 2500 Waren-, 350 Bau- und sonstige Genossenschaften mit etwa 1½ Millionen Mitgliedern. Rau stellte eine neue Statistik in Aussicht. Das Vertrauen zu den Genossenschaften kehre wieder, und das bedeute Aufstieg unserer Wirtschaft. Philipp Stein referierte über die Wirtschaftslage der Genossenschaften, Korthaus über die Bedeutung des Genossenschaftswesens für Gegenwart und Zukunft. Unter den Beschlüssen sind die folgenden von Bedeutung:

Die Versammlung erklärte sich für Wiedereinführung des Bankgeheimnisses, da dadurch die Neigung zum Sparen bei Banken und Genossenschaften gefördert werden könne. Die Verbandsleitung wird beauftragt der nächsten Tagung Vorschläge zum Ausbau der Kreditgenossenschaftsorganisation zu unterbreiten. Diesen Kreditgenossenschaften wurde dringend empfohlen Geschäftsanteile und Haftsumme in angemessener Höhe festzusetzen. Gegen zukünftige Entwertungen sollen sie im Aktiv- und Passivgeschäft die Valutaklausel vereinbaren und in der Regel nur kurzfristige Kredite gegen Warenwechsel gewähren. Bankkredite sollen nur bei der Reichsbank und bei anderen genossenschaftlichen Zentralinstituten in Anspruch genommen werden, Zinsen und Provisionen seien herabzusetzen. Sogenannte Garantiegenossenschaften, bei denen Spargelder nicht vorhanden sind und nur ein Zahlungsverprechen gewährt wird, sind abzulehnen, jede Kreditgenossenschaft müsse auf Spareinrichtungen aufgebaut sein. Auch die Verbindung von Genossenschaften mit kommunalen Spar- und Girokassen sei zu verwerfen, da sie die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Genossenschaften beeinträchtige; man erhob auch Widerspruch dagegen, daß die kommunalen Girokassen durch die Behörden gefördert würden. Man forderte, daß keine Kreis- und Stadtbanken errichtet würden und die städtischen Sparkassen ihre Tätigkeit auf ihr früheres Gebiet; die Pflege des Sparverkehrs und die Gewährung von Realkrediten, beschränkten. Weitere Beschlüsse galten dem Wiederaufbau der Warengenossenschaften und der Kapitalbeschaffung für die Baugenossenschaften. Die gegenwärtige Lage bei den Handwerker-genossenschaften wird man erst beurteilen können, wenn die Statistik vorliegt.

Eine dem Deutschen Genossenschaftsverband angeschlossene Organisation, der *Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften*, hielt am 16. und 17. Juni dieses Jahres in Bremen ihren 16. Verbandstag ab. Der Verband repräsentiert 40 000, in 600 Einkaufs-genossenschaften zusammengeschlossene deutsche Kolonialwarenhändler. Auch hier wurde an die Gesetzgebung eine Reihe, dem Wiederaufbau des kaufmännischen Genossenschaftswesens geltende Forderungen gestellt. Die Eröffnungsbilanz der Einkaufszentrale des Verbandes balanciert bei 353 000 Goldmark Reingewinn mit 1,4 Millionen. Der Umsatz betrug 1923 11 365 000 Goldmark.

Totenliste Am 2. Mai starb in München das Vorstandsmitglied des Zentralverbands deutscher Konsumvereine *Conrad Barth*, 84 Jahre alt. Barth war von Beruf Vergolder. Er gründete in München in jungen Jahren ein Geschäft, das er zu hoher Blüte brachte, und kam als Handwerksmeister in die Genossenschaftsbewegung, unter dem starken Einfluß von Schulze-Delitzsch stehend. Anfänglich war er in Kredit- und Baugenossenschaften tätig, später wandte er sein Interesse den Konsumvereinen zu. 1892 wurde er Direktor des Verbandes süddeutscher Konsumvereine. Dieser Verband ging 1903 nach den Kreuznacher Vorgängen geschlossen zum Zentralverband deutscher Konsumvereine über, was nicht zuletzt dem Einfluß Barths zu danken war. Barth wurde dann in den Vorstand des Zentralverbands gewählt, dem er bis an sein Lebensende angehört hat.

In Wien starb am 29. August *Karl Wrabetz*, der frühere Leiter des österreichischen Allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbsgenossenschaften, um den er sich große Verdienste erwarb. Er gehörte von 1878 bis 1907 dem österreichischen Abgeordnetenhaus an.

Kurze Chronik Am 5. Juli wurde ein *internationaler Demonstrationstag* für das Genossenschaftswesen abgehalten. Diese Kopie der Maifeier hat keinen besonderen Eindruck auf die Öffentlichkeit gemacht. ◊ In Berlin ist ein *Volksreisebund* entstanden, der das Reisen auf gemeinnütziger Grundlage in jeder Hinsicht erleichtern und verbilligen will. Man wird abwarten müssen, ob er imstande ist sein zweifellos gutes und ideales Ziel zu erreichen. ◊ Am 14. Juni feierte die Konsumgenossenschaft *Berlin* ihr 25jähriges Bestehen. Sie hatte länger als andere Genossenschaften zu kämpfen, ehe sie das gesunde Wachstum erreichte, das die letzten 15 Jahre ihrer Entwicklung charakterisiert. Zu ihren Förderern gehörten unter anderen Leo Arons, Eduard Bernstein, Adolph von Elm, Heinrich Peus. Sie zählt heute 163 000 Mitglieder. Über ihre materielle Entwicklung liefern die inflationistischen Umsatzziffern der letzten Jahre kein richtiges Bild. Zur Jubiläumstagung hatte der Reichspräsident schriftlich seine Glückwünsche gesandt; ein preußischer Minister war erschienen, ebenso ein Vertreter einer Reichsbehörde. Als die Genossenschaft vor 25 Jahren gegründet wurde, war ihre stolze Entwicklung kaum vorauszusehen.

WISSENSCHAFT

Biologie / Hans Loewenthal

Loeb † Am 11. Februar starb in Bermuda Jacques Loeb, einer der Begründer der modernen experimentellen Biologie. Er wurde am 7. April 1859 bei Koblenz geboren und erhielt seine medizinische Ausbildung in Berlin, München und Straßburg. Von Goltz angeregt gehen von Straßburg seine gehirnpfysiologischen Arbeiten aus. Berühmt wurde er jedoch erst durch seine in Würzburg bei Julius Sachs in den Jahren 1886 bis 1888 ausgeführten tierphysiologischen Untersuchungen. In diesen stellte er die Übereinstimmung der Gesetze der Reizphysiologie bei Tieren und Pflanzen fest. Im weitern Verlauf seiner Arbeiten kam er dann zur Aufstellung seiner berühmten Tropismentheorie der Reizbewegungen, die, wenn auch heute vielfach angefeindet, die ganzen Probleme erst freigelegt und eine exakte wissenschaftliche Analyse des tierischen Verhaltens auf die Reize der Umwelt hin ermöglicht hat. Im Jahr 1891 ging er nach Amerika und nahm auch dort bald hervorragende Stellungen ein. Von hier nahmen seine berühmten Arbeiten über die künstliche Entwicklungserregung des Eis ihren Ausgang. Auch weiterhin beschäftigte er sich vorzugsweise mit den physikalisch-chemischen Problemen der Biologie, die ihm noch manche wichtige Förderung verdankte. So ist auch sein letztes, dieser Tage in Paris erscheinendes Werk *Die physikalisch-chemische Natur der Regeneration* betitelt. In dem Geist, in dem er gearbeitet hat, wird die Forschung weitergehen.

Roux † Am 15. September verschied in Halle Wilhelm Roux, der Begründer der Entwicklungsmechanik. Roux wurde am 9. Juni 1850 in Jena geboren. Dort und in Berlin studierte er Medizin. 1879 wurde er nach Breslau berufen. 1889 ging er als Ordinarius der Anatomie nach Innsbruck, 1895 nach Halle, wo er bis vor wenigen Semestern lehrte. Roux' ganze Lebenstätigkeit war der Erforschung der Ursachen der Gestaltungen der Lebewesen gewidmet. Insofern kann er auch als Begründer der Entwicklungsmechanik bezeichnet werden, als er diese schlechthin als Ziel aller Forschung hinstellte und das Experiment nicht nur wie auch schon andere vor ihm gelegentlich benutzte. Bereits seine Dissertation über die Verzweigung der

Blutgefäße ist ganz in kausal-analytischem Sinn verfaßt. Am meisten Aufsehen erregte sein Buch *Der Kampf der Teile im Organismus /1881/*, das durch die Schaffung des Begriffs der funktionellen Anpassung Darwins Kampf ums Dasein ins Innere der Organismen verlegte. Zahlreich sind seine Arbeiten auf den einzelnen Gebieten der Entwicklungsmechanik. Besonders beschäftigte ihn die theoretische Grundlage seiner Wissenschaft, der er eine eigene neue Terminologie schuf. Das von ihm begründete Archiv für Entwicklungsmechanik liegt in zirka 60 Bänden vor.

Determinationsproblem

Eines der Grundprobleme der Entwicklungsgeschichte: die Frage nach der Determination der Keimanlagen, ist in den letzten Jahren durch die Arbeiten des Freiburger Zoologen *Hans Spemann* und seiner Mitarbeiter mit Hilfe der entwicklungsmechanischen Methodik seiner Lösung um ein beträchtliches Stück nähergebracht worden. Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts war die alte Evolutionstheorie in Gestalt der Weismannschen Determinantentheorie wiederauferstanden. Nach ihr sollten die Determinanten der verschiedenen Anlagen durch ungleiche Zellteilung qualitativ verschieden auf die Zellen verteilt, und deren Entwicklung entsprechend beeinflußt werden. Die Arbeiten Theodor Boveris haben die Möglichkeit des Vorkommens ungleicher Zellteilung widerlegt und der Theorie somit den Boden entzogen. In gleichem Sinn wirkten Experimente Oscar Hertwigs und Hans Driesch', die durch Deformation des Eis die Folge der Kernteilungen störten oder das Ausgangsmaterial der Entwicklung verminderten. Da in beiden Fällen normale Embryonen erzeugt wurden, können Kerne und Zellen der ersten Zellgeneration nicht so tiefgreifend verschieden sein, daß sie sich nicht in gewissen Grenzen vertreten könnten. Nimmt man zum Beispiel einem Tritonkeim zu Beginn der Gastrulation die ganze ventrale Hälfte weg, so entwickelt sich dennoch ein vollständiger Keim, an dem dann die Dorsalorgane, Neuralrohr und Chorda, in verminderter Größe ausgebildet sind. Zellen, die also normalerweise die Neuralanlage, die Medullarplatte, mitgebildet hätten, werden jetzt zu Teilen der Epidermis. Diese Zellen sind also zu Beginn der Gastrulation noch so indifferent, daß sie sich gegenseitig vertreten können. Wenn dies aber der Fall ist, so folgerte Spemann, muß man sie auch

vertauschen können. Er entnahm daher 2 sich entwickelnden Molchkeimen vor der Urmundbildung je ein kleines Stück aus der Gegend, wo sich später die Medullarplatte entwickelt, und aus der Gegend der zukünftigen Epidermis und tauschte sie mit einander aus. Beide entwickelten sich ortsgemäß weiter, das heißt Zellen, die eigentlich Medullarplatte bilden sollten, wurden zu Epidermiszellen, und umgekehrt, die Epidermiszellen geworden wären, zu Zellen der Neuralanlage. Wählt man hingegen zu diesem Experiment die etwas spätere Entwicklungsstufe nach Beendigung der Gastrulation, so erfolgt jetzt die Entwicklung herkunftsgemäß, das heißt, Epidermis wird zu Epidermis, Medullarplatte zu Medullarplatte. Wie Spemann weiter zeigen konnte, ist auch der Austausch zwischen Keimen verschiedener Arten, zum Beispiel zwischen Streifen- und Kammolch, möglich. Da sich die Zellen dieser Arten durch den Pigmentgehalt unterscheiden, war es nunmehr möglich die Weiterentwicklung der transplantierten Zellen bis weit in die Entwicklung hinein zu verfolgen, ja sogar ausgewachsene Tiere zu erzeugen, die auf der einen Seite Streifen-, auf der andern Kammolch waren.

Damit war nun nicht nur der Mythos von der Schimäre seines geheimnisvollen Glanzes beraubt, sondern auch sehr reale Probleme der Entwicklungsgeschichte der experimentellen Behandlung zugänglich gemacht worden. *Otto Mangold* konnte so das Dogma von der Unabhängigkeit der Keimblätter widerlegen. Er sah nämlich, wie sich durch Verlagerung ektodermaler Transplantate vom Kammolch an geeignete Stellen des Streifenmolchs aus diesem Darm, Muskulatur und Vorniere, also Organe ent- und mesodermaler Herkunft entwickelten. Offenbar geraten die transplantierten Keimteile am Ort ihrer Einpflanzung unter Einflüsse, die eine vollständige Abänderung der Entwicklung bewirken können. Woher gehen nun diese Einflüsse aus? Von der obern Urmundlippe des Keims. Es läßt sich nämlich zeigen, daß diese den übrigen Teilen in der Determination vorausgeeilt ist und nun selbst determinierende Wirkungen ausübt. Sie wird daher als Organisationszentrum bezeichnet. Transplantiert man Probestückchen aus dieser Gegend, so behaupten sie sich gegen die am fremden Ort herrschenden Einflüsse, und sie entwickeln sich selbständig weiter, so daß am Ort der Einpflanzung eine kleine, sekundäre Embryonalanlage entsteht. Spe-

mann und Hilde Mangold transplantierten nun Stückchen vom Organisationszentrum des Kammolchs in einen noch undeterminierten Bezirk von Streifenmolchektoderm. An dieser Stelle entwickelten sich dann sekundäre Embryonalanlagen mit fast vollständig ausgebildeten Organanlagen. Diese Anlagen waren nur zum kleinern Teil aus den eingepflanzten Zellen gebildet, zum größern Teil bestanden sie aus arzeigenen Zellen, die von dem artfremden "Organisator" unterjocht und zu einer Ergänzung herangezogen wurden. In jüngster Zeit gelang es *Bruno Geinitz* sogar in einem Tritonkeim durch einen von einer Unke transplantierten Organisator eine sekundäre Embryonalanlage, also am Tritonkeim einen zum überwiegenden Teil aus Tritonzellen bestehenden Unkenembryo, zu induzieren.

Wenn es nicht exakte Forschung wäre, so könnte es Meyrinkscher Spuk sein, wie, um Urprobleme der Entwicklung zu ergründen, die Natur zu merkwürdigster Schimärenbildung gezwungen wird.

Totenliste

Im Dezember 1923 starb im Alter von 70 Jahren *Robert Tigerstedt* in Helsingfors.

Er war ein Schüler Ludwigs in Leipzig und errang rasch durch zahlreiche Arbeiten aus dem Gesamtgebiet der Physiologie Berühmtheit. Sein Hauptwerk ist die Physiologie des Blutkreislaufs. Sein Lehrbuch der Physiologie erlebte 11 deutsche Auflagen.

Am 4. Januar 1924 starb in Groningen der Physiologe *J. B. Hamburger* in hohem Alter. Er hat der physikalisch-chemischen Betrachtungsweise in der Physiologie Bahn gebrochen.

Am 8. Februar verschied in seinem 70. Lebensjahr der bekannte Berliner Anthropologe *Felix von Luschan*, Ordinarius an der Universität Berlin, Direktor des Museums für Völkerkunde und Mitglied der Preussischen Akademie der Wissenschaften. Er war in Wien geboren, studierte dort und später in Paris Medizin. Die Probleme der Völkerkunde und Rassenforschung, die ihn schon früh beschäftigten, bildeten auch in den späteren Jahren sein Hauptarbeitsgebiet. Mehrere Forschungsreisen führten ihn in alle Weltteile, am häufigsten nach Vorderasien und Nordafrika. Die reichen Ergebnisse seiner Untersuchungen, die in einer Reihe wissenschaftlicher Veröffentlichungen niedergelegt sind, hat er zuletzt in volkstümlicher Form unter dem Titel *Völker, Rassen, Sprachen* Berlin, Weltverlag/ zusammengefaßt.

Am 5. April starb in Kiel der Physiologe *Victor Hensen*, 89 Jahre alt. Sein Interesse galt der Fauna und Flora des Meeres. Auf seine Anregung hin wurde 1889 die deutsche Tiefseeexpedition unter der Leitung Chuns ausgerüstet.

Der Tiefseeforscher und Biologe *Sir William Abbott Herdman*, Professor der Ozeanographie an der Universität Liverpool, ist im Juli in London, in seinem 66. Lebensjahr, plötzlich gestorben. Er war seinerzeit Teilnehmer an der berühmten Challengerexpedition.

Im August starb in Breslau der Zoologe *Franz Doflein*, der bereits vor mehreren Semestern wegen schwerer Krankheit von seinem Lehramt zurückgetreten war. Er ist auch außerhalb der Fachkreise durch sein Reisewerk Ostasienfahrt und seine Monographien über Makedonien sowie durch seine geschickte Behandlung allgemeiner biologischer Probleme in kleineren Schriften sehr bekannt geworden. Hohes Lob verdient sein gemeinsam mit Richard Hesse herausgegebenes Werk Tierbau und Tierleben /Leipzig, B. G. Teubner/. Er hat auch ein in mehreren Auflagen vorliegendes Lehrbuch der Protozoenkunde /Jena, Gustav Fischer/ verfaßt.

Der weithin bekannte Zoologe und Tierpsychologe *Theodor Zell* (mit seinem bürgerlichen Namen Leopold Bauke) ist am 24. August in Berlin an einer Lungenentzündung, im Alter von 62 Jahren, gestorben. Er war von Beruf Jurist, brachte aber von Jugend auf dem Studium der Tierwelt ein starkes und von scharfer Beobachtungsgabe unterstütztes Interesse entgegen. Mit der Einteilung der Tiere in Augen- und Nasentiere stieß er auf den Widerspruch der zünftigen Zoologie, fand aber dafür in Laienkreisen für seine fesselnden Darstellungen ein großes und dankbares Publikum. Er gehörte zu den Außenseitern, die auf die Forschung befruchtend und befeuernd einwirken. Sein hinterlassenes letztes Werk Tiere der Heimat erscheint im Verlag Ullstein in Berlin.

Neuausgaben Als ein wichtiges literarisches Ereignis ist die Ausgabe von *Goethes Metamorphose der Pflanze* zu betrachten, die der Verlag W. Junk in Berlin herausbringt. Im Turm der Weimarer Bibliothek nämlich fand Julius Schuster unter alten Kupfern 10 kolorierte Handzeichnungen zur Erläuterung der Metamorphose der Pflanzen, die teils nach Goethes eigenhändigen Skizzen teils nach Originalen aus Goethes Sammlung unter

seiner Leitung von dem Weimarer Maler Stark ausgeführt sind. Maria Pawlowna hatte diese Zeichnungen der Bibliothek geschenkt. Nun werden sie in naturgetreuer Reproduktion der Öffentlichkeit übergeben. Leider muß man sagen, daß eine so eminent kulturelle Angelegenheit wie diese zu einer nur bibliophilen gemacht wird, da der Verlag nur 500 Exemplare herstellen läßt. Wieder ein Beweis dafür, daß das schöne, allzu schöne Buch oft das gute erschlägt.

In einer Neuausgabe liegt ein Buch vor, das bei seinem ersten Erscheinen riesiges Aufsehen erregt hatte: Die Lebenswunder von *Ernst Haeckel* /Leipzig, Alfred Kröner/. Heute stehen wir ihm wesentlich kühler gegenüber, unser Interesse an ihm ist mehr historischer Art. Doch werden zweifellos noch viele Anregung aus diesen Studien über »biologische Philosophie« empfangen.

Kurze Chronik Dem Leydener Physiologen Wilhelm Einthoven wurde der *Nobelpreis* zuerkannt.

Auf seinen Forschungen beruht der die Aktionsströme des Herzens registrierende Elektrokardiograph, dem in der innern Medizin eine hohe diagnostische und theoretische Bedeutung zukommt. ◊ Die Privatdozentin für allgemeine Biologie an der Universität Berlin *Rhoda Erdmann* ist außerordentlicher Professor in der Medizinischen Fakultät dort geworden. Ihre ersten Arbeiten lagen auf dem Gebiet der Protozoenkunde. Hier entdeckte sie in der Endomixis bei parthenogenetisch fortpflanzenden Paramizien das physiologische Äquivalent für die Befruchtung. Kurz vor dem Krieg ging sie nach Amerika und arbeitete dort bei Woodruff und Harrison. Von diesem erlernte sie die Technik der Gewebezüchtung und veröffentlichte zahlreiche Arbeiten über dieses Gebiet. Nachdem sie nach Deutschland zurückgekehrt war, erhielt sie auf Veranlassung Johannes Orths eine eigene Abteilung am Institut für Krebsforschung. Hier lehrt sie die in Deutschland noch wenig bekannte Methode und veröffentlicht wertvolle Arbeiten über die Biologie der Krebszelle. ◊ Den Berliner Lehrstuhl für Physiologie erhielt, als Nachfolger Rubners, *Franz B. Hofmann*, der Bonner Sinnesphysiologe. ◊ Dessen Stelle wird in Bonn *Ulrich Ebbecke*, bisher in Göttingen, bekannt durch Arbeiten über Physiologie der Kapillaren, einnehmen. ◊ Der berühmte Freiburger Physiologe *Johannes von Kries* ist vom Lehramt zurückgetreten.

Rechtswissenschaft / Ernst Kantorowicz**Deutscher
Juristentag
1924**

Vom 11. bis zum 13. September fand in Heidelberg der 33. Deutsche Juristentag statt. Die Steuer- und Wirtschaftsrechtliche Abteilung empfahl das Festhalten an den Grundsätzen des deutschen Aktienrechts gegenüber den Bestrebungen zur Erleichterung der Kapitalbeschaffung durch Aktiengesellschaften eine Annäherung an das englisch-amerikanische Recht und die Einführung der Quotenaktie herbeizuführen; sie regte den Abschluß zwischenstaatlicher Verträge zur Vermeidung internationaler Doppelbesteuerung an und sprach sich bei Erörterung der Frage, ob die Besteuerung des Einkommens aus Gewerbebetrieb nach gleichmäßigen Grundsätzen ohne Rücksicht auf die Rechtsform des Gewerbebetriebes erwünscht sei, für eine Herabsetzung der Einkommens- und der Körperschaftsteuer »auf ein vernünftiges Maß« aus. Die Bürgerlichrechtliche Abteilung wollte sich mit den Richtlinien für die zukünftige Gestaltung des Wohnungsmietsrechts beschäftigen. Man hätte Beschlüsse über die Verteilung der Rechte und Pflichten zwischen Vermieter und Mieter erwarten dürfen. Über eine Beschlußfassung in dieser Richtung ist nichts bekannt geworden; man hat nur ausgesprochen, daß die völlige Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft zwar anzustreben, daß sie aber erst möglich ist, nachdem durch genügenden Neubau ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt herbeigeführt ist. Daß eine Umgestaltung des ehelichen Güterrechts notwendig ist, wurde anerkannt; wie sie erfolgen soll, blieb ungeklärt. Die Abteilung erörterte schließlich die Fragen der Unmittelbarkeit, der Mündlichkeit und der Eventualmaxime im Zivilprozeßverfahren; sie forderte »eine nicht zu übertreibende, aber in allem Wesentlichen festzuhaltende Mündlichkeit und eine möglichst uneingeschränkte Unmittelbarkeit«. Diese Grundsätze unseres Zivilprozesses würden eine interessante Beleuchtung durch eine Aufstellung erfahren, in welchem Bruchteil der bei Kollegialgerichten schwebenden Prozesse eine Beweisaufnahme tatsächlich vor dem Kollegialgericht als solchem erfolgt, und in welchem Bruchteil der Fälle sich das Kollegialgericht mit dem Bericht eines seiner Mitglieder oder eines andern darum ersuchten Richters über die Beweisaufnahme begnügt; aus Gründen der

Zeitersparnis, der Kostenersparnis, der Bequemlichkeit, Zulässigkeit und Form von Verfassungsänderungen ohne Änderung der Verfassungsurkunde erörterte die Öffentlichrechtliche Abteilung. Sie empfahl die Möglichkeit zu schaffen bereits vor Verkündung eines Gesetzes eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs über seine Vereinbarkeit mit der Verfassung herbeizuführen. Ferner legte sie der Reichsgesetzgebung einige »Saubereitsregeln« ans Herz: Bei dem Erlaß verfassungsändernder Gesetze soll auch die Verfassungsurkunde selbst geändert werden, oder es soll wenigstens in solchen Gesetzen zum Ausdruck kommen, daß die besonderen Voraussetzungen für ihr Zustandekommen erfüllt sind. Die Abteilung nahm auch Referate darüber entgegen, wie das in der Reichsverfassung vorgesehene Reichsgesetz über den Ausnahmezustand zu gestalten sei. Referate zu der Frage, wie unter Berücksichtigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der vorgenommenen notdürftigen Neuordnung (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 333 ff.) die Beteiligung der Laien an der Strafrechtspflege zweckmäßig zu gestalten ist, wurden, aus Zeitmangel, ohne Aussprache und Beschlußfassung hingenommen.

Ein Deutscher Juristentag sollte Kontrollorgan der deutschen Rechtspflege und öffentliches Gewissen der deutschen Juristen sein. Die Durchführung politischer Prozesse, allen voran des Fechenbach- und des Hitlerprozesses, die Not des Reichsrechts in Bayern rufen laut das Gewissen aller Juristen. Doch diese glanzvolle Versammlung der deutschen Juristen hört davon nichts. Die in Heidelberg beschlossene neue Satzung sagt: »Der Deutsche Juristentag ist eine Vereinigung zur Förderung des lebendigen Meinungsaustausches und des persönlichen Verkehrs unter den deutschen Juristen. Er will unter Ausschluß jeder Parteipolitik und jeder einseitigen Interessenvertretung für eine gerechte und zweckentsprechende Fortbildung des Rechtes auf dessen gesamtem Gebiete wirken.« Das vor fast 3 Jahren in dieser Rundschau (1922 I Seite 136 f.) über Tempo und Tonstärke auf dem Deutschen Juristentag Gesagte gilt auch heute: *Adagio sostenuto* bis zum *Allergretto moderato*, *Pianissimo* bis zum *Mezzoforte*. Auch diesmal gab es allerdings eine *Fortissimokundgebung*: als der Berliner Professor Wilhelm Kahl in seinem Schlußwort, anknüpfend an die Anregung das nächstmal in einer Stadt

des jetzt noch besetzten Gebiets zu tagen, sagte: »Es wäre ein wundervoller Gedanke einst unter dem Klange der Glocken des Kölner Domes zu tagen und den Sieg des Rechts zu feiern.« Das war eine Kundgebung des Nationalgefühls. Und es wäre in der Tat sehr schön, wenn Köln von der englischen Besatzung wieder befreit wäre. Das wird am sichersten geschehen, wenn Deutschland seiner Pflicht zur Wiedergutmachung der Kriegsverwüstung genügt und sich politisch mit Frankreich verständigt. Inzwischen aber gibt es auch im nichtbesetzten Gebiet mancherlei für das Recht und die nationale Ehre zu tun. Und es wäre ein wundervoller Gedanke morgen im Münchener Bürgerbräukeller zu tagen und den Sieg des Rechts zu feiern.

Internationale Institute Die *Internationale Rechtsakademie des Völkerbundes* ist unter dem Vorsitz des

Professors der Juristischen Fakultät der Pariser Universität Weiß gebildet worden. Sie befindet sich in der frühern Österreichischen Botschaft in Paris.

Ende August tagte das *Institut für internationales Recht* in Wien. Die Rechtsstellung der Agenten des Völkerbundes, die Vollstreckung ausländischer Urteile und die Verjährung im internationalen Privatrecht bildeten die Hauptgegenstände der Beratungen neben der Erörterung des zukünftigen Arbeitsprogramms des Instituts. In manchen Kreisen des Instituts besteht der Wunsch die besonderen Probleme des Völkerbunds weniger als es in den letzten Jahren der Fall war hervortreten zu lassen und stärker die allgemeineren Fragen des Völkerrechts zu bearbeiten.

Eine *Académie internationale de droit comparé* ist am 13. September im Internationalen Arbeitsamt in Genf begründet worden. Sie will die vergleichende Rechtswissenschaft auf historischer Grundlage fördern und die Gesetzgebungen der verschiedenen Staaten einander annähern. Die Mitgliedschaft ist auf 30 hervorragend bewährte Vertreter der in Frage kommenden Disziplinen beschränkt. Die Akademie hat 4 Gruppen gebildet: Groupe latin, anglo-américain, des droits de l'Europe centrale et septentrionale, des droits orientaux et coloniaux. Eine sofort eingesetzte Commission des lois commerciales soll Vorarbeiten für ein einheitliches umfassendes Handelsgesetzbuch leisten; außerdem wurde eine Commission relative à l'élaboration des règles de droit international privé eingesetzt.

In Stockholm fand Mitte September eine Tagung der *International Law Association* statt. Man erörterte Vorschläge für einen internationalen Kriegsgerichtshof für einen internationalen Gerichtshof für Privatstreitigkeiten und für eine internationale Regelung des Gefahrübergangs beim Kauf.

Das Institut für internationales Privatrecht des verstorbenen Professors Ernst Zitelmann wurde mit dem Seminar für wissenschaftliche Politik zu einem *Institut für internationales Recht und Politik* an der Universität Bonn vereinigt, das unter der Leitung Erich Kaufmanns und Carl Schmitts stehen wird.

Beim Reichsverband der deutschen Industrie besteht ein *Institut für ausländisches Recht*, dessen Leitung neuerdings die Berliner Professoren Joseph Partsch, Heinrich Titze und Martin Wolff haben. In der Mitgliederversammlung, die Anfang Juli stattfand, wurde die völlige Unabhängigkeit und wissenschaftliche Freiheit des Instituts in seiner gesamten Tätigkeit betont; seine Hauptaufgabe ist neben der Herausgabe einer Zeitschrift Auslandsrecht die Erteilung von Auskünften in allen auslandsrechtlichen und das Recht des Friedensvertrags berührenden Fragen.

Die *Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht* beschäftigte sich im Juni auf ihrer 5. Tagung in Würzburg mit dem Völkerrecht der Staatsangehörigkeit und mit der Staatsangehörigkeit auf dem Gebiet des gewerblichen und geistigen Urheberrechts.

Die Deutsche Landesgruppe der *Internationalen Kriminalistischen Vereinigung* tagte Mitte Juni in Hamburg. Das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit, die Rechtsgrundsätze über den Vollzug der Freiheitsstrafen, die Strafprozeßreform auf Grund des Ermächtigungsgesetzes waren die Beratungsgegenstände. Die Versammlung forderte ein Reichsstrafvollzugsgesetz und erklärte es »für wünschenswert, daß die Gesamtreform des Strafrechts tunlichst gefördert und ein revidierter Entwurf nicht nur amtlich behandelt sondern auch der öffentlichen Kritik zugänglich gemacht werde«.

Totenliste Ende Januar starb in Berlin der frühere preußische Justizminister *Karl Heinrich von Schönstedt*, in seinem 92. Lebensjahr. Er stand von 1894 bis 1905 an der Spitze des preußischen Justizministeriums. Seine Personalpolitik führte durch einseitige Auswahl der Richter zu großer Ungerechtigkeit.

Ende April starb im Sanatorium Wehrwald im Schwarzwald der Ordinarius des römischen Rechts an der Berliner Universität *Emil Seckel*, in seinem 61. Lebensjahr. Er machte nach Vollendung des juristischen Studiums zunächst große Forschungsreisen und habilitierte sich dann im Jahr 1895 in Berlin. Bald wurde er hier außerordentlicher und dann ordentlicher Professor für römisches Recht. Im Februar 1912 wurde er Mitglied der Akademie. Seine Arbeitsgebiete waren das römische und das kanonische Recht im Mittelalter. Aus von ihm aufgefundenen Quellen konnte er die Geschichte des römischen Rechts auf neue Grundlagen stellen, auch für das mittelalterliche kanonische Recht gelang es ihm neue Funde zu machen, besonders für das 12. Jahrhundert. 1911 veröffentlichte er daraufhin die *Distinctio glossatorum*. 1895 hatte er den Auftrag erhalten eine Neuausgabe der unter dem Namen *Benedictus Levita* überlieferten Rechtssammlungen aus der Karolingerzeit herauszubringen. Dadurch kam er zu Untersuchungen über diese klerikale Fälschung. Dieses Werk blieb aber unvollendet. Seine etwa 7000 Bände umfassende wertvolle Bibliothek ist, da sie deutsche Institute nicht erwerben konnten, an die Tohokuuniversität zu Sendai in Japan verkauft worden.

Am 26. Juni starb in Zürich der jüdische Prediger und Publizist *Marcus Wolf Rappaport*, 50 Jahre alt. Er stammte aus einer Lemberger Rabbinerfamilie und wandte sich früh talmudisch juristischen Studien und Arbeiten zu. Er promovierte mit einer Arbeit über die Physiokratentheorie und ihren Einfluß auf den Staatsrat Dohm, den Vorkämpfer der Judenemanzipation. Josef Kohler hatte ihn angeregt ein Werk über das Recht im Talmud zu schreiben, ein Seitenstück zu Ebsteins Werk über die Medizin in Bibel und Talmud. Rappaport brachte es leider nur zu Bruchstücken dieser Arbeit.

Im August starb *Otto Mayer*, einer der bedeutendsten deutschen Rechtsgelehrten, 78 Jahre alt, in Hilvertsau im badischen Schwarzwald. Er war ehemals Ordinarius des öffentlichen Rechts an der Straßburger, später an der Leipziger Universität. Er hat eine ganz neue Disziplin geschaffen oder doch systematisch durchgebildet: das Verwaltungsrecht. In Straßburg hatte er das französische Verwaltungsrecht studiert. Die Frucht dieses Studiums war seine Theorie des französischen Verwaltungsrechts /1886/. Bahnbrechend war sein Deutsches Verwal-

tungsrecht /1895/, in dem er dessen Prinzipien zum erstenmal auf völlig originaler Basis festlegte, und auf das dann alles spätere deutsche Verwaltungsrecht immer wieder zurückkam, mochte das Werk auch von mancher Seite Widerspruch erfahren. Vor allem haben die späteren Theoretiker Fleiner, Kormann und Jellinek sich Mayers Methode zu eigen gemacht und auf ihr weiter fortgebaut. Mayer entfaltete auch sonst eine sehr fruchtbare schriftstellerische Tätigkeit. Er schuf ein Sächsisches Staatsrecht, schrieb eine Geschichte der Straßburger Universität und gab, zusammen mit Paul Laband, das Archiv für öffentliches Recht heraus.

Am 8. September starb in Genf, 59 Jahre alt, der Professor des römischen Rechts und Präsident des Deutsch-Belgischen Schiedsgerichts *Paul Moriaud*, ein ausgezeichneter Kenner der deutschen Rechtswissenschaft. Die Universität Straßburg hatte ihn zum Doctor honoris causa ernannt. Er war auch Verteidiger in dem Prozeß gegen Krupp, zusammen mit dem Rechtsanwalt Grimm.

In Wien starb Ende September der bedeutende Rechtsgelehrte *Julius Oiner*, in seinem 79. Lebensjahr. Nach der Revolution wurde er, der jetzt Mitglied des ersten republikanischen Parlaments geworden war, beauftragt wichtige Verfassungsgesetze zu entwerfen. Schon früher war er für Umgestaltungen des Vereins-, Eherechts usw. lebhaft eingetreten.

Kurze Chronik Die Berliner Juristische Fakultät stellte für 1924-1925 die folgenden *Preisaufgaben*: 1. »Die Ausführungsverordnung im heutigen Staatsrecht.« 2. »Der Gegensatz zwischen ausdrücklicher und konkludenter Willenserklärung und seine praktische Bedeutung im Bürgerlichen und Handelsrecht unter Berücksichtigung der Handelsgebräuche.« Außerdem wiederholte sie die beiden vorjährigen Thematika: 1. »Die Friedensrepressalie in Theorie und Praxis.« 2. »Die Entwicklung des Annahmeverzugs bei den Schuldverträgen des klassischen römischen und des justinianischen Rechts ist zu untersuchen, indem die Quellen des Provinzialrechts zu beachten sind.« ◊ Eine neugegründete Arbeitsgemeinschaft für Reform des Strafvollzugs erörterte in kleinem Kreis Anfang September die Auswirkung der Reichsgrundsätze über den *Vollzug der Freiheitsstrafen* in den Dienstordnungen der einzelnen deutschen Länder und beschäftigte sich mit der Frage der Ausbildung der Strafanstalts-

beamten. Sie begrüßte die Ausgestaltung des Progressivsystems (Strafvollzugs in Stufen) durch eine Reihe neuer Vollzugsordnungen und hoffte zuversichtlich, daß sich die übrigen Länder ihrem Vorgang anschließen werden. Sie hält den Gedanken der Selbstverwaltung der Gefangenen für einen wesentlichen Bestandteil dieses Systems. Sie konstatiert erfreulich starke Ansätze zur Durchbildung des Rechtsverhältnisses zwischen Staat und Gefangenen und wünscht, daß die Durchbildung auf die Verhängung von Disziplinarstrafen durch ein Kollegium und in einem geordneten Instanzenzug sowie auf die Anerkennung eines Anspruchs auf bessere Vergütung der Gefangenenarbeit erstreckt werde. \diamond Die Jurisdiktion über die *Heiligen Stätten Palästinas* ist dem High Commissioner übertragen, die Verwaltung der Stätten also den lokalen Behörden entzogen worden. Der Oberkommissar soll nach Anhörung einer einzusetzenden Kommission und gemäß den Weisungen eines Staatssekretärs des Königs von England entscheiden. \diamond Die Regierung des Freistaats Bayern hat den ehemaligen Generalstaatskommissar *Wilhelm von Kahr* zum Präsidenten des Bayrischen Verwaltungsgerichtshofs befördert. Zum Überfluß bestätigten die Gründe des Urteils, durch das die Münchener Disziplinarkammer die Dienstentlassung des Oberlandesgerichtsrats Poehner wegen Beteiligung am Hitlerputsch ausgesprochen hat, daß der neue Präsident des Bayrischen Verwaltungsgerichtshofs den Treueid auf die freistaatlichen Verfassungen für unverbindlich hält. Auch so kann man Präsident werden. \diamond Der Bonner Privatdozent *Günther Holstein* ging als ordentlicher Professor des öffentlichen Rechts nach Greifswald. \diamond Der Berliner Privatdozent *Hans Dölle* wurde Ordinarius für bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht in Bonn. Wie man aus einer illustrierten Zeitschrift erfährt, war der neue Professor, der jetzt im 30. Lebensjahr steht, vor dem Krieg als Sportsmann und besonders als einer der bedeutendsten deutschen Tennisspieler bekannt. Als Jurist hat er sich durch Abhandlungen über Fragen des (insbesondere des Friedensvertrags-) Privatrechts einen internationalen Namen gemacht. \diamond An der Berliner Universität *habilitierte* sich für Strafrecht Hermann Mannsheim, an der Dresdener Technischen Hochschule der Rechtsanwalt James Breit, bekannt als Mitherausgeber von Staub's Kommentar zum Handelsgesetzbuch, für Wirtschafts- und Steuerrecht.

Hygiene / Georg Wolff

Schulhygiene Allmählich erkennt man, daß mit der gesundheitlichen Erziehung des gesamten Volkes in der Schule begonnen werden muß. Die hierfür aufgewendeten Mittel machen sich reichlich bezahlt, da dadurch Krankheiten verhütet oder angeborene oder erworbene Körperfehler rechtzeitig behoben werden. In diesem Sinn nahm die Deutsche Hygienische Gesellschaft auf der jüngsten Tagung der deutschen Naturforscher und Ärzte in Innsbruck eine Resolution an, die die Gesundheitspflege in der Schule stärker zu kultivieren und auch die betreffenden Lehrer hygienisch vorzubilden empfiehlt. Das ist nicht so gemeint, daß die Kinder etwa bestimmte anatomische, physiologische und hygienische Tatsachen mechanisch auswendig lernen. Nur das lebendige Beispiel kann hier nützen. Die beste Schulgesundheitspflege wird der Schularzt selbst treiben, nicht durch theoretischen Unterricht sondern durch die praktische Beratung der Eltern in der schulärztlichen Sprechstunde und die periodische Untersuchung der gesamten Schülerschaft. Dabei sind die besonders gefährdeten und deshalb ärztlich zu überwachenden Kinder stets im Auge zu behalten. Allerdings sind dazu schulärztlich gebildete Kräfte in hinreichender Zahl erforderlich. Bestimmte Städte wie Frankfurt am Main, Wiesbaden, Karlsruhe, Heidelberg, auch Charlottenburg und Schöneberg, die jetzt zu Groß Berlin gehören, hatten längst solche Reihenuntersuchungen, auch bei den Kindern der Höheren Schulen, angeordnet; unter dem letzten Berliner Stadtmedizinalrat Johannes Rabnow (dessen Stelle noch immer nicht neu besetzt wurde) ist Berlin darin endlich nachgekommen. Berlin hat in diesem Punkt viel nachzuholen. Nun ist wenigstens ein Anfang gemacht worden. Zu den nebenamtlichen Schulärzten tritt in jedem Verwaltungsbezirk ein hauptamtlicher, der sich ausschließlich den Aufgaben der Schulhygiene zu widmen hat. Auch der Bearbeiter dieser Rundschau hat eine derartige Stelle inne. Noch ist freilich die Anzahl der Schulkinder, die der einzelne Arzt zu versorgen hat, viel zu groß, es ist dabei nicht möglich die Einzeluntersuchung so genau und zweckmäßig durchzuführen, wie es unbedingt erforderlich ist, wenn sie als Grundlage einer anthropometrisch-statistisch orientierten Gesundheitslehre dienen soll, die die Zukunft auszubauen hat.

Sollen die Grundtatsachen der Gesundheitspflege, etwa die Reinhaltung des Körpers, die Pflege der Zähne, die Vermeidung des Anhaltens, die Kenntnis der übertragbaren Krankheiten und ihrer Ursachen, schon dem Kind geläufig werden, so müssen die berufenen Jugend-erzieher, die Lehrer, Hinweise darauf zu geben vermögen. Sie müssen deshalb selbst eine hygienische Ausbildung erhalten, die sie von jenem Halbwissen fernhält, das etwa in den Impfgegner- und ähnlichen Vereinen feilgeboten wird. Dabei braucht die Hygiene nicht als besonderes Schulfach eingeführt zu werden. Gelegentliche Hinweise in anderen Unterrichtsstunden werden genügen. Beim Turnen, Wandern, Schwimmen und ähnlichen Gesundheitsübungen ergeben sie sich von selbst. Die reiferen Schüler und Schülerinnen der Höheren, der Fortbildungs- und Fachschulen mögen außerdem eine wissenschaftlich vertiefte Unterweisung in den wichtigsten Gebieten der Hygiene, Ernährungslehre, Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten und Volksseuchen, erster Hilfe bei plötzlichen Unglücksfällen und dergleichen erhalten. Die Hauptsache muß stets das lebendige Beispiel bleiben, wie es etwa eine ärztliche Durchuntersuchung mit Anweisungen für alle Beteiligten darstellt.

Eine Reihe von Schriften aus dem Gebiet der Schulgesundheitspflege, die insbesondere dem Lehrer eine Anweisung geben sollen, ist in jüngster Zeit erschienen. Des als Schularzt verdienten Bonner Professors Ferdinand August Schmidt kurze und gedrängte Gesundheitslehre kam bereits in 4. Auflage heraus /Leipzig, B. G. Teubner/. Sie ist als Hilfsmittel für den Hygieneunterricht in der Frauenschule gedacht, kann aber auch sonst mit Nutzen gelesen werden. Sie ist klar geschrieben und übersichtlich geordnet; auf die häusliche Gesundheitspflege und die Fürsorge für das heranwachsende Kind ist besondere Rücksicht genommen. Etwas vielseitiger, schon dadurch, daß verschiedene Leute daran mitgearbeitet haben, und auch ausführlicher ist die Gesundheitslehre in der Schule, die der Berliner Augenarzt und Direktor des Kaiserin Friedrich-Hauses für das ärztliche Fortbildungswesen Curt Adam und der auf dem Gebiet der Schulhygiene sehr rührige Berliner Volksschuldirektor Friedrich Lorentz im Auftrag des Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung herausgegeben haben /Leipzig, F. C. W. Vogel/. Eine Reihe von Ärzten und Pädagogen arbeitet hier zusammen, um allen Schullehrern eine

wissenschaftliche, aber doch leicht verständliche Handhabe zu bieten. Ausführlich sind die anatomisch-physiologischen Grundlagen und darauf das Kapitel über die Leibesübungen, von dem bekannten Sportsarzt und Lehrer an der preußischen Hochschule für Leibesübungen Johannes Müller dargestellt, der eine noch ausführlichere Monographie Die Leibesübungen, ihre biologisch-anatomischen Grundlagen geschrieben hat /Leipzig, B. G. Teubner/, wohl die vollständigste Bearbeitung des Stoffes, die wir besitzen; sie gibt ein ungeheures Tatsachenmaterial aus dem großen Gebiet der medizinischen Hilfswissenschaften, wie es zum Verständnis der physiologisch-hygienischen Bedeutung der Leibesübungen erforderlich ist. Für Turn- und Sportlehrer ist das Werk unentbehrlich. Der Verlag hat ihm seiner Tradition entsprechend eine würdige, durch Abbildungen und schematische Skizzen belebte Ausstattung gegeben. In ein anderes wichtiges Gebiet der Schulgesundheitsfürsorge führt die Schrift Die Tuberkulose und ihre Bekämpfung durch die Schule /Berlin, Julius Springer/, die der Fürsorgearzt Hermann Braeuning und der oben genannte Rektor Friedrich Lorentz auf Veranlassung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose verfaßt haben. Als Aufklärungsschrift kann das warm geschriebene Büchlein durchaus empfohlen werden. Zweifelhaft ist freilich die Ansicht der Herausgeber, daß man in der Schule einen speziellen Tuberkulosenunterricht einführen und Aufsatzthemen über Entstehung, Verbreitung und Bekämpfung der Krankheit geben sollte.

Bemerkt sei noch, daß die Tuberkulose als bereits manifeste Krankheit im Schulalter eine sehr geringe Rolle spielt, geringer als in der Zeit vor- und nachher. Erst mit beginnender Pubertät und dem Eintritt in das Erwerbsleben bekommt sie als Lungenschwindsucht jene unheilvolle Bedeutung, die ihre Bekämpfung zu den wichtigsten Aufgaben der Volksgesundheitspflege macht. Deshalb sollten allerdings die älteren Schuljahrgänge besonders über sie belehrt werden.

Abnormale Kinder

Eine wichtige Aufgabe der ärztlichen, insbesondere der schulärztlichen Fürsorge bildet die Überwachung jener Kinder, die durch einen geistigen oder körperlichen Defekt (oder was man als solchen bezeichnet) hinter anderen zurückstehen (oder hinter andere zurückgestellt werden). Hierhin gehören die Schschwachen

und Blinden, die Schwerhörigen und Tauben, die Psychopathen und Schwachsinnigen und die infolge einer Deformität der Muskeln, der Gelenke oder Knochen Verkrüppelten; auch diese unterliegen jetzt, allerdings nicht durch Reichs- sondern nur durch Landesgesetz (in Preußen durch das Krüppelfürsorgegesetz vom 6. Mai 1920) der Meldepflicht und damit der öffentlichen Fürsorge. Diese schwer geschädigten Geschöpfe sind in hohem Grad ärztlicher Heilbehandlung und pädagogischer Heilerziehung zugänglich. Der Arzt muß hier im besten Sinn der Berater des Pädagogen sein; ihrer beider Aufgabe ist es aus diesen Kindern möglichst vollwertige und im spätern Lebenskampf möglichst gut ausgerüstete Mitglieder der menschlichen Gesellschaft zu machen. Natürlich ist es nicht möglich alle diese schwer Benachteiligten, etwa die hochgradig Schwachsinnigen oder die Blinden, gesellschafts- oder vollwerbsfähig zu machen; es ist Pflicht der Gemeinschaft für diese zu sorgen. Am besten werden sie in Anstalten untergebracht, in denen sie noch immer nutzbare Arbeit leisten können. Erst dadurch wird verhütet, daß sie der Vagabondage, der Trunksucht und dem Bettel überantwortet werden, die Strafanstalten immer wieder füllen und so die eigentlich asozialen Elemente vermehren. Die Blindenanstalten haben gezeigt, in welchem Maß die Blinden noch zu nützlicher Arbeit vorgebildet werden können. Zu welcher außergewöhnlichen Leistungen es in einzelnen Fällen bei ausgeprägter Willensstärke kommen kann, zeigt das Beispiel der tauben und blinden Helen Keller. Es beweist aber auch, daß der Verlust eines Sinnesorgans oder auch zweier die Verstandesentwicklung nicht zu beeinflussen braucht. Daher sind die Kinder mit angeborenem Schwachsinn auch viel weniger entwicklungsfähig als die Tauben oder die Blinden. Das Manko an intellektuellen und moralischen Fähigkeiten auf Grund eines angeborenen Gehirndefekts läßt sich kaum je vollkommen ausgleichen. Was die sogenannten Schwachsinnigen betrifft, so unterscheidet man mit Theodor Ziehen zwischen Debilität (leichtem Schwachsinn), Imbezillität (mittelschwerem Schwachsinn) und Idiotie als der schwersten Form des angeborenen Schwachsinn. Der Ausbildung solcher Kinder im Schulalter dient die Hilfsschülerziehung, die gegenüber der Normalschülerziehung auf die verzögerte Verstandesbildung größte Rücksicht nehmen soll.

Das Ziel der Hilfsschulpädagogik charakterisiert Arno Fuchs in seinem Buch *Schwachsinnige Kinder* /Gütersloh, C. Bertelsmann/ folgendermaßen: »Den schwachsinnigen Kindern soll nach dem Grad ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten eine möglichst allseitige (sittlich-religiöse, intellektuelle und technische) Ausbildung gegeben werden, damit sie sich als nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft selbständig oder unter leichter Führung betätigen können.« (Über die prinzipielle Seite der Einrichtung solcher Sonderschulen soll in dieser Rundschau nichts ausgesagt werden. Das Problem, um das es sich hier handelt, hängt mit dem der sogenannten Begabtenauslese zusammen, ohne mit ihm identisch zu sein; weshalb man die Hilfsschulen auch nicht ohne weiteres ebenso aus sittlichen Gründen ablehnen kann wie man die "Begabtenklassen" ablehnen muß.) Betrachtet Arno Fuchs das Problem des angeborenen Schwachsinn in erster Linie vom Standpunkt der Hilfsschulpädagogik, so geht das Werk des im Krieg gefallenen Nervenarztes Ludwig Scholz *Anormale Kinder*, dessen neue Auflage jetzt von Adalbert Gregor besorgt worden ist /Berlin, S. Karger/, mehr auf die psychopathologischen Grundlagen und die differentialdiagnostischen Schwierigkeiten ein, die sich besonders dann ergeben, wenn man die Psychopathen von den eigentlich Schwachsinnigen unterscheidet. Denn die sehr verschiedenartigen Psychopathen, deren Sonderheiten eingehend beschrieben werden, sind intellektuell meist durchaus normal, nicht selten auch übernormal entwickelt; sie sind "anormal", aber durchaus nicht unternormal, unterscheiden sich also von den Schwachsinnigen sehr erheblich und bedürfen einer ganz andersartigen Fürsorge. Die kleine Schrift Theodor Ziehens *Das Seelenleben der Jugendlichen*, die in Friedrich Manns *Pädagogischem Magazin* /Langensalza, Hermann Beyer & Söhne/ erschienen ist, versucht die Ergebnisse biologisch-psychologischer Erfahrungen für die mit der Pubertät einhergehenden seelischen Veränderungen in einfacher Form einem größern Kreis verständlich zu machen. In ein spezielles Gebiet angeborener oder erworbener Defekte, die wiederum für das Schulalter von einschneidender Bedeutung sind, in das Gesamtgebiet der Sprachstörungen vom nervösen Stottern bis zur angeborenen Taubstummheit führt die klassische Sprachheilkunde Hermann Gutzmann ein, der die Be-

schäftigung mit diesen Störungen auf Grund eigener Arbeiten erst zu einem selbständigen Grenzgebiet zwischen Nervenheilkunde und Heilpädagogik umgeschaffen hat /Berlin, Fischers Medizinische Buchhandlung/. Die 3. Auflage ist von seinem langjährigen Mitarbeiter und Schüler Harold Zumsteeg besorgt, der sich dabei wiederum der Mitarbeit Max Nadolecznys /München/ und Hugo Sterns /Wien/ für besondere Fachgebiete versichert hat. Sie ist damit die vollständigste Monographie dieses für den Arzt und den Lehrer an Taubstummen-, Stottererschulen und ähnlichen Anstalten gleich wichtigen Arbeitsfelds.

Krüppelfürsorge Im Zusammenhang mit den Anomalien des Kindesalters sei noch der eigentlichen Krüppel gedacht, deren Versorgung jetzt ebenfalls gesetzlich geregelt ist. Eine Verkrüppelung im Sinn des preußischen Krüppelfürsorgegesetzes vom 6. Mai 1920 liegt vor, »wenn eine Person (Krüppel) infolge eines angeborenen oder erworbenen Knochen-, Gelenk-, Muskel- oder Nervenleidens oder Fehlens eines wichtigen Gliedes oder von Teilen eines solchen . . . derart behindert ist, daß ihre Erwerbsfähigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkte voraussichtlich wesentlich beeinträchtigt ist«. Man versteht darunter also im wesentlichen die körperlichen Entwicklungsstörungen, die angeborenen (Klumpfuß, Fehlen von Gliedern usw.) oder durch Erkrankung (Tuberkulose, Rachitis, Kinderlähmung usw.) erworbenen. Man rechnet im Deutschen Reich mit mehr als 100 000 jugendlichen Krüppeln unter 18 Jahren, von denen mehr als 50 000 heimbefähigt sind. Es liegt demnach ein großes soziales Problem, aber auch ein nationalwirtschaftliches Interesse der Krüppelfürsorge zugrunde; sie hat das Ziel aus diesen benachteiligten Menschen wiederum selbständige, unabhängige und vollverwerbsfähige zu machen, so daß sie weder der privaten Mildtätigkeit noch der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen. Die großen Fortschritte der Orthopädie, die aus der Versorgung der zahlreichen Kriegsinvaliden noch hinzugelernt hat, haben veranlaßt, daß bei der Krüppelfürsorge dem Arzt die Führung überlassen wird; freilich kann auch hier nur unter sachverständiger Mitarbeit des Erziehers und praktischen Berufsmannes das Ziel voll erreicht werden. In diesem Sinn äußert sich auch der um die Krüppelfürsorge höchstverdiente Orthopäde Konrad Bie-

salski, der das von ihm geleitete Krüppelheim zu einer Musteranstalt für die ärztlich-orthopädische Versorgung, Schul- und Berufsausbildung der Krüppel ausgestaltet hat, in seinem Leitfaden der Krüppelfürsorge /Leipzig, Leopold Voß/. Das übersichtliche und mit zahlreichen instruktiven Abbildungen versehene Büchlein kann als erste Einführung in dieses wichtige Gebiet der Sozialhygiene sehr empfohlen werden.

Totelliste In Paris starb im Juli der bekannte Chirurg *Adolphe Jalaquier*, 71 Jahre alt. Er soll die meisten Blinddarmoperationen der Welt ausgeführt haben.

In Heidelberg starb im August der vormalige Direktor der Heidelberger Chirurgischen Universitätsklinik *Albert Naraath*, 60 Jahre alt. Er wurde nach seiner Assistentenzeit bei Zuckerkanal, Billroth und Gussenbauer 1896 in Utrecht Ordinarius für Chirurgie. 1906 ging er nach Heidelberg, 1910 trat er in den Ruhestand. Seine besondere Arbeit gehörte die Bauchchirurgie.

Ende September ist in Lyon *Henri Lacassagne*, einer der hervorragendsten Gerichtsärzte und Kriminalisten Frankreichs, an den Folgen eines Automobilunfalls im Alter von 81 Jahren gestorben. Lacassagne rief das Museum für Gerichtsmedizin in Lyon ins Leben und war der Gründer des Archive d'Anthropologie criminelle. Seine 12 000 Bände umfassende Bibliothek hatte er der Stadt Lyon vermacht. Durch seine Polemik gegen Lombroso über die Lehre vom geborenen Verbrecher ist er noch besonders bekannt geworden.

Anfang Oktober starb in Berlin der langjährige Chirurg des Hedwigskrankenhaus *Joseph Rotter*, 68 Jahre alt. Er war ein Schüler Ernst von Bergmanns und selber ein Meister der Chirurgie. Seine besondere Erfahrung lag auf dem Gebiet der Bauchchirurgie. Allgemein gerühmt war seine Technik der Blinddarmoperation. Ebenso war er Spezialist für Operationen an der Galle. Als Mensch wurde er von allen, die mit ihm zusammenkamen, aufs herzlichste verehrt.

Kurze Chronik Von der Medizinischen Fakultät der Universität Berlin sind für das Jahr 1924-1925 die folgenden *Preisaufgaben* gestellt: 1. »Welche diagnostische Bedeutung hat das Blutbild für die otogenen Krankheiten?« 2. »Unter welchen Bedingungen kommt es bei einem tuberkulös infizierten Kinde zu einer Miliar-

tuberkulose?» \diamond Die *spinale Kinderlähmung*, deren Ätiologie noch nicht genügend geklärt ist, erregt zurzeit die Aufmerksamkeit aller hygienischen Behörden. Die Krankheitsfälle, die sich in letzter Zeit gehemrt haben, stammen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz; aber auch in den Vereinigten Staaten haben die Fälle während der letzten 3 Jahre bedeutend zugenommen. \diamond Der Gießener Professor *Wilhelm Stepp* ist zum Ordinarius der Medizinischen Fakultät und zum Leiter der Medizinischen Klinik in Jena ernannt worden. \diamond Der Greifswalder Professor *Paul Schröder* ist Ordinarius der Psychiatrie und Neurologie in der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig und Direktor der Psychiatrischen Nervenlinik, als Nachfolger Bumkes, geworden.

Literatur

Die Grundzüge der Hygiene von *Wilhelm Prausnitz*, neu bearbeitet von Carl und Wilhelm Prausnitz, erscheinen nunmehr schon in 12. Auflage (München, J. F. Lehmann/). Das Werk unterscheidet sich von den zahlreichen anderen Lehrbüchern der Hygiene im wesentlichen dadurch, daß es auch die österreichischen Verhältnisse in der Gesetzgebung, der Seuchenbekämpfung und Sozialversicherung berücksichtigt, ferner neben den ärztlichen auch die Bedürfnisse des Gesundheitsingenieurs in den Fragen der technischen Hygiene (Wohnungs- und Siedlungsanlagen, Heizung, Lüftung, Beleuchtung, Beseitigung der Abfallstoffe usw.) hinreichend betont. Dadurch erhält es gegenüber den anderen Lehrbüchern eine besondere Note. \diamond Das Kompendium *Erich Hoffmanns*, der mit Fritz Schaudinn im Jahr 1905 in der *Spirochaete pallida* den Erreger der Syphilis entdeckte, Die Behandlung der Haut- und Geschlechtskrankheiten (Bonn, A. Marcus & E. Weber/ konnte bereits in 4. Auflage erscheinen. Es zeichnet sich durch Kürze aus und weicht darin von anderen ab, daß es die einzelnen Krankheiten in alphabetischer Reihenfolge abhandelt und ihre Auffindbarkeit so erleichtert, zumal eine ätiologische Einteilung, wenigstens auf dem Gebiet der Hautkrankheiten, doch nicht möglich ist. \diamond Der Tübinger Pädiater *Walter Birk* hat den 1. Teil seines Leitfadens der Kinderheilkunde, der das Gebiet der Säuglingskrankheiten behandelt und die neueren Ergebnisse dieser Sonderdisziplin zusammenfaßt, in neuer Auflage herausgegeben (Bonn, A. Marcus & E. Weber/).

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Hauptmann Von bunten Dingen und Gedanken wird jetzt Gerhart Hauptmann ausgefüllt. Er wandert, nicht nur leiblich, über die Erde, verweilt gern im schönen, gesegneten Süden, der den Menschen nicht belastet, und erzählt nun frohe Beobachtungen und Erlebnisse. Sein Sinn für den Süden war immer höchst vervollkommenet. Der Kunstschüler, der in Italien Bildhauer werden wollte, wanderte als reifer Mann nach Griechenland, und man mag sich auch daran erinnern, daß Hauptmanns Jugenddepos, das Promethidenlos, jenen Lord Byron nachahmte, der gern seine schwärmerischen und schwermütigen Weltverächter unter dem südlichen Kreuz ansiedelte. Nun ist das letzte Erzählungsbuch Hauptmanns *Die Insel der Großen Mutter* oder *Das Wunder von Ile des Dames* (Berlin, S. Fischer/ auch solche Träumerei, deren Ereignisse sich unter Palmen, exotischen Pflanzen und einem prächtigen, beglückenden, ewigen Sommerhimmel begaben. Das Buch entzückt zunächst. Es ist wunderschön, wenn die Frauen, die auf dem Atlantischen Ozean Schiffbruch leiden, in den Hafen des utopischen Archipelagos einfahren. Nur die Frauen landeten dort, geborgen von den Männern, die sich auch auf dem prächtigen Dampfer befanden, aber Mannes genug und menschlich genug gewesen waren, um alle weiblichen Reisenden zunächst in Sicherheit zu bringen. Ein einziges Knäblein war mit den schiffbrüchigen Frauen ins Rettungsboot gebracht worden. Und nun betritt dieser weibliche Trupp das unbewohnte Eiland, um dort merkwürdigen, mannigfachen Schicksalen entgegenzugehen. Die weibliche Gesellschaft, die vor dem Untergang bewahrt wurde und zunächst Unterkommen in den fremden, prachtvollen Gefilden fand, wurde von Frauen der verschiedensten Charaktere und Nationalitäten gebildet. Es kamen die einfachen, es kamen die starken, dann die gelehrten, dann die künstlerischen, die spielerischen, die ersten, die geschickten, die Weibchen. Sie alle sind nun plötzlich darauf angewiesen Nahrung und Hausung in der seligen Landschaft zu suchen, in die sie verschlagen wurden. Da rühren sich die verschiedenen Temperamente und Talente. Es wird ein neues Utopien erbaut, es wird ein Reich der Frauen organisiert, erfunden muß wieder das Werkzeug werden, damit die schiff-

brüchigen Frauen den Alltag bewältigen und nicht untergehen. Es ist ihr Glück, daß wilde Menschen und wilde Tiere auf dem utopischen Archipel nicht vorhanden sind. Es ist ihr Glück, daß die gütige Vorsehung alle Früchte und alle Tiere auf dieser Insel derartig erzeugte, daß sie nur zur Freude und zum Gedeihen der überraschten Bewohnerinnen dienen können. So werden die Frauen, die ihr Eiland mit einer frommen Wortspielerei die Insel der Damen nennen, vor schweren Gebrechen, Überfällen und körperlichen Kümernissen bewahrt; sie können daran gehen ein neues Gemeinwesen zu gründen, sie können Staatsideen formen, nach denen die Reichthümer und Köstlichkeiten des jungfräulichen Bodens benutzt und verteilt werden. Es geschieht ein Wunder: jenes Wunder, das Gerhart Hauptmann lächelnd, in gutmütig väterlicher Weitschweifigkeit erzählt. Urzeugung und -empfängnis, die so miraculös ist wie die Empfängnis der Gottesgebärerin, macht die Bewohnerinnen der Dameninsel zu Müttern; sie gebären Kinder, Knaben und Mädchen. Es entsteht also ein regelrechter Staat, dem ein Präsident gebietet, dem Oberbeamte und Unterbeamte eingeordnet werden. Der ganze politische Organismus erwächst langsam, und es wachsen auch die Mägdelein und Knäblein auf. Während der Nachwuchs noch auf kurzen Beinen dahinstolpert, ist das einzige beim Schiffbruch gerettete Knäblein ein blühender Jüngling geworden, nicht verschont von jener Leidenschaft, die das Blut des Jünglings aufbringt; wahrscheinlich wurde er der feierliche Liebhaber jener Hohepriesterin, der die Weißen des religiösen Oberhauptes der Dameninsel zufielen. So sanft, so mystisch wird um diese Liebe geraunt, daß sich ihre Wirklichkeiten kaum begreifen lassen. Und als eines Tages der Jüngling von der Insel flüchtet, um sie ihrer Unberührtheit zu überlassen und wiederum die Gemeinschaft mit der ganzen Welt zu suchen, versinkt in die Vergessenheit und in die utopische Autonomie ein Reich, das sich begründete mit irdischen Mitteln und geistigen Methoden ganz frisch, ganz unabhängig von jenen Strömungen, der die übrige Menschheit seit Ewigkeit unterworfen ist. Die Insel wird glücklich leben, sie wird nicht untergehen, da wahrscheinlich in ihren Geländen das irdische Paradies zu suchen ist. Alles Sinnen des Menschenfreundes Hauptmann wurde aufgeboten, damit diese köstliche Harmonie geschildert werde. Der Ro-

man ist ins Weite hinausgedacht. Doch der Gedanke wirkt nur so lange fruchtbar, bis die ersten Erlebnisse gestaltet worden waren. Dann werden die plastischen Dinge und die fühlbaren Schönheiten durch Erwägungen und Grubeleien ersetzt, die aber eben das an sich haben, daß sie nicht von einem nur Denkenden stammen sondern von Gerhart Hauptmann, dem Dichter, der in allen seinen Werken, auch in denen, die man gemeinhin als "schwächer" empfindet, in dem einen oder andern Satz ein Gefühl erklingen läßt, das unter den dichtenden Deutschen unserer Zeit nur eben Gerhart Hauptmann fühlt.

Alltagsdichtung Eine schmutzige, arme, zerlumpte, von Vagabunden heimgesuchte, vom Hunger bedrängte, von Verbrechern behelligte Alltagswelt, die gar nichts vom Jenseits weiß, die nur seufzt und erstickt im Diesseits, wurde von dem Amerikaner *Jack London* durchmessen, der als ein besonderer Erzähler phantastischer Alltagsgeschichten anzusehen ist. Jack London ist nicht einmal ein großer Schilderer, er sieht nicht einmal die Lyrik der Natur, er gibt sich eigentlich nur mit dem Allertäglichsten und dem Allerpeinlichsten ab, das den Menschen bedrückt, und doch gelang es ihm die Neugierde von 5 Erdteilen zu erwecken. Jack London ist tot heute, gestorben als ein junger Mensch, im 40. Lebensjahr, nachdem er ein Vagabundenleben geführt, dann an amerikanischen Hochschulen studiert und endlich so viel Reichtum erschrieben hatte, um behaglich leben zu können. Ehe er dieses beträchtliche Glück genießen konnte, wurde er krank und dahingerafft. Man hat ihn mit Maxim Gorkij verglichen, dem russischen Vagabundendichter. Der Vergleich ist nicht richtig. Gorkij ist viel poetischer und metaphysischer. Gorkij sieht tiefer in die Menschenseele hinein. Gorkij ist der große Schilderer eines Proletariats, das vor den wilden Zeiten der letzten Weltzersplitterung litt. Dieses Proletariat war noch nicht so ohne Halt auf der Erde wie die Proletarier, die Jack London beschrieb. Diese russischen Proletarier gehörten noch zu einer tiefbewegenden Religion, die in ihnen waltete. Das Tempo, in dem sie sich von ihrer Heimat entfernten, war unendlich langsam, und so fehlte die Gelegenheit nie, daß sie selber ihre Herzen zerfaserten und sich aufbauen oder zerstören konnten in der Betrachtung ihres Innern. Bei Jack London fehlt diese

Psychologie. Alles ist nur Ereignis. Schlag auf Schlag folgt Schicksal auf Schicksal. Man lese Jack Londons Abenteuerer des Schienenstranges und Südseefahrten, Bücher, die Erwin Magnus aus einer sehr schwierigen amerikanischen Reportersprache in ein ebenbürtiges Deutsch übersetzt hat /Berlin, Gyldendalscher Verlag/. Der Vagabund Jack London, der nach den 4 Himmelsrichtungen das amerikanische Festland durchstöberte, richtete seine ganze Aufmerksamkeit darauf irgendwo auf der kilometerfressenden Eisenbahn ein Unterkommen zu finden. Er durchfliegt die Länder, die ewigen Schneebergfelder und die ewigen Südriften. Betteln, Gefängnis, Nachtsyl, manchmal ein gutes Herz, manchmal ein gutes Essen, das sind die kleinen Dinge, mit denen sich der Vagabund herumschlägt. Er hat selten die Zeit zum Himmel emporzublicken. Jack London ist ein sehr starker up to date-Schriftsteller. Was er erzählt, läßt sich sehr leicht in das optische Bild umwandeln. Er ist vielleicht der genialste Film-erzähler, den die zivilisierte Welt hervorbrachte. Wichtig ist die soziale Scharfsichtigkeit Jack Londons, die er überall erweist. Er klagt nicht an, im Gegenteil, er ist sehr humorvoll, und dieser Humor verfährt so gemütlich, daß man manchmal die armen Hunde, die er beschreibt, um ihr ungebundenes und gefährvolles Dasein beneidet.

Jack London ist ein gutgelaunter Statistiker des Menschenleids und in diesem Charakter und Talent einem Schriftsteller verwandt, der aus ganz anderen Kreisen stammt. Wer imstande ist Literaturen vergleichend zu betrachten, wird sich nicht wundern, daß Scholem Jankew Abramowitsch, der unter dem Namen *Mendale Mojcher Storim* schrieb (siehe über ihn den Artikel Achers Über die ostjüdische Literatur, in den Sozialistischen Monatsheften 1913 II Seite 998), ein geistiger Vorfahre Jack Londons war. Mendale verfaßte abenteuerliche Ghettoesgeschichten, also nichts anderes als östliche Proletariatesgeschichten vom Ende des vorigen Jahrhunderts. Er baut aus den allerkleinsten Elementen die ostjüdischen Menschen auf, die ihm begegnen. Er scheint ein Idylliker für das Banale, für Essen, Betteln, Trinken, Festfeiern, Lieben und Wandern. Nur ist eben all sein Denken durch die Legendenwelt des jüdischen Chasidismus bestimmt. Mendale, dem so viel Glaube nach der Überlieferung seines Volkes eingeschärft und einge-hämmert wurde, wird ein Ungläubiger,

genau so wie Jack London, der sich auch aus einer Jugendmärchenwelt herausriß, um der Wirklichkeit trotzen zu können. Auch Mendale ist witzig, ja sogar skeptisch. Genau so wie Mendale der große Vorbereiter der jüdischen Literatur wurde, läßt sich denken und beinahe prophezeien, daß eines Tages in Amerika der klassische Epiker aufkommen wird, der imstande ist die Neue Erde und ihre kaum noch entdeckten Menschen künstlerisch auszuformen. Wer amerikanische Prosaliteratur des vergangenen Jahrhunderts las, erstaunte über deren unamerikanischen Charakter. Sie gefiel sich in einer idealen und überschwinglichen Verherrlichung von Anschauungen und Wünschen, die so gut wie außerhalb der amerikanischen Daseinssphäre lebten. Mendale war der Entdecker der jüdischen Welt, Jack London der Entdecker der amerikanischen Welt, wie sie in Wirklichkeit ist. Die Werke Mendales kommen jetzt in deutscher Übertragung heraus /Berlin, Jüdischer Verlag/. Bisher ist nur ein Band, Schlojmale, erschienen. Ein sehr schönes Unternehmen, das hoffentlich weitergeführt wird. (Aber warum eine Transskription der jüdischen Worte in einem Dialekt, der Gefühlswerte zerstört? Pirem statt Purim ist greulich. Freilich, es gibt auch diese Aussprache. Aber es gibt auch eine andere aschkenasische, die uns näher liegt, die Empfindung wie die Heimat berührt. Man wird ja auch, wenn man eine deutsche volkstümliche Aussprache wählt, sich nicht gerade ohne Not die sächsische herausuchen.)

Der Proletariatedichter, der schon zum Genie emporblühte, ist *Maxim Gorkij*, der vorläufig noch keine Familie ihm geistig ebenbürtiger Söhne hervorbrachte. Hierüber wird man sich vollkommen klar, wenn man wiederum die 8bändige deutsche Gesamtausgabe seiner Werke zur Hand nimmt, die der Verlag Ladschnikow in Berlin mit außerordentlicher Liebe und Sorgfalt herausgebracht hat, und die zu den wirklich wichtigen Erscheinungen gehört. Auch auf die schön gedruckten Gorkijbände des Verlags Kurt Wolff in München (Foma Godejew, Zwei Menschen, Erzählungen) sei nachdrücklich hingewiesen.

Zeitkritik Fast mit gleichen, alles beobachtenden Augen ausgestattet sind *Max Uebelhör* (Traugott oder Deutschland über alles /Konstanz, Oskar Wöhrle/) und *Adolf Uzarski* (Die Reise nach Deutschland /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/). Sie

sind durch nichts beengte Wirklichkeits-schauer und eben darum unerbittliche Richter. Sie lassen kein gefärbtes Haar an den Deutschen, wenn sie auch wie Uebelhör einen exotischen Beobachter auf die Reise schicken und dem fremden schwarzhäuptigen Überseemann die Kritik in den Mund legen. Der Stil für diese manchmal Zwerchfell erschütternde Kritik wurde schon in Heinrich Manns Roman *Der Untertan* /München, Kurt Wolff/ angedeutet. Er wurde bis zur Virtuosität durch den deutschen Zeichner George Grosz entwickelt. Eine frappante Wahrhaftigkeit in der Darstellung des deutschen Durchschnittsmenschen und Untermenschen wird erzielt. Man greift sich an den Kopf. Man wird nachdenklich, indem man sich den Bauch vor Lachen hält. Und dieses Nachdenken führt dann zu dem, was dem Deutschland von heute nottut. So werden diese Satiren zu Büchern, die für die deutsche Zukunft arbeiten.

Über die Satire hinaus ging der Spanier *Vicente Blasco Ibanez* in seinem Roman *Die apokalyptischen Reiter* /Berlin, W. J. Mörlins/. Er wollte mit den übernationalistischen Kriegsmatadoren Deutschlands abrechnen, und es ist ein echtes Kriegsbuch geworden, in dem die ruhige Beobachtung, die der Verfasser anfangs üben wollte, zu leidenschaftlichem Haß, zu letzter Verurteilung führt. Es ist von Bedeutung, daß ein Dichter vom Rang Ibanez' einen solchen Tendenzroman schreiben konnte. Es geht, auch vom deutschen Standpunkt aus, nicht an ihn einfach als verblendet abzulehnen. Was in dem Buch steht, sind, gleichviel wie verzerrt die Einzelzüge sein mögen, Dinge, die sich tief in unser Herz graben sollen. Und der General, der, während er empfindsam und hingehaucht am Klavier phantasiert, durch ein Kopfnicken den Befehl gibt einen Menschen zu erschießen, ist ein Symbol, das vor uns stehen soll, wenn wir uns über die menschliche Kultur ergehen. Wir wollen und sollen wahrhaftig Deutschland nicht so sehen wie es dieser Spanier gesehen hat. Aber wir sollen wissen, daß das alles da draußen in der Welt so gesehen wurde, und wir sollen daraus unsere Aufgabe erkennen: ein Deutschland aufzubauen, das von niemandem, auch nicht von einem Böswilligen (was übrigens dieser spanische Dichter bisher nicht war), so gesehen werden kann. Und eben um der deutschen Sache willen war es gut, daß der Verlag Mörlins dieses Buch den Deutschen in deutscher Sprache vorgelegt hat. (Dieses Buch bil-

det einen Band einer Bibliothek Neuspanien, die der genannte Verlag begonnen hat, und in der bisher außerdem noch die folgenden Romane erschienen sind: *Die Sphinx der Maragos* und *Das Metall der Toten*, beide von der Dichterin Concha Espina, ferner *Herrenrasse* von Ricardo León. Es sei vorläufig nur auf diese verdienstvolle Sammlung hingewiesen, die in weiterer Folge noch auf ein steigendes Interesse rechnen darf, zunächst literarischer Art, dann aber noch mehr als bloß das.)

Abenteuerromane

Wenn der Schriftsteller über eine Phantasie verfügte, die wirklich die kleine Welt der 5 Erdteile überwindet oder unendliche Geheimnisse auf ihr entdeckt, dann wären die phantastischen Geschichten in ihren zahlreichen Abwandlungen das höchste Kunstwerk. Es gibt aber wenige, bei denen Bildung und Einbildung harmonisch zusammenklingen. Der Schriftsteller meint, daß die kleine Ausschweifung, die seine Phantasie sich gestattet, etwas Ungeheuerliches wäre. Es sind meist nur Maulhelden, die sich aufdonnern und erzählen, daß sie in Wirklichkeit oder im Wachtraum Dinge erlebt hätten, von denen keiner ihrer Nebenmenschen sich etwas träumen ließ. Es sind ferner Spießbürger, die da glauben, daß sie, märchenhaft hellsehtig und hellhörig, Riesentugenden und Riesenschwächen ihrer Nächsten entlarven. Dann meinen sie, daß ihr geniales Polizistenaugen Unmögliches geleistet habe. Mit dem Jägerlatein ist aber nicht selten ihr Latein zu Ende. Irgendwo klappt etwas bei den meisten Abenteuer- und Polizeigeschichten nicht. Die französischen Vorbilder, die in ihrer phantastischen Exaktheit keine Lücke lassen und den Leser am Schluß in verblüffender Überraschung an eine Lösung führen, auf die er nie gekommen wäre, werden bei uns nirgends erreicht. Meist sind es nur alberne Tricks, von einer ledernen Unwahrscheinlichkeit, wie bei dem vielschreibenden Paul Rosenhayn, dessen Detektivgeschichten ungewöhnlich dumme und nichts nachprüfende Leser voraussetzen.

Die Abenteuergeschichte ist, wie es selbstverständlich ist, die Geschichte eines Sehnsüchtigen. Er will sich von den Fesseln befreien, die ihn hinunterziehen. Hat er kein Geld, so will er zeigen, wie der Mensch Rothschild wird, indem er sich nur ein wenig bemüht; ist er ein Schwächling, so träumt er von dem Helden der Muskeln; ist er gelähmt,

so ist sein Traum der Kerl mit den Siebenmeilenstiefeln; wird er infolge seiner Klobigkeit allzubald auf dunkeln Gängen entdeckt, dann möchte er Däumling sein, der sich allerorts durchschlängelt, oder der Wanderer, der die Tarnkappe hervorzieht und dann an sich nimmt, was ihm gerade gefällt. Diese primitiven Sehnsuchtsträume werden nun in den modernen Abenteuergeschichten immer wieder abgewandelt, ständig wiederholt. Man nährt sich von der altertümlichsten Legende. Die Erfindung ist nicht stark. Nur das bißchen Beschleunigung des Lebenstempos, das die Technik gebracht hat, erfüllt die modernen Abenteuerbücher. Man liest das, und man fragt sich, ob es nötig war diese Dinge literarisch auszustaffieren. Die formelhaft schlichte Wirklichkeit sieht oft phantastischer aus als die großartig hergerichtete Phantastik. Übrigens haben die Brüder Goncourt in ihrem ersten Roman Charles Demailly, dem Roman eines Pariser Literaten, der zu beherrschendem Ruhm kommen will, schon um 1855 die Vermutung ausgesprochen, es möchte eines Tages eine Literatur aufblühen, deren Inhalt nicht mit ausgeformten Worten sondern nur mit mathematischen Formeln phrasiert wird. Aus $a + b = c$ würde dann die Einbildungskraft des Lesers ebenso unterhalten wie durch üppige Beschreibung. Fast ein halbes Jahrhundert lang hat Edmond Goncourt, der seinen jüngern Bruder Jules überlebte, sich mit dem Durchdenken dieser These beschäftigt. Das war die Erwägung eines klugen Mannes, der alle Schliche und irreführenden Entartungen des Schriftstellers kannte, mochte der Schreibende nun vollblütig sein oder von halbem Talent. Die große Menge der Abenteuer- und Detektivromane, die heute in allen Sprachen geschrieben wird, besonders aber in der deutschen, läßt sich auf eine derartige Formel bringen. Das $a + b$ ist jedoch meistens eine trockene Summation und keine Formel, die die Einbildungskraft des Aufnehmenden unendlich anpeitscht und anheizt, das heißt, der phantastische Schriftsteller ist eben selber kein Phantast. Der Extrakt seines Buches wird durch überflutende Redseligkeit verwässert und getrübt. Der Engländer *Edgar Rice Burroughs* erfand sich für seine Abenteuerbücher den Affenmenschen Tarzan, und die Bücher, die von ihm handeln, haben auch in der deutschen Übersetzung /Stuttgart, Dieck & Co./ einen phantastisch großen Leserkreis. Dieses Wesen, menschlichen Eltern entstammend, muß infolge

verschiedener Verwicklungen mit den Uraffen der Wildnis aufwachsen. Er wird mit der Milch einer solchen Äffin genährt. So empfängt er die Tüchtigkeit dieser Klettertiere, deren Fähigkeit in der dunkelsten Nacht klar zu sehen und gewaltige Körperkräfte, die ihn über jeden Kulturmenschen weit erheben. Tarzan besitzt aber auch ein goldenes Herz und einen offenen Kopf. Er wird nicht nur ein vorzüglicher Boxer, Kletterer und Speerwerfer sondern auch ein sehr taktvoller junger Engländer, der sich in Diplomatensalons prächtig bewegen kann, und der jungen schönen Damen wie ein ausgesuchter Kavalier begegnet. Affe und Gentleman: das ist das Ideal von Rice Burrough; offenbar ein herrliches Gemisch, zu dem man respektvoll Amen sagt. Der englische Erzähler parodiert vielleicht einen englischen Familienroman, in dem die jungen Leute sich kriegen möchten, durch einige Hindernisse zum Verlobungskuß nicht kommen und sich schließlich treuherzig und sanft und gemäßigt beseligt in die Arme sinken. Es ist daher auch ein Stück angelsächsischen Imperialismus in diesen Bänden, jenes geistig-moralischen Imperialismus, der den Angelsachsen zum geborenen Herrn der Welt macht (immerhin hier noch in einer entente cordiale mit einem Franzosen: vielleicht ist das Werk vor 1919 konzipiert). Die Ozeane werden dabei durchdampft, Negerstämme und ihre Sitten geschildert, russische politische Abenteurer in alle die anderen Abenteuer hineingemischt. Die große Diplomatie und den Drang der Menschen nach Erschließung unbekannter Erdteile, das lernt man alles kennen. Dabei ist Burroughs ein humorvoller Erzähler. Es ist hübsch, wie er den Gelehrtspleen geißelt. Überhaupt ist das alles so forsch "hingelegt", daß man es nicht vor der letzten Seite aus der Hand legt. Nach 3 Bänden dieses Affenromans hat sich Tarzan eben erst verheiratet. Wie soll das noch enden?

Ein Klassiker des Abenteuerromans ist *Daniel Defoe*, der nicht nur das geleseste Buch der Weltliteratur, den Robinson, geschrieben hat. Seine Lebensgeschichte des Oberst Hannes ist nun auch in die Sammlung *Der gute Schmöcker* /Berlin, Franz Schneider/ aufgenommen. Defoe war nicht äußerlich phantastisch, wie die Hunderte, die ihn nachahmten. Er suchte die Buntheit im Innern des Menschen selbst. Das ist die bessere Detektivmethode. Die Schneidersche Sammlung, die schon vieles Wertvolle gebracht hat, ist durch dieses Buch

nur bereichert worden. (Aber warum entschließt der Verlag sich nicht endlich die Rückentitel seiner Bände wagemutig zu setzen? Warum fortgesetzt diese herauflaufenden Titel, die mit ihren dicken Lettern die Ästhetik des Rückens verderben, so daß sich der bescheidene Bücherliebhaber den sonst so hübsch ausgestatteten Band nicht gern in seine Bibliothek stellt?)

Die Phantastik in den toten Dingen sah *Cheskel Zwi Klötzel*, der die Geschichte eines Eisenbahnwagens schrieb (BCCü/Berlin, Weltverlag/). Jedes der Glieder eines Waggons, der durch die Welt rollt oder am Bahnhof auf totem Gleis steht, hat sein eigenes Schicksal, etwas verwandt dem des Menschen; das Ding wird zum lebendigen Wesen. Dies ist richtig erfüllt, nicht von einem müßigen Hirn erdacht.

Eine "Klasse für sich" bilden die Abenteuergeschichten des *Leo Perutz*. Das sind Erzeugnisse einer schaffenden, überwachen und doch gerade darum in das Traumland einer wirklichen Unwirklichkeit führenden Phantasie. Es hat keinen Sinn den Inhalt dieser Bücher wiederzugeben, besser ist, man nennt einige Titel und empfiehlt dem Leser diese Erzählungen und Romane selber vorzunehmen; schon nach wenigen Seiten fühlt er sich merkwürdig erregt und wird nicht mehr losgelassen. Da sind also *Die 3. Kugel /München, Albert Langen/*, *Die Geburt des Antichrist /Wien, Rikolaverlag/*, *Der Meister des jüngsten Tages /München, Albert Langen/*, zuletzt die Geschichte des armen, sich in eine andere Gestalt hineinphantasierenden Turlupin /München, Albert Langen/.

Die Schriftsteller, die in okkultistischen Erfahrungen arbeiten oder das Leben auf einem Stern außerhalb der Erde schildern oder eine ganz gewaltige Beflügelung der Leserphantasie erhoffen, indem sie technische Sehnsuchtsträume in poetisierende Realität verwandeln, werden meistens als Spießbürger entlarvt. Sie täuschen sich über die Kräfte, die ihnen zur Verfügung stehen: sie glauben, daß sie unerhörte Ingenieurwerke der Einbildung aufführen, wenn sie irgendeine noch ungelöste Ingenieuridee als schon gelöst ausgeben. Sie meinen, daß die Technik die Phantasie beflügeln kann. Sie geben sogar, wie *Reinhold Eichacker* in seinen Romanen *Der Kampf ums Gold, Panik und Die Fahrt ins Nichts /München, Universalverlag/* an, daß ihnen ein richtiger Techniker die Ideen zu ihren verschiedenen Romanen eingab. Aber diese Mitteilung befördert das Interesse

keine Sekunde, sie darf auch nichts entschuldigen. Die Technik beflügelt die Phantasie nicht, die Phantasie beflügelt die Technik. Das ist Grundsatz für alle Dichtung, mag sie nun auf der Erde bleiben oder zu anderen Gestirnen auswandern. Immerhin ist auch in diesen Büchern für Unterhaltung reichlich gesorgt, die sich zuweilen bis zu einem wirklichen Behagen oder gar zur Sympathie mit dem Dargestellten steigert. Nur wird man durch einen fatalen Geisteschauvinismus abgekühlt, der mit allzu geläufigen Vorstellungen arbeitet, wie der von dem unbegrenzt edlen Deutschen und dem gehässig-intriganten Franzosen.

In einer Bibliothek seltsamer Bücher /Ludwigsburg, Fritz Frommel/ veröffentlicht *Paul Enderling* seinen Roman *Die Rochuskapelle*. Alte Chroniken, Märchenspek, der elektrische Tod, Briefe und Verrat: das sind gewiß Geheimnisse, deren Enthüllung jeden neugierigen Menschen reizt. Und das geschieht hier auf nicht unfeine Weise, so daß man nicht ärgerlich wird und das Buch ohne Reue zu Ende liest.

Endlich sei in dieser kurzen und vorläufig ganz unvollständigen Übersicht (die von Zeit zu Zeit ergänzt werden muß) die Sammlung *Der Abenteuerroman /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/* besonders genannt. Das ist eine Bücherreihe, die in mancherlei Betracht wesentlich ist. Gewiß, die Erzählungen sind nicht gleichwertig, die eine oder andere ist schwach, und auch ein Buch wie *Die Fahrt in die Zukunft* (eine kompromittierend mißverstehende Ausschachtung der Relativitätstheorie) wäre besser fortgeblieben. Aber die meisten sind Bücher von richtiger, auch folgerichtiger Spannung, und man schämt sich nicht, wenn man diese Geschichten verschlingt. Von besonderem, auch sachlichem Interesse ist die Reihe der Bände *F. R. Nord's* (Ker-Ali, Ssir-anusch, Das Land ohne Lachen, Der blaue Teppich, Abla). Das sind Bücher, die uns tiefe Aufschlüsse über das komplizierte Leben und Sterben der Nationen im Nahen Orient geben: in der Hauptsache wohl einfache Wirklichkeit, von der man aber mit fiebriger Aufregung liest. (Das eine dieser Bücher ist hier mit Recht auch in der Rundschau Nationale Bewegung (1921 I Seite 562 f.) als aufschlußreiches Dokument über die furchtbaren Armeniermetzeleien angeführt worden.) Da die Sammlung fortgesetzt wird, so hat man sicher noch manche Bereicherung dieser Literaturgattung und auch unseres Gesichtskreises von ihr zu erwarten.

Totenliste Kurz vor Vollendung seines 60. Geburtsjahrs ist *Herman Heijermans* in Zaandvoort am 21. November gestorben. Als der deutsche Naturalismus seine höchste Blüte erreicht hatte, brachte Heijermans nach Berlin sein Seemannsdrama *Die Hoffnung auf Segen*. Er hat es verstanden in diesem Theaterstück soziale Kritik zu üben und gleichzeitig eine spannende Fabel zu erfinden. Man spielte mit Inbrunst in ganz Deutschland dieses Trauerspiel von holländischen Seeleuten, die sich aus Not dem schwimmenden Sarg anvertrauen müssen, obwohl sie sich dessen bewußt sind, daß der geringste Sturm ihr Fahrzeug in die Tiefe hinunterziehen wird. Die Hoffnung auf Segen, ganz beeinflußt von den deutschen Milieudramatikern, wurde von Brahm sehr stimmungsvoll aufgeführt. Das war um 1900. Und auch später erschien dieses Stück auf den deutschen Bühnen. Auch die *Romane Heijermans'* wurden übersetzt und viel gelesen.

Kurze Chronik Der polnische Schriftsteller *Wladislaw Reymont* erhielt den Nobelpreis für Literatur. Er ist der Epiker des polnischen Bauerntums. Aber er hat auch den »Lodzermenschen« geschildert (und nicht in allen seinen Typen mit gleicher Gerechtigkeit). Er gilt, nach dem Tod *Sienkiewicz'*, als der beste polnische Erzähler. Er entstammt einer holländischen Emigrantenfamilie. Sein großes Bauernbuch ist bei Eugen Diederichs in Jena, sein Buch von Lodz bei Georg Müller in München deutsch erschienen. **◇** Der Kleistpreis wurde in diesem Jahr *Ernst Barlach* zugesprochen. Dieser bildende Künstler hat sich mehr und mehr der Dichtung zugewandt. Seine dramatischen Werke, deren Buchausgaben im Verlag Paul Cassirer in Berlin erschienen, sind auch schon auf der Bühne dargestellt worden. **◇** Die *Selbstbiographie Mark Twains* wird nunmehr veröffentlicht, nachdem, gemäß seiner Bestimmung, 14 Jahre nach seinem Tod verflossen sind. Sie enthält scharfe Angriffe auf Roosevelt und andere amerikanischen Staatsmänner. **◇** Der *Deutschen Schillerstiftung* ist aus Reichsmitteln eine jährlich wiederkehrende Zuwendung von 10 000 Mark bewilligt worden. **◇** Zur *Jahrhundertfeier Kortums* hat die Stadt Bochum, in der er von 1771 bis zu seinem Tod als Arzt wirkte, eine Bronzeplakette herstellen lassen, die auf der einen Seite sein Bild, auf der andern Szenen aus der *Jobsiade* zeigt.

KULTUR

Landwirtschaft / Fritz Baade.

England In 2 Artikeln des Journal of Political Economy berichtete Reginald Lennard über die englische Landwirtschaft seit 1914. Es ist von Interesse die Kriegserfahrungen der englischen Landwirtschaft kennenzulernen.

Im Jahr 1910 war die unter dem Pflug befindliche Fläche Englands, die 1871 bis 1875 noch mehr als 14,75 Millionen Acres betragen hatte, auf weniger als 11,5 Millionen Acres verringert; die Bevölkerung, die von der Landwirtschaft lebte, war um 200 000 Personen zurückgegangen, ferner waren die Pachten herabgesetzt worden. Die englische Landwirtschaft hatte ihr Schwergewicht vom Getreidebau auf die Produktion tierischer Erzeugnisse verlegt, und zwar auf der Grundlage umfangreicher Weidewirtschaft. Nach dieser Umstellung vermehrte sich die landwirtschaftliche Bevölkerung wieder: von 1901 bis 1910 um 18 000 Personen. Dabei waren die Möglichkeiten der Umstellung längst nicht voll ausgenutzt. Lennard erklärt dies damit, daß den mit Konsumtionsansprüchen ihrer engern und weitem Familie überlasteten Grundeigentümern das Kapital zu den nötigen Investitionen fehlte, daß die Pächter mit Schulden aus den Krisenjahren belastet waren, und daß die Erinnerung an die Verluste ihre Unternehmungslust lähmte. Der Ausbruch des Krieges brachte sofort eine Preissteigerung für Getreide, die sich jedoch zunächst in mäßigen Grenzen hielt. Der Weizenpreis, der Ende Juli 1914 34 Shilling pro Quarter betragen hatte, stieg auf 40 Shilling Ende August und war nach größeren Schwankungen auch im September 1915 erst 43. Auch im folgenden Jahr bis zum Herbst 1916 war die Preissteigerung mäßig; Anfang Juli 1916 betrug der Weizenpreis 46 Shilling, er erreichte niemals 60 Shilling. Die gesamte unter dem Pflug befindliche Fläche war in den ersten beiden Kriegsjahren etwas zurückgegangen und stand erst 1916 wieder auf der Höhe von 1913. Lediglich die Weizen- und Haferfläche hatte sich etwas vergrößert, zum Teil auf Kosten der Gerstenfläche. Ungünstiges Wetter während der Herbstbestellung 1916 eröffnete bereits trübe Aussichten für die Ernte des kommenden Jahres. Da trat ein ganz neues Moment hinzu, um die Lage der englischen Brotgetreideversorgung äußerst bedrohlich erscheinen zu lassen: die Erklärung des uneinge-

schränkten Unterseebootkriege durch Deutschland. Sie erfolgte am 31. Januar 1917. Im Lauf des Februars waren 500 000 Tonnen englische Handelsschiffe versenkt. In dieser kritischen Lage erschien es unmöglich den Dingen einfach ihren Lauf zu lassen. Zunächst wurde dem Ackerbauministerium als besondere Abteilung des Food Production Department angegliedert. Ferner wurde auf Grund der Defence of Realm Act eine Verordnung erlassen, die dem Ackerbauministerium das Recht gab alles Land zu beschlagnahmen, das seiner Meinung nach nicht so bewirtschaftet wurde wie es nötig gewesen wäre, um den Nahrungsmittelvorrat des Landes zu steigern, und alles zu tun, was es für die Kultivierung dieses Landes für nötig hielt. Weiter erhielt diese Behörde das Recht den Landwirten zwingende Anweisungen für zweckmäßige Bebauung ihres Landes zu geben. Dazu kam die Corn Production Act, die am 21. August 1917 Gesetzeskraft erlangte. Dieses Gesetz gab noch einmal dem Ackerbauministerium das Recht den Landwirten Anweisungen zu geben, vor allem auch Weideland in Acker umzuwandeln. Wichtiger noch war, daß es Mindestlöhne für Landarbeiter und Mindestpreise für Weizen und Hafer einführte. Der Mindestlohn betrug zunächst 25 Shilling wöchentlich für voll leistungsfähige männliche Arbeiter, der Mindestpreis 60 Shilling für Weizen und 38 Shilling für Hafer. Von besonderem Interesse ist der Schlüssel, nach dem die Mindestpreise ausgezahlt werden sollten. Theoretisch gäbe es 3 Möglichkeiten solche garantierten Mindestpreise dem Erzeuger zukommen zu lassen: 1. eine staatliche Stelle, die jedes ihr angebotene Quantum Getreide zu Mindestpreisen ankauft, vergleichbar etwa dem augenblicklich in Österreich als Mittel gegen die Agrarkrisis vieldiskutierten Getreideankaufsmonopol, 2. Vergütungen an die Produzenten in Höhe der Differenz zwischen dem Marktpreis und dem Mindestpreis, und zwar je nach der tatsächlich verkauften oder nach der geernteten Getreidemenge, 3. Vergütungen an die Produzenten nach der Anbaufläche, wobei ein bestimmter Durchschnittsertrag zugrunde gelegt und mit der Differenz zwischen Marktpreis und Mindestpreis multipliziert wird. Das Monopol stellt unter den staatlichen Mitteln aus produktionspolitischen Gründen dem Getreide einen Mindestpreis zu sichern das vollkommenste dar, erfordert aber eine umfangreiche Organisation. Die Rückvergütung nach der Ernte- oder

Verkaufsmenge hat den Fehler, daß leicht Übervorteilungen des Staates durch unrichtige Angaben der Produzenten oder Scheinverkäufe vorkommen können. Die Rückvergütung nach der Erntefläche ist verwaltungstechnisch das einfachste Mittel; es hat aber den Fehler, daß höhere als die zugrunde gelegten Durchschnittserträge ohne Vergütung bleiben, während bei geringeren Erträgen die Vergütung pro Mengeneinheit über die Preisdifferenz hinausgeht, ist also gleichsam eine Prämie auf niedrige Erträge. In England entschloß man sich trotzdem zu dem 3. Verfahren, da man ja gerade einen Anreiz geben wollte den Getreidebau auf solche Böden auszudehnen, die an sich weniger für den Getreidebau geeignet waren. Mißbräuche wollte man dadurch ausschließen, daß bei schlechter Bewirtschaftung die Rückvergütungen gekürzt werden sollten. Das Bemerkenswerteste an diesem so gut ausgedachten System der Mindestpreise aber ist, daß es niemals zur Wirksamkeit gelangte. Denn mit dem Jahr 1917 begannen die Getreidepreise zu steigen, weit über die Mindestpreise, die so zu Höchstpreisen wurden. Im Lauf des Jahres 1917 mußten diese Preise dementsprechend erhöht werden, um sie den Weltmarktpreisen anzupassen, da sonst die Corn Production Act in ihr Gegenteil verwandelt worden wäre.

Angesichts dieser Tatsachen kann man der Ansicht sein, daß dadurch das ganze System der staatlichen Förderung des Getreidebaus überflüssig geworden war. Es darf aber nicht vergessen werden, daß die in diesem System liegende Sicherung gegen plötzliche Preisrückgänge für eine vom Staat gewünschte Umstellung der Produktion eine größere Bedeutung haben kann als hohe, aber nicht gesicherte Preise des freien Marktes. Jedenfalls stellte sich der gewünschte Erfolg ein: eine erhebliche Steigerung der Getreideanbaufläche. Die gesamte Ackerfläche stieg von 11,051 Millionen Acres im Jahr 1916 auf 11,246 Millionen Acres im Jahr 1917 und 12,399 Millionen Acres im Jahr 1918, die Weizenanbaufläche sogar von 1,912 Millionen Acres im Jahr 1916 auf 2,557 Millionen Acres im Jahr 1918, also fast um 30 %. Diese Steigerung der Anbaufläche durch Umpflügen von Weiden wurde aber nicht etwa mit einem Rückgang der durchschnittlichen Erträge pro Flächeneinheit erkauft. »Zweifelloos wurden manchmal, vielleicht häufig, Fehler beim Umbrechen der Weiden gemacht, und manches Land wurde umpflügt, das man besser als Grasland

gelassen hätte. Aber Schätzungen, die unter Zugrundelegung einer Reihe Stichproben von etwa 78 000 auf mehr als 600 Kirchspiele verteilten Acres veranstaltet wurden, weisen darauf hin, daß im ganzen die Ergebnisse die Umwandlung rechtfertigten.« Die nachstehende Tabelle, die der Statistik des Ackerbauministeriums für das Jahr 1919 entnommen ist, enthält die Ergebnisse dieser Stichproben (in Bushels, bei den Kartoffeln in Tons):

Produkt	Geschätzter Ertrag des neu gepflügten Landes 1918	Jahresdurchschnittsertrag in England und Wales	
		1918	1909 bis 1918
Weizen	31,3	32,9	31,1
Hafer	40,7	41,3	39,4
Gerste	28,8	32,4	31,9
Bohnen	27,5	29,4	27,6
Erbsen	26,9	27,5	24,8
Kartoffeln	7,1	6,6	6,3

In seinem 2. Aufsatz behandelt Lennard die Entwicklung nach dem Krieg, besonders den Abbau der Kriegsmaßnahmen. Da die Darstellung jedoch nur bis Anfang 1922 geht, und über die zweifellos höchst interessanten Rückwirkungen der neuen Weltagrarkrisis auf die englische Landwirtschaft nichts berichtet wird, dürfte es richtiger sein dies in einem andern Zusammenhang zu behandeln.

Wiederaufbaupublikationen

Unter dem Titel Die Krisis in der Landwirtschaft und Mittel zu ihrer Behebung /Berlin, Paul Parey/ erschien der Bericht über die 5. Hauptversammlung der Preußischen Hauptlandwirtschaftskammer vom 15. bis 16. Februar 1924. Auf dieser Tagung wurden in einer längeren Reihe von Referaten die 3 Ursachengruppen behandelt, in denen zu meist das Wesen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Landwirtschaft erblickt wird; die Ungunst der Preisverhältnisse, die steuerliche Belastung und die Kreditknappheit. (Daß diese lediglich auf die Symptome gerichtete Betrachtungsweise nicht ausreicht, daß man vielmehr tiefer in die Zusammenhänge eindringen muß, braucht für die Leser dieser Rundschau und der bisher in den Sozialistischen Monatsheften über Gegenwartsfragen der Landwirtschaft veröffentlichten Artikel kaum bemerkt zu werden.) Auf die Ausführungen über die Preisverhältnisse, die durch die Entwicklung seit dem Februar überholt worden sind, soll hier nicht näher eingegangen werden. Damit soll jedoch

keinesfalls die Meinung ausgesprochen sein, daß die Preisverhältnisse der für die Landwirtschaft ungünstigsten Monate (Dezember 1923 bis Mai 1924) infolge der Wendung zum Bessern nunmehr jedes Interesse verloren hätten. Es wäre höchst leichtfertig bei der Diskussion agrarpolitischer Fragen lediglich von dieser jüngsten Entwicklung auszugehen, die ihre Beständigkeit erst noch zu erweisen haben wird. Eine eingehende Untersuchung der wirtschaftlichen Lage wird vielmehr das gesamte Tatsachenmaterial zu berücksichtigen haben, das die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre mit ihren häufigen und schroffen Wechselfällen zur Verfügung stellt. In dem Referat über Landwirtschaft und Steuergesetzgebung entwickelte Bernhard Sagawe, unter Verzicht auf Rezepte für den Augenblick, die Grundlinien einer auf lange Sicht angelegten privatwirtschaftlichen Steuerpolitik. Er ging von der Notwendigkeit aus die steuerliche Beweiskraft der landwirtschaftlichen Buchführung wiederherzustellen. Er richtete seine Forderungen nicht in erster Linie an den Staat und an die Steuerbehörden sondern an die buchführenden Landwirte. Diese müßten sich in ihrer Aufgabe einer größeren Zuverlässigkeit befleißigen und dürften den Buchstellen nur unbedingt wahrheitsgetreue Unterlagen liefern. Er hielt es ferner mit Recht für notwendig, daß die Buchstellen aus ihrer Abhängigkeit von ihren Auftraggebern befreit und zu wissenschaftlichen Forschungsstellen ausgebaut würden. Nur durch diese beiden Maßnahmen; Belieferung mit einwandfreien Materialien und wirtschaftliche Unabhängigkeit, könnten sie befähigt werden ihrem wichtigsten Zweck; wissenschaftlich begründete Richtlinien für die Betriebsführung zu geben, gerecht zu werden. Diese Ausführungen sind um so beachtenswerter, als Sagawe selber lediglich auf Grund von Buchstellenergebnissen eine Reihe von zusammenhängenden Darstellungen veröffentlicht hat (Raubbau und Ertragswert der Landgüter in den Kriegsjahren, Krieg und Landwirtschaft, Preisentwicklung und wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit). In diesen Arbeiten ergibt sich, nicht nur für den Krieg sondern auch für die Inflationsjahre, das Bild eines katastrophalen, ununterbrochenen Sinkens der Reinerträge. Diejenigen, die die Ergebnisse dieser Arbeiten als Quellen für wissenschaftliche Darstellungen oder als Beweisgründe im agrarpolitischen Meinungsstreit benutzen,

werden nicht umhin können auch die Fingerzeige zu beachten, die nunmehr Sagawe selber über die Zuverlässigkeit aller Buchführungsergebnisse aus den letzten Jahren gegeben hat. Die Referate über die Kreditfrage bieten ein interessantes Material über die Entwicklung der wertbeständigen Verschuldung der Landwirtschaft sowie über die Organisation und die Verteilung der Rentebankkredite. Man vermißt in ihnen wie auch in der umfangreichen Diskussion eine kritische Analyse des Kreditbegehrens in der Landwirtschaft.

Eine Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft will *Gerhard Albrecht* geben. Sein Buch *Zur Krisis der Landwirtschaft* /Jena, Gustav Fischer/ ist weit umfangreicher als die in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 734 f.) bereits besprochene Schrift Lothar Meyers. Während aber Meyer als praktischer Landwirt seine Ansichten aus direkter Anschauung der Dinge schöpfen kann und daher trotz gelegentlichen Fehlgriffen die Entwicklung in ihren großen Zügen richtig sieht und darstellt, stützt sich Albrecht lediglich auf Materialien aus 2. und 3. Hand. Neben den Publikationen der amtlichen Statistik werden die Denkschriften des Reichs von 1923 und 1924 sowie die dem Daweskomitee vorgelegten Materialien (siehe darüber diese Rundschau, in diesem Band Seite 732 ff.) eifrig benutzt. Eine Kritik wird weder gegenüber den Zahlenangaben noch gegenüber den Gedankengängen der Quellschriften versucht. Da sich die Fehler mit wachsender Entfernung von den Urmaterialien vergrößern, entsteht schließlich ein ganz wirklichkeitsfremdes Bild.

Eine Arbeit *Ernst Bushes* und *Karl Brandts* Die deutsche Agrarkrisis und ihre Überwindung /Geestemünde, Verlag des Landbundes/ hält sich ebenfalls von einer Verwendung irreführender amtlicher und halbamtlicher Statistiken nicht frei. Die Wirkungen dieses Fehlers werden aber dadurch weitgehend gemildert, daß es sich hier um die Arbeit zweier Männer handelt, die mitten in der Praxis der ländlichen Berufs- und Wirtschaftsberatung stehen, und die es sich zum Ziel gesetzt haben »den deutschen Bauern in ihrer schwersten Schicksalszeit Geist und Gesinnung der Selbsthilfe zu künden«. Aus der zwiespältigen Grundlage ergibt sich eine Fülle von Widersprüchen. Überall dort, wo die Verfasser Schlußfolgerungen aus den theoretisch-statistischen Materialien ziehen, scheint sich zwangsmäßig die Not-

wendigkeit zur Extensivierung der Betriebe zu ergeben. Da aber die Verfasser den Bauern, zu denen sie sprechen, praktische Ratschläge geben, holen sie glücklicherweise das Material für diese Beratung nicht aus zurechtgestutztem Zahlenmaterial sondern aus der Praxis. Mit geradezu vorbildlicher Sachlichkeit und Illusionslosigkeit werden die Preisverhältnisse der Gegenwart zum Ausgangspunkt genommen und die Grundzüge einer diesen Preisverhältnissen angepaßten rentablen Betriebsführung erläutert. Befürwortet werden Steigerung der Viehhaltung und Zukauf von Kraftfuttermitteln bei gleichzeitiger Erhöhung der eigenen Futtermittelproduktion, ferner einer Steigerung des Anbaus von Hackfrüchten. Als das wirksamste Hilfsmittel bei der vorzunehmenden Umstellung der Betriebe wird die neuzeitliche Grünlandtechnik angeführt, der ein längeres Kapitel voll ausgezeichneter technischer Ratschläge gewidmet ist. Ganz besonders hervorzuheben ist die bis in alle Einzelheiten praktische Art der Darstellung. Überall, wo die Verwendung neuer oder noch wenig bekannter Hilfsmittel angeraten wird (hochgezüchtete Grassaaten, Bodenanalysen), werden gleich die Adressen mit angegeben, an die man sich zu wenden hat, sowie auch die Preise. Aus allem sieht man, wie sehr die Verfasser mit der Art und den Gewohnheiten des Bauern vertraut sind.

Kurze Chronik Anfang Oktober trat in Brugg in der Schweiz ein *internationales Komitee von landwirtschaftlichen Sachverständigen* zusammen. Die Anregung zu dieser Zusammenkunft war von dem Direktor des Schweizerischen Bauernbundes Ernst Laur ausgegangen, der damit die von ihm seit langem geplante Gründung eines internationalen Verbandes der landwirtschaftlichen Vereinigungen verwirklichen wollte. Die Besprechungen waren zunächst rein vorbereitender Art; für das kommende Jahr ist eine Delegiertenkonferenz in Warschau geplant. \diamond Der Biologe der Universität Sofia *Michael Popow*, dessen Entdeckungen über die Wachstumssteigerung durch Zellstimulation weltbekannt sind, ist zum bulgarischen Gesandten in Berlin ernannt worden. Versuche Popows haben ergeben, daß bei der Reizung embryonaler Zellen die Wachstumssteigerungen bis zur Vegetationsreife andauern. Es gelang durch Reizung des Saatguts die Erträge von Kulturpflanzen bis zu 50% zu steigern.

Kunstgewerbe / Adolf Behne

Wettbewerbe Im Wettbewerb um die *Baubauung der Prinz Albrecht-Gärten* in Berlin gingen 96 Arbeiten ein. Die Großbautenaktiengesellschaft, die die Preise ausschrieb, nannte die Konkurrenz einen Ideenwettbewerb. Unter den 96 Arbeiten ist nur 1, der eine Idee zugrunde liegt; sie stammt von Hans Scharoun /Insterburg/. Ernsthafte und wertvolle Arbeit steckt noch in den Projekten der Brüder Luckhardt (gemeinsam mit Alfons Ancker) und Heinrich de Fries'. Doch bleibt Scharouns Plan der einzige, der nicht auf dem Papier ausgedacht sondern lebendig organisiert ist, besonders in der Regelung des Verkehrs. Alle oben erwähnten Arbeiten sind ohne Preise geblieben. Wer erhielt die Preise? Wie wir das schon gewohnt sind: die langweiligsten der Akademiker und ein Konzessionsmoderner, der jedoch undiskutabel ist. Dieses Preisausschreiben ist an sich nicht besonders wichtig. Aber es wird wichtig im Zusammenhang der architektonischen Zukunft Berlins. Beachten wir folgendes: Während zum Beispiel das verdienstliche Preisausschreiben der Bauwelt (Neugestaltung der Wohnung) viele tüchtige Kräfte unter den jüngeren Architekten angezogen hatte, fällt bei den Prinz Albrecht-Gärten das fast völlige Fernbleiben der jüngeren Generation auf, und zugleich die überraschend starke Beteiligung der Richtung Berliner Dom, die sonst eigentlich kaum noch aufzutreten wagte. Wie ist das zu erklären? Durch einen Blick auf die Liste der Preisrichter. Kein moderner Architekt konnte zu dem Preisgericht der Großbautenaktiengesellschaft das Vertrauen haben, daß es der Jugend wohlwollend, aufmerksam, verstehend, fördernd gegenüberstehen würde. Aber die Renaissancedekorateurs, jene mit den Genien, Adlern, Victorien, Löwen, Kandelabern und Sphinxen bekommen wieder Hoffnung. Was ist die Folge? Daß von 96 Arbeiten mehr als 90 jede Frische, jede Anregung vermissen lassen, weitere Verbitterung der Jugend, die sich nach Aufgaben sehnt, Preisübergabe an den schwachen Durchschnitt von vorgestern und letzten Endes, wenn gebaut wird, abermals, an wichtigster Stelle Berlins, ein Haus, das weit hinter dem zurückbleibt, was zu fordern ist und was hätte geschaffen werden können. Denn die Kräfte sind da, es ist nur die ewig gleiche akademische Zusammensetzung der Preisgerichte, die sie fernhält. Da

ist die Frage: Warum setzt die ausschreibende Gesellschaft ihr Preisgericht so einseitig zusammen? Müßte ihr denn nicht selbst daran liegen die jüngere Generation heranzuholen? Nun, die Großbautenaktiengesellschaft kennt wohl die Schwierigkeiten, die der Stadtkunstwart Ludwig Hoffmann modernen Lösungen gern bereitet, und da sie als Erwerbsgesellschaft ein größeres Interesse daran hat das Terrain möglichst bald ausnutzen zu können als unter allen Umständen ein architektonisches Meisterwerk aufzuführen, so bittet sie den Stadtkunstwart von vornherein in das Preisgericht und sorgt auch dafür, daß Hoffmanns Geschmack darin dominiert.

So liegen die Verhältnisse in Berlin. Und ähnlich in manchen deutschen Städten. In einem Zeitpunkt, wo jeder einzelne Bau zur Höchstleistung geführt werden muß, siegt immer wieder die Diktatur der Sechzigjährigen. Kein Mensch denkt daran einen Boykott der Alten zu vertreten. Aber der praktisch ausgeübte Boykott der Jungen ist empörend, und er rächt sich an dem architektonischen Charakter Berlins, der immer langweiliger wird.

Die Bauwelt hatte einen Preis für die beste *Wohnung mit eingebautem Hausrat* ausgeschrieben. Das Thema lautete: »Es ist zu untersuchen und zeichnerisch darzustellen, ob und in welchem Umfang durch den Einbau von Möbeln, besonders der Kastenmöbel, oder durch genaue Zusammenpassung von Möbeln und Häusern an umbautem Raume und damit an Bau- und später an Haushaltungskosten gespart werden kann.« Die preisgekrönten Arbeiten und eine Auswahl weiterer Arbeiten sind jetzt in einem Band Das Bauwelthaus /Berlin, Ullstein/ veröffentlicht. Das mit dem 1. Preis ausgezeichnete Haus G. Lüdeckes /Hellerau/ wird zurzeit vom Verlag als Musterhaus der Bauwelt ausgeführt.

Eine englische Architektenzeitschrift hat einen eigenartigen Wettbewerb ausgeschrieben. Es soll ein *Mausoleum für Denkmäler* entworfen werden, dazu bestimmt die Denkmäler Londons aufzunehmen, die von ihren bisherigen Standorten entfernt werden. Ein guter Gedanke, und namentlich von Berlin möglichst schnell nachzuahmen. Allerdings müßte hier dieses Mausoleum schon erhebliche Dimensionen haben, wenn es das sogenannte Nationaldenkmal und vor allem die 32 Hohenzollern der Siegesallee mit ihren 64 "Nebenfiguren", die die deutsche Republik bis jetzt frei stehen ließ, beherbergen soll.

Totenliste Anfang Januar starb in Hamburg im Alter von 63 Jahren der Architekt **Georg Kallmorgen**, der dort zahlreiche Bauten geschaffen hat, so das Gebäude des Oberlandesgerichts, das neue Thaliatheater, das Schauspielhaus und viele Geschäftsbauten. Kallmorgen hat sich für das Baufach unter anderen bei Raschdorf in Berlin vorbereitet.

Mitte Februar starb im Alter von fast 60 Jahren in Gengenbach in Baden **Johann Knauth**, der sich um die Erhaltung des Straßburger Münsters verdient gemacht hat. Er arbeitete im Dienst des Stiftes Unserer Lieben Frauen am Münster, dessen Turm er neu fundamentierte. Seine Arbeiten werden jetzt durch die Franzosen weitergeführt. Millerand, der damals Generalkommissar in Straßburg war, sprach Knauth ausdrücklich seine Anerkennung für das von ihm Geleistete aus.

Am 12. August starb in Berlin **Franz Schwechten**, 83 Jahre alt. Er gehörte zu den bekanntesten Architekten Berlins, in dessen Baukunst er ungefähr die gleiche Rolle gespielt hat wie Reinhold Begas in der Berliner Denkmalkunst. Die Kaiser Wilhelm Gedächtnis-Kirche und die Romanischen Häuser bezeichnen sein Werk.

Kurze Chronik Im Juli tagte in Amsterdam ein *internationaler Städtebaukongreß*, im Anschluß an die Tagung der Union internationale de villes. Zur Verhandlung standen in erster Linie Probleme der Stadtvergrößerung und der Gartenstadtanlagen. **Der Wiener Kunstgewerbeverein** feierte im September dieses Jahres sein 40jähriges Bestehen. Am 25. September wurde zu dieser Gelegenheit eine Kunstgewerbeausstellung dort eröffnet. Ihr wesentlichster Teil war die Ausstellung der Möbelarchitekten. **Im** Auf dem internationalen Philosophenkongreß in Neapel wurde das hochinteressante Projekt bekanntgegeben, das der Direktor des Staatlichen Bauhauses in Weimar, Walter Gropius, für ein Haus der *Philosophischen Akademie* auf dem Burgberg in Erlangen angefertigt hat (siehe die Rundschau Philosophie, in diesem Band Seite 661). **Im** Auf dem Kapitol in Rom stand vor dem Krieg der Palazzo Caffarelli, der für die Deutsche Botschaft benutzt wurde. Im Krieg hielt man es für nötig den Bau niederzureißen, man wollte die unter dem Baugrund liegenden Reste des Jupitertempels dafür wieder ans Licht bringen. Bald erwies sich jedoch, daß von die-

sem Tempel nur wertlose Reste erhalten waren und sich die Kosten weiterer Niederreißungsarbeiten zu deren Freilegung nicht lohnten. Der Abbruch wurde nunmehr eingestellt, und die Trümmer blieben einstweilen liegen. Nunmehr hat man sich entschlossen die noch erhaltenen Teile des Palazzos nicht abzutragen, sie vielmehr als Erweiterungsbau für das *Kapitolinische Museum*, besonders für das bisher im Keller untergebrachte Antiquarium zu verwenden. **Als** Erbe Justus Brinckmanns wurde im August im Hamburger Museum für Kunst und Kunstgewerbe eine neugeordnete Abteilung für *asiatische Kunst* eröffnet, die in ihrer jetzigen Gestalt ein vollkommenes Bild der Kunst des Islams, Indiens, Chinas und Japans bietet. Besonders reich ist die Abteilung an japanischen Farneholzchnitten, Keramiken und Lacken. Auch besitzt sie bedeutende Plastiken. **Der** westfälische Kunstsammler Karl Ernst Osthaus hatte ein Archiv der schönsten Photographieen europäischer und asiatischer *Architekturdenkmäler* angelegt, das seine Erben nach seinem Tod dem Verlag Georg Müller in München zur Weiterführung übergaben. Ebenso übernimmt Georg Müller den von Osthaus gegründeten Folkwangverlag. **Einen** klaren Beweis dafür, daß die *dorischen Tempelsäulen* Griechenlands aus Ägypten, und zwar aus einer sehr weit zurückliegenden Zeit, stammen, liefern die Ausgrabungen der Altertümer von Sakkara, die Königsgräber der 3. Dynastie enthalten. Die Fassaden der Gräber zeigen nämlich kannelierte Säulen in der Art der dorischen. Die Gräber sind fast 6000 Jahre alt, sie sind die ältesten bisher gefundenen Bauwerke überhaupt und um etwa 2½ Jahrtausende älter als die griechischen Tempelbauten. **Im** Oktober fand man bei Ausgrabungen in dem Mahanoyimviertel in *Jerusalem* Teile aus einem größern Mausoleum. Die Grabkammern enthalten 7, zum größten Teil sehr gut erhaltene Steinsärge. Diese sind mit Blumenornamenten bedeckt; ein Sarg trug eine hebräische Inschrift. **Eine** aus einem *einzigem Baum hergestellte Kirche* besitzt die Stadt Santa Raa in Californien. Ihr Material entstammt einer riesigen Sequoie, die am Abhang eines Berges, etwa 20 Kilometer von der Küste des Stillen Ozeans entfernt, im Land gefunden wurde, und deren Alter man auf etwa 800 Jahre schätzt. Der Baum ergab 78 000 Fuß Bauholz und mehrere Tausend Schindeln, mit denen man das Dach der Kirche deckte. 30 000 Schin-

deln blieben schließlich noch übrig. ◊ Zum Direktor der Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst in Preußen wurde *Bruno Paul* ernannt. Seit 1907 leitete Paul, der jetzt 50 Jahre als ist, die Unterrichtsanstalt des Berliner Kunstgewerbemuseums.

Literatur Die Zeitschrift des Bundes deutscher Architekten und der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs *Die Baugilde* wird seit kurzem von Heinrich de Fries redigiert /Berlin, Otto Stollberg & Co./ Sie hat sich unter der neuen Leitung durch de Fries außerordentlich verbessert. Das letzte Heft 24 bringt unter anderem neue Gärten von Erich Pepinski, Arbeiten aus dem Wettbewerb der Deutschen Allgemeinen Zeitung für eine neue Fassade und ein Mittelstandshaus mit eingebauten Möbeln von Ernst May.

EINZELNES

Neuerscheinungen

Abenteuer- geschichten

»Irrfahrten und Abenteuer eines Grünhorns« erzählt *Kurt Faber* in seinem Buch

Rund um die Erde /Ludwigshafen, Haus Lhotzky/. Faber ist als 15jähriger von Hause fort nach Amerika gegangen und von da als Matrose über Australien und Holländisch Indien wieder nach Europa zurückgekehrt. Seine Berichte sind anspruchslos und, wenn nicht alles täuscht, durchaus ehrlich. Ein einfacher, normaler, gesunder junger Mensch ohne übertriebene Illusionen, aber mit einer unmäßigen Abenteuerlust, die erst nach seinen mehrjährigen Irrfahrten anfängt sich zu beruhigen. Man liest das Buch von Anfang bis zu Ende mit starker Spannung. Auch gerade weil man die Dinge so zu hören bekommt wie sie wohl den meisten begegnen mögen. Aber der Nachgeschmack ist ein wenig bitter. Immer der selbe Kampf um das Nötigste im Leben, immer von einer Tretmühle in die andere, in der Hoffnung es dort besser zu finden, immer der selbe Wettlauf, immer ein Mensch unter oder über dem andern. Es sind das alles Dinge, die man ohnehin weiß, die hier aber wohl besonders stark wirken, weil die Berichte eben so tendenzlos und natürlich gegeben sind. Man bekommt wieder einmal eine Ahnung, wie die Welt von unten aussieht. Obschon *Kurt Faber* damals ein Mensch mit mächtig viel Elan war. Allerdings hat *Faber* wirklich nur Amerika gesehen, Australien und Indien nur an der Küste;

vielleicht wäre der Eindruck doch ein anderer gewesen, wenn er mehr ins Innere Asiens gekommen wäre. Mit Begeisterung wird jeder Junge nach *Gustav W. Eberleins* Buch vom Kapitän Wulff, der es »vom Schiffsjungen bis zum Kapitän« gebracht hat, greifen /Stuttgart, K. Thienemann/, auch Kapitän Wulff spielen und all die Abenteuer immer und immer wieder durchmachen. Die Abenteuer gehen mit Schlagkraft eines nach dem andern, und das Grausige wirkt nicht quälend und stagnierend, weil es immer vom Spannenden überholt ist. Natürlich sind die Neger schlimmste Kannibalen, die Chinesen Schmuggler, die Engländer Betrüger, aber alles das harmlos, nur so an der Peripherie einer Jungenphantasie. Die Bilder sind mit liebenswürdiger und kindlicher Phantastik gemacht. *Lisbeth Stern*

Jugendbücher Das *Deutsche Mädchenbuch* /Stuttgart, K. Thienemann/ ist eine außerordentlich gute

Zusammenstellung. Ein Bericht *Helene Langes* über die Anfänge der Frauenbewegung, Erzählungen aus dem Leben *Marie von Bunsens*, Erlebnisse auf dem Ruderboot, vor allem aber eine Auswahl von den so überaus herrlichen Briefen *Mozarts*. Aber dann und wann klingt in den Erzählungen und Gedichten doch etwas von dem unangenehmen Ton an, den man meist glaubt für junge Mädchen anschlagen zu müssen, und der nur peinlich wirkt; für den, der in ihm schreibt, wie für den, der ihn liest. Wenn auch die Welt der jungen Mädchen ziemlich abgeschlossen sein mag, besonders gegen die der Jungen, so kommt man auf diese Weise, die doch immer etwas von Affektation an sich hat, sicher nicht in sie herein.

Wie anders dagegen das *Deutsche Knabenbuch* /Stuttgart, K. Thienemann/, das in jedem seiner Aufsätze auf Entdeckungsfreuden, auf Tatkraft und Fleiß hinzielt. Alle Beiträge sind aus dem Leben mit gründlicher Fachkenntnis und dabei lebendig und frisch. Vor allem wieder ein Teil von dem famosen Kapitän Wulff, Reiseerlebnisse von *Faber*, Radio und Kinotechnik, Geschichtliches von *Rosen*, Erlebnisse als Zeitungsmann: alles auf frische Arbeit eingestellt. Als Einleitung ein Gedicht von *Leuthold* ans deutsche Volk, das mir nicht recht lieb ist, wengleich es mit irgendwelcher chauvinistischer Einstellung nichts zu tun haben mag; aber diese Apotheosen des eigenen Volkes sollten doch schließlich überwunden sein. *Lisbeth Stern*